blätter des iz3w

November

nr.29 ~~September~~ 73

Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel o761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, P. Arntz, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, B. Merk, H. Pöttker, R. Richter, P. Riedesser, J. Rösel, A. Sommerfeld, B. Stein, M. Weicker, W. Witzel. Konten: BfG Freiburg Nr. 1o.226.233; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755; Schweiz: Postscheckkonto Basel Nr. 4o-35899 (G. Stingl)
Jahresabonnement bei 1o Nummern DM 18,- Einzelpreis DM 1,8o

CHRONIK DER ARMEN WELT

Mitte September bis Ende Oktober

Asien
=====

Afghanistan

24.9.1973
Der durch einen Putsch an die Macht gelangte General Mohammed Daud läßt eine Reihe führender Militärs und Politiker einsperren. Es scheint, daß Daud noch nicht alle Teile der Armee und des Landes kontrolliert. Vor allem die durch den Putsch jüngerer Offiziere gedemütigte Generalität scheint Daud mißtrauisch gegenüberzustehen.

Ceylon

Durch erhöhte Weltmarktpreise für Reis und infolge von Mißernten mußte die sozialistische Regierung Bandaranaike die von ihr kostenlos gestellten Reisrationen, die von 10 bis 13 Millionen Ceylonesen in Anspruch genommen werden, einschränken. Dieser Schritt hat zur Verschärfung der ohnehin schon durch das Autonomiestreben der südindischen Tamilen angespannten innenpolitischen Lage geführt.

10.10.1973
Die ceylonesische Regierung versucht, über ein neues Devisenbewirtschaftungsgesetz Kenntnis über die ausländischen Konten von Landesangehörigen (vor allen Dingen in der Schweiz) zu erhalten. Auf die Nachfrage über Einzelheiten solcher Konten schickte die schweizer Botschaft in Colombo der Regierung ein von 3 führenden schweizer Banken unter dem Titel "Die Wahrheit über das Bankwesen in der Schweiz" verfaßtes Buch zu, versehen mit der Bemerkung, "alle benötigten Informationen" würden sich darin finden lassen.

Hongkong

20.10.1973
Aus einem Bericht über Kinderarbeit in der britischen Kolonie Hongkong geht hervor, daß in dieser Stadt ca. 36.000 Kinder zwischen 10 und 14 Jahren für im Schnitt 2 Hongkong-Dollar (etwas mehr als 2 DM) täglich 10 bis 12 Stunden arbeiten. Von diesen Kindern arbeiten ca. 24.000 in einem festen Anstellungsverhältnis (ohne Feiertage und bezahlte Krankheitstage) in Fabriken.

Indonesien

23.9.1973
Die beabsichtigte Einführung eines streng säkularen Eherechtes (das u.a. die Mehrehe einschränken soll), führt zur Androhung eines Machtkampfes zwischen orthodox-islamischen Kreisen und der Verwaltung. Bisher waren Eheschließungen eine Domäne muslimischer Priester - ca. 80 % der indonesischen Bevölkerung bekennen sich zumindest formal zum islamischen Glauben - gewesen.

Indien

28.9.1973
Die UdSSR wird Indien 2 Mill. Tonnen Getreide auf Kreditbasis zur Verfügung stellen.

3.10.1973
Der amerikanische Senat weigert sich, einem großzügigen Umschuldungsverfahren der Regierung Nixon gegenüber Indien zuzustimmen. Das Umschuldungsverfahren sah vor, daß die dreimillionen Dollar starke indische Rupienschuld (indische Weizenkäufe in der USA) größtenteils für Entwicklungshilfeprojekte verbraucht würden.

Kambodscha

Die kriegerische Lage in Kambodscha ist gegenüber den Vormonaten unverändert. Der Rote Khmer operiert ebenso wie die Truppen des Lon-Nol-Regime mit wechselndem Erfolg.

29.9.1973
Moskau erkennt Prinz Sihanouk als legitimes Oberhaupt Kambodschas an und bricht die diplomatischen Beziehungen zum Lon-Nol-Regime ab.

Pakistan

25.10.1973
6 Wochen nach der Flutüberschwemmung in Punjab lassen sich erste Angaben über das Ausmaß der Katastrophe machen: Die Ernte auf 2 Millionen Hektar Land wurde vernichtet; ca. eine Million Wohnunterkünfte sind zerstört worden; mehr als 200.000 Menschen mußten evakuiert werden.

26.10.1973
Die Aufständischen-Bewegung der Belutschen im Grenzgebiet zum Iran hin scheint sich zu einer Bedrohung der

ganzen Provinz Belutschisten auszuwachsen. Die Rebellen geben an, inzwischen von 200.000 Nomaden unterstützt zu werden und bereits 500 Angehörige des pakistanischen Militärs getötet zu haben. Die Verbindungsstraße zwischen der Provinzhauptstadt Quetta und Karachi ist nur noch von Militärkonvois befahrbar. An der Niederwerfung des Aufstandes sollen sich auch Truppen des Iran beteiligen.

Singapur

19.10.1973
Die Developing Bank of Singapore beteiligt sich zu 25 % an Rollei/Singapore (optische Präzisionsgeräte). Damit erhöht sich das Stammkapital der Rollei-Werke in Singapore auf 60 Mill. Singapore-Dollar. Die Beschäftigungszahl steigt in diesem Jahr von 3600 auf 5600 Personen.

Thailand

17.10.1973
Nach massiven Studentendemonstrationen, die nach Einsatz von Polizei und Militär mehrere hundert von Toten forderten, wird das für das Massaker verantwortliche Militärkabinett General Thanoms durch König Bounipol zum Rücktritt gezwungen. Der Kanzler der Bangkoker Universität Sanya Darmasakthi wird vom König mit der Bildung eines zivilen Kabinetts beauftragt.

Vietnam

Bei Fortdauer begrenzter kriegerischer Auseinandersetzungen scheint sich an den militärischen Kräfteverhältnissen in Südvietnam gegenüber den Vormonaten wenig geändert zu haben. Beide Seiten, der Vietkong ebenso wie das Thieu-Regime, haben inzwischen in den von ihnen jeweils kontrollierten Gebieten mit einem großangelegten Ausbau des Straßennetzes begonnen.

19.10.1973
Mit der Begründung, er könne diesen Preis erst annehmen, wenn wirklich Frieden in Vietnam herrscht, weist das nordvietnamesische Politbüromitglied Le Duc Tho den ihm anteilsweise (zusammen mit Henry Kissinger) zugesprochenen Friedensnobelpreis (vorläufig) zurück.

Hinweis der Redaktion:

Auf Grund der aktuellen Ereignisse in Chile und im Nahen Osten ist diese Nummer umfangreicher, als dies geplant war. Um den Umfang zu begrenzen, sind unsere beiden Serien zu Indonesien und Ideologiekritik in dieser Nummer ausgesetzt worden.

Chronik des 4. Nahostkrieges

6.10.1973
Am Tage des jüdischen Jom-Kippur-Festes, dem israelischen Nationalfeiertag, beginnt ein von ägyptischen und syrischen Truppen gemeinsam eingeleiteter Angriff gegen Israel. Während die Ägypter die Verteidigungslinie der Israelis am Ostufer des Suezkanals überrennen und das Ostufer des Kanals besetzen, greifen die Syrer erfolgreich auf den Golan-Höhen an.

9.10.1973
3 Tage nach Kriegsbeginn zeigt sich, daß die russischen Flugabwehrraketen die israelischen Luftstreitkräfte, die sich wiederum der arabischen Luftwaffe als überlegen erwiesen haben, in ihren Aktionen deutlich behindern. Der Frontverlauf der ersten Tage stabilisiert sich; den Israelis gelingen einige Vorstöße auf den Golanhöhen.

Algerien, Tunesien und später auch der Irak und Saudiarabien greifen durch Entsendung von Truppen auf der Seite von Ägypten und Syrien in den Krieg ein. Die restlichen arabischen Staaten leisten materielle Hilfe oder sagen Hilfe dieser Art zu.

10.10.1973
Jordanien beruft seine Reservisten ein, begnügt sich aber damit, bestimmte Eliteeinheiten auf den syrischen Kriegsschauplatz zu entsenden.

Den israelischen Truppen geling es ihren eigenen Angaben nach, die Hälfte der syrischen Panzer auf der Golanhöhe zu vernichten. Nach geringfügigen Bodengewinnen beißen sich die Israelis abermals an einer von syrischen und irakischen Truppen gebildeten Verteidigungslinie fest.

Die Ägypter können ihre Stellungen am Ostufer des Suezkanals halten und konzentrieren ihre Anstrengungen allein auf den Ausbau dieser Stellungen.

18.10.1973
In einer Rede zur Lage des Krieges versichert Sadat, daß Ägypten nicht eine Vernichtung des Staates Israel anstrebe. Es gehe den Ägyptern allein darum, die von Israel 1967 in dem sog. Sechs-Tage-Krieg eroberten arabischen Gebiete zurückzugewinnen. Der Krieg sei lediglich die militärische Vollstreckung der UNO-Resolution, in der Israel aufgefordert wird, sich hinter die vor 1967 gültigen Grenzen zurückzuziehen. Die Rede schließt mit dem Appell Sadats, die USA mögen ihre wahren Interessen im Mittleren Osten nicht den "maßlosen Ambitionen" Israels opfern.

19.10.1973
Der israelische Finanzminister Sapir, der sich zur Sammlung von zinsgünstigen Anleihen und Spenden in der USA

aufhält, meldet, daß ihm von verschiedenen amerikanischen Stellen bereits 150 Millionen Dollar zugesagt worden sind. Die jüdischen Gemeinden in den USA wollten in diesem Jahr an Hilfsgeldern für Israel zusätzlich 750 Millionen Dollar aufbringen. Von jüdischen Gemeinden in anderen Ländern seien insgesamt weitere 450 Millionen Dollar versprochen worden.

Die 11 arabischen Erdölländer beschließen, ihre Ölproduktion ab sofort von Monat zu Monat um jeweils 5 % zu drosseln. Dieser Beschluß soll solange gültig sein, wie Israel arabische Gebiete besetzt hält. Die der "arabischen Sache" gegenüber freundlich gesinnten Staaten sollen von dieser Maßnahme nicht betroffen sein.

20.10.1973
Der israelischen Armee ist es gelungen, Truppeneinheiten über den Suezkanal zu setzen. In den folgenden Tagen gelingt es ihr, diesen Brückenkopf zu verstärken, wichtige Abwehrstellungen der Ägypter zu erobern und in Richtung Kairo und Suez vorzustoßen.

Die Waffenlieferungen der USA an Israel haben ihren vollen Umfang erreicht: Über 2 Luftbrücken gelangen täglich 700 bis 800 Tonnen Kriegsgut nach Israel. Zusätzlich wurden von der USA bislang 40 Phantom-Jäger geliefert. Amerikanischen Angaben zufolge soll diese Hilfe für Israel nur einem Drittel der russischen Lieferungen von Kriegsmaterial an Ägypten und Syrien entsprechen.

22.10.1973
Nach Lybien und Abu Dhabi stellen auch Saudi Arabien, Algerien, Kuweit und Bahrain ihre Öllieferungen an die USA ein.

23.10.1973
Am 17. Tage des Krieges wird ein gemeinsam von der USA und der Sowjetunion unterstützter UNO-Aufruf zur Feuereinstellung von Israel, Ägypten und Jordanien angenommen. Währenddessen beginnt der Ölkrieg sich auszuweiten: Der Irak verstaatlicht nach den Anteilen US-amerikanischer Konzerne auch die Anteile der niederländischen Shell an den irakischen Erdölgesellschaften.

24.10.1973
Die Israelis weiten unter Mißachtung ihrer Feuereinstellungszusage vom 22.10. ihre Gebietsanteile westlich des Suezkanals wesentlich aus und schneiden die am Ostufer des südlichen Teils des Suezkanals operierende 3. Ägyptische Armee von der Versorgung ab. Große Teile der Armee begeben sich freiwillig in israelische Gefangenschaft.

25.10.1973
Nach Auskünften des Oberkommandierenden der israelischen Luftstreitkräfte ist die Luftwaffe Israels materialmäßig wieder auf den Vorkriegsstand aufgefüllt.

Dem Staat Israel soll nach Angaben aus Israel der Krieg bisher täglich 650 Millionen DM gekostet haben.



"DIE ASIATISCHE KÜCHE HÄNGT MIR ZUM HALS RAUS... WIE WÄRS MIT ARABISCHER?"

Afrika

Afrika (allgemein)

17.10.1973
In Brüssel sind 42 Länder der Dritten Welt - in der überwiegenden Mehrzahl afrikanische Länder - in vermutlich langwierigen Assoziierungsverhandlungen mit der EG eingetreten. (Die Initiative für die Aufnahme dieser Verhandlungen lag bei den schwarzafrikanischen Commenwealth-Ländern, die nach dem Eintritt Englands in die EG gleich den ehemaligen französischen Kolonien eine Annäherung an die EG suchen. Diese Gegebenheit machten sich die bereits assoziierten Länder Afrikas dann in der Weise nutzbar, daß sie nun auch ihrerseits ein neues Assoziierungsabkommen mit der EG forderten.) Die Verhandlungsposition der EG-Staaten wie auch der Gruppe der 42 Entwicklungsländer sind zumindest im Detail bislang noch ungeklärt. Verhandelt werden soll:
1. über den Abbau von Handelsschranken,
2. über Absatz- und Preisgarantien und
3. über Höhe und Vergabebedingungen von Geldern aus dem sog. EG-Entwicklungsfond.

Zu Punkt (1) fordern die Entwicklungsländer die Beseitigung aller Zollschranken im Exporthandel mit den EG-Staaten. Die EG-Staaten ihrerseits wollen diese Generalforderung zunächst

auf industrielle Güter eingeschränkt sehen. In bezug auf Agrarprodukte soll einzeln verhandelt werden.

Zu Punkt (2) fordern die Entwicklungsländer gewisse Absatz- und Preisgarantien für die für sie lebenswichtigen Exportgüter, ohne allerdings ihrerseits gleichartige Gegenpräferenzen für Importgüter aus den EG-Staaten gewähren zu müssen. Frankreich auf der EG-Seite verlangt derartige Gegenpräferenzen. Die BRD und England wollen sich statt dessen mit Preis- und Liefergarantien für Rohstoffe wie Öl (Nigeria), Uran (Zaire, Niger) und mit Förderungs- und Schutzgarantien für europäische Privatinvestitionen in den assoziierten oder assoziierungswilligen Entwicklungsländern "zufrieden" geben. (FR; SZ).

Äthiopien

19.9.1973
Entgegen dem sorgfältigen Bemühen der äthiopischen Regierung, die in weiten Teilen Äthiopiens herrschende Hungersnot vor der in- und ausländischen Presse totzuschweigen, sind inzwischen über Experten internationaler Hilfsorganisationen über einen Reporter der "Sunday Telegraph" genauere Angaben über das Ausmaß dieser Hungersnot bekannt geworden: Danach soll die genannte Hungerkatastrophe, die ähnlich wie die der Sahelländer durch eine jahrelang anhaltende Trockenheit ausgelöst worden ist, bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als 50 000 Todesopfer gefordert haben. Am stärksten betroffen sind die Bewohner der Provinzen Wollo und Tigre. Da die äthiopische Regierung ein Eingreifen ausländischer Hilfsorganisationen bis vor wenigen Wochen systematisch unterbunden hatte und demzufolge erst jetzt erste Hilfsaktionen anlaufen, ist in den nächsten Monaten mit einem weiteren drastischen Anwachsen der Todeszahlen zu rechnen. Inzwischen ist in einigen Dürregebieten infolge hygienischer Mißstände zusätzlich noch die Choleraseuche ausgebrochen.

Madagaskar

20.10.1973
Als weiterer afrikanischer Staat bricht Madagaskar die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. (ap)

Portugiesische Kolonien

20.10.1973
Mit der Begründung, der Vatikan kollaboriere mit der portugiesischen Unterdrückung in Afrika, empfiehlt die Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU), ihre Mitgliedsstaaten zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl aufzufordern. (afp)

26.9.1973
Die 1972 in den von der PAIGC befreiten Gebieten portugiesisch Guineas demokratisch gewählte Volksversammlung ruft über Radio Conakry die Republik Guinea-Bissau aus (vgl. dazu: blätter des iz3w Nr. 28, S. 35) (Reuter)

15.10.1973
Die Republik Guinea-Bissau ist inzwischen von 47 Staaten diplomatisch anerkannt worden. 30 Anerkennungen erfolgen seitens afrikanischer und 13 seitens nahöstlicher und asiatischer Staaten. Darüber hinaus nahmen mit der Sowjetunion, der DDR, Jugoslawien und Rumänien auch 4 europäische Staaten zu der Regierung Guinea-Bissaus diplomatische Beziehungen auf. (Tages-anzeiger Zürich)

22.10.1973
Angehörige der MPLA berichten in Brazzaville von einem Dockarbeiterstreik in Luanda, der Hauptstadt der portugiesischen Kolonie Angola. Auch zahlreiche Verhaftungen seitens der portugiesischen Polizei hätten die streikenden Dockarbeiter nicht davon abhalten können, zu mehreren Tausenden vor den Palast des Generalgouverneurs zu marschieren, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. (afp)

26.9.1973
Aus Mozambique wird gemeldet, daß eine steigende Zahl von weißen Siedlern das Land für immer verlassen. Offiziellen Angaben nach soll es sich dabei primär um portugiesische Geschäftsleute handeln, die aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Portugal zurückkehren. (NZZ)

6.10.1973
Von portugiesischer Seite wird offiziell zugegeben, daß die Befreiungsbewegung Frelimo nun auch in der Provinz Tete Fuß gefaßt hat. In einer portugiesischen Stellungnahme heißt es, man sei nicht mehr in der Lage, die afrikanische Bevölkerung im weiteren Umkreis der Provinzhauptstadt "gegen die Aktionen der Frelimo zu schützen". Das gelte auch für die Bevölkerung in den sog. Wehrdörfern. (dpa)

15.10.1973
Die portugiesische Nachrichtenagentur ANI verbreitet die Meldung, die mozambiquanische Befreiungsbewegung Frelimo plane (ähnlich wie die PAIGC in Guinea-Bissau) in Kürze eine Unabhängigkeitserklärung für die portugiesische Kolonie Mozambique abzugeben. Die ANI gibt vor, sich hierbei auf einen "Überläufer" berufen zu können, der vormals Mitglied des Frelimo-Zentralkomitees gewesen sein soll und aufgrund von Stammesstreitigkeit zur portugiesischen Seite übergewechselt sei. (dpa)

Rhodesien/Mozambique

26.9.1973
Dem Londoner "Observer" nach haben Militäreinheiten des Regimes Smith begonnen, auf portugiesischer Seite in die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Tete Provinz (Mozambique) einzugreifen. Wie der "Observer"-Journalist David Martin berichtet - Martin hat sich längere Zeit in dem genannten Kampfgebiet aufgehalten -, gelängen die Rhodesier in jeweils 400 Mann starken Einheiten per Helikopter in das Tete-Gebiet. Ihre Aufgabe bestände darin, militärische Aktionen gegen die Bevölkerung von afrikanischen Siedlungen durchzuführen, die sich einer Umsiedlung in sog. Wehrdörfer zur Wehr setzten. (NZZ)

Südafrikanische Republik

6.10.1973
Die südafrikanische Regierung will qualifizierten afrikanischen Arbeitern die Chance eröffnen, Berufe auszuüben, die bisher der weißen Bevölkerung des Landes vorbehalten waren. Wie jedoch in einer diesbezüglichen Erklärung von Premierminister Vorster einschränkend hinzugefügt wird, wolle man in diesem Punkt nur mit Zustimmung der (weißen) Gewerkschaften handeln. (afp)

5.10.1973
Mit 80 gegen 26 Stimmen (bei 27 Enthaltungen) erkennt die UNO-Vollversammlung einer Delegation des südafrikanischen Vorster-Regimes das Recht ab, vor der Vollversammlung für die Bevölkerung der südafrikanischen Republik zu sprechen. Als Begründung wird angegeben, daß die genannte Delegation nicht als rechtmäßiger Repräsentant der 16 Millionen Schwarze in Südafrika gelten kann. Anders entscheidet demgegenüber die Mandatskommission der UNO-Vollversammlung: Mit 5 gegen 4 Stimmen billigt sie den Abgesandten der Vorster-Regierung das gewünschte Rederecht zu. Die Regierung der BRD scheint dieses Votum zu unterstützen: Ihre Vertretung in der UNO-Vollversammlung stimmt gegen eine Unterbrechung der Debatte, in der der südafrikanische Außenminister H. Muller unter Berufung auf das Votum der Mandatskommission das Wort ergriffen hatte. (afp; dpa)

22.10.1973
Die Regierung der Südafrikanischen Republik will farbigen Studenten das Studium an der bisher ausschließlich von weißen Studenten besuchten Rand-Afrikaans-Universitäten erlauben. Die Studienzulassung für Farbige soll jedoch von Einzelfall zu Einzelfall einer speziellen Genehmigung seitens der Regierung bedürfen. (Reuter)

Tansania

10.10.1973
Einem Beschluß der TANU nach soll innerhalb der nächsten 10 Jahre der Regierungs- und Verwaltungsapparat des Staates Tanzania von der gegenwärtigen Hauptstadt Dar es Salaam landeinwärts in das etwa 450 km entfernte Dodoma verlegt werden. In der TANU verspricht man sich von diesem Schritt zum einen eine Dezentralisierung der Verwaltung und zum anderen einen Auftrieb für die Entwicklung Zentral-Tanzanias. Die "Umzugskosten" werden mit 3 710 Millionen Shilling (etwa 1,5 Milliarden DM) beziffert. (NZZ)

Tschad

2.10.1973
Präsident Tombalbaye stellt nach einer Regierungsumbildung sein neues Regierungskabinett vor. Die neue Regierung soll offiziellen Angaben nach ganz im Zeichen einer "Kultur- und Sozialrevolution" arbeiten. (afp)

Zentralafrikanische Republik

21.10.1973
Als das 16. afrikanische Land bricht die Zentralafrikanische Republik ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. (Reuter)



Polizeieinsatz in Südrhodesien

Lateinamerika

Chile

17.9.1973
Der Umsturz in Chile hat an den europäischen Buntmetallmärkten beträcht-

liche Aktivität ausgelöst. Spekulativer Preisanstieg war zu beobachten. Chile ist mit einem jährlichen Ausstoß von ca. 716.000 t nach den USA und Sambia der drittgrößte Kupferproduzent der Welt.

18.9.1973
In der Hauptstadt Santiago besteht sechs Tage nach dem Putsch noch vereinzelt Widerstand. Armee-Generalsekretär Rubio will das Land wieder in die, wie er sagt, "Normalität" zurückführen. Offiziell wird die Zahl der bei dem Umsturz Umgekommenen mit weniger als 200 angegeben. Schätzungen seriöser Kreise reichen von 500 bis 5000 Toten. Laut Auskunft des neuen Innenministers sind in Santiago 4000 Menschen inhaftiert.

19.9.1973
Die Junta sucht weiter nach Ausländern, denen die Regierung Allende politisches Asyl gewährt hatte. Ein großer Teil Flüchtlinge ist ausgewiesen worden. Der Erzbischof von Santiago ruft zur Unterstützung der Junta auf. Die Junta beabsichtigt ihren eigenen Angaben nach nicht, die unter der Allende-Regierung vorgenommene Nationalisierung von Produktionseinrichtungen rückgängig zu machen.

Im Weltsicherheitsrat macht der kubanische Vertreter die USA und die Junta in Chile für den Tod Präsident Allendes verantwortlich.

22.9.1973
Der Widerstand in Santiago dauert an. Mittlerweile sind etwa 5000 Personen verhaftet worden. Es bestehen wachsende Mängel in der Lebensmittelversorgung.

Allendes Witwe dementiert die Meldung vom Selbstmord ihres Mannes.

Die amerikanische Regierung bestreitet jede Beteiligung an der Planung und Durchführung des Putsches.

Die Junta fordert zur Denunzierung aller Marxisten auf.

Obwohl sie sich als "über den Parteien stehend" bezeichnet, werden von der Junta bei der Neubesetzung des Verwaltungsapparats eindeutig Angehörige der rechtsradikalen "Nationalpartei" favorisiert.

Die Pressefreiheit bleibt weiterhin eingeschränkt.

24.9.1973
Einzelne Flüchtlinge berichten über Folterungen ehemaliger Anhänger Allendes. Großbritannien erkennt die Junta explizit an; die Sowjetunion, DDR und Bulgarien brechen demgegenüber die diplomatischen Beziehungen zu Chile ab.

Die Verhaftungswelle rollt weiter; die standrechtlichen Erschießungen dauern an; man fahndet weiter nach Spitzenpolitikern der Parteien der U.P.-Regierung.

Die christlichen Demokraten bezeichnen den Putsch als unvermeidliche Folge der von Allende verursachten "wirtschaftlichen Katastrophe" und der "totalitären Tendenzen" in der sozialistischen Koalition.

25.9.1973
Die Junta stellt ein Dringlichkeitsprogramm zur Sanierung der Wirtschaft auf. Die Inflation soll bekämpft, der Konsumgütermangel beseitigt und die verstaatlichten Betriebe den früheren Besitzern zurückgegeben werden. Das ausländische Kapital soll wieder investieren und vor Enteignung geschützt sein.

Laut Augenzeugenberichten schicken sich die Anhänger der Unidad Popular an, Widerstandsgruppen im Untergrund zu organisieren.

Die SPD fordert die Militärjunta auf, an der Demokratie in Chile festzuhalten. Wischnewski und Brück bemühen sich in Santiago um die Freilassung mehrerer Deutscher, die dort noch festgehalten werden. Die FDP spricht sich erfolgreich gegen einen Abbruch der Beziehungen zu Chile aus. Sie wehrt sich gleichfalls gegen eine Einstellung der Entwicklungshilfe. Im Bundeskabinett setzt sich die SPD mit dem Vorschlag durch, der Allende-Regierung zugesagte Entwicklungshilfe-Kredite zunächst einzufrieren. Eine Gruppe von Intellektuellen (u.a. Bloch und Böll) haben die Bundesregierung zur Unterstützung des Widerstands in Chile aufgerufen.

26.9.1973
In Santiago wird die marxistische Literatur, deren das Militär habhaft zu werden vermag, vernichtet. Linksgerichtete Zeitungen bleiben verboten. 27 Mitglieder der ehemaligen Regierung sind in Haft.

Pablo Neruda ist gestorben.

Die USA erkennen als 20. Land Chile diplomatisch an.

3.10.1973
Die unter Allende in Chile aufgenommenen Flüchtlinge aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern (insbesondere Brasilianer, Uruguayer und Bolivier), die als politisch Verfolgte ihre Heimat verlassen haben, droht die Ausweisung aus Chile.

6.10.1973
In Santiago und anderen Städten des Landes nehmen die Hinrichtungen ihren Fortgang. Die Junta schafft es nicht, der wachsenden Brotknappheit Herr zu werden. Die Preise für Lebensmittel schnellen weiter in die Höhe. Die Preise für Fleischprodukte haben in-

zwischen eine für Arbeiter nicht mehr erschwingliche Höhe erreicht.

12.10.1973
Als 8. Ostblockland hat nun auch Polen die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen.

In Madrid hat der frühere christdemokratische chilenische Präsident Frei erklärt, der Militärputsch habe Chile gerettet. Er behauptete, die chilenischen Marxisten haben systematisch eine Geheimarmee aufgebaut und einen Bürgerkrieg vorbereitet. General Binochet erklärt in einer "Gedenkrede" zu dem jetzt genau einen Monat zurückliegenden Putsch, die gestürzte Regierung Allende habe dem Land einen marxistischen Totalitarismus aufzwingen wollen. Chile, so meinte er, habe sich nun wieder in die Front jener Länder eingereiht, die sich im Kampf gegen den internationalen Kommunismus ausgezeichnet hätten. Eines der Hauptziele der Junta sei die Schaffung sozialer Gerechtigkeit. Die Streitkräfte würden dem Land seine demokratische Grundordnung zurückgeben.

15.10.1973
Drei Juristen, die internationale von der UNO anerkannte Organisationen vertreten, erklären zu den Ereignissen in Chile, sie hätten in ihrer bisherigen Praxis keine so schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte beobachten können.

Argentinien

24.9.1973
14 Mill. Argentinier haben gewählt. Der Sieg Perons und seiner Frau gilt als sicher. Peron will aus den chilenischen Ereignissen "eine Lehre ziehen" und warnt vor Neoliberalismus und Linksextremismus. Guerilleros und die internationalen Monopole seien der gemeinsame Feind des Volkes.

25.9.1973
General Peron und seine Frau Isabel sind zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten des Landes gewählt worden. Über 60 % der Wählerstimmen gingen an die peronistischen Parteien (die Radikalen erhalten 25 %, Manrique unter 13 %).

26.9.1973
Peron verbietet die linksorientierte "Revol. Volksarmee". Sie arbeite, so heißt es, "gegen das friedliche Miteinander aller politischen Anschauungen".

4.10.1973
Der Rücktritt des linksgerichteten Rektor der Universität von Buenos Aires führt zur Besetzung der Universität durch Tausende von Studenten, die gegen die Demission des Rektors protestieren.

6.10.1973
In Buenos Aires ist der Leiter der bundespolizeilichen Sozialfürsorge ermordet worden. Ein Möbelfabrikant wurde entführt.

15.10.1973
Zwei Guerillaorganisationen haben Erklärungen abgegeben, in der sie eine Unterstützung Perons ankündigen.

„Olé, Olé! Caracas, eine Stadt mit Pfeffer und Feuer. Der Verkehr brodelt über die Autopisten. Faszinierende modernste Gebäude und das farbige Leben in den Slums — trotz allem fröhlich und ausgelassen."

Der Neckermann-Fernreisen-Katalog über die venezolanische Hauptstadt Caracas, zitiert nach dem „Spiegel".

Peron hat zum dritten Mal die Präsidentschaft seines Landes angetreten.

Bolivien

25.9.1973
Ein ehemaliger Kampfgefährte Che Guevaras ist verhaftet worden.

26.9.1973
Die bolivianischen Behörden melden die Aufdeckung einer im Exil lebenden Gruppe von Linkskräften, die angeblich eine Verschwörung vorbereiten. In Reaktion auf die Festnahme eines Gewerkschaftsführers sind verschiedene Gewerkschaften des Landes in den Streik getreten.

27.9.1973
86 Gewerkschaftsführer sind verhaftet worden. Ihnen wird vorgeworfen, mit ausländischer Hilfe einen Putsch geplant zu haben.

Kolumbien

25.9.1973
Eine hohe Belohnung ist auf den Kopf des Guerillaführers Castano ausgesetzt worden.

Peru

7.10.1973
Die Cerro de Pasco Corporacion, die größte Bergbaugesellschaft des Landes, soll zwangsweise verstaatlicht werden. Die amerikanische Muttergesellschaft hatte zuvor ein entsprechendes Verkaufsangebot zurückgezogen.

CHILE

Pablo Neruda und das bürgerliche Feuilleton

Am 23. September 1973 starb in einem Krankenhaus in Santiago ein 69jähriger Chilene, dessen Beruf gewesen ist, Gedichte zu schreiben und sein Volk im Ausland diplomatisch zu vertreten: Pablo Neruda. Von 1936 – er nahm auf der Seite der Volksfront am spanischen Bürgerkrieg teil – bis zu seinem Todestag galt seine Arbeit dem Ziel einer humanen, sozialistischen Gesellschaft ohne Elend und Entfremdung. Also entlarvte und bekämpfte Neruda fast vierzig Jahre lang die kapitalverwertenden Klassen der ganzen Welt, besonders aber den US-Imperialismus und dessen einheimische Helfer in Lateinamerika. Seine glühende Hoffnung zu erleben, daß das chilenische Volk wenigstens ein deutliches Stück auf dem Weg zum Sozialismus vorangeht, wurde durch die dreijährige Volksfrontregierung seines Freundes Allende genährt.

Volksfrontregierung und Nerudas Lebenshoffnung fanden ein bitteres Ende, als am 11. September 1973 einige als Generale verkleidete Marionetten, an deren Fäden die US-Konzerne und die chilenische Kompradorenbourgeoisie gezogen hatten, im Namen des Profits den brutalen Militärputsch durchführen ließen. Binnen weniger Stunden verwandelten diese Verbrecher Chile in ein Land, wo Standrecht herrscht; wo die Arbeiterklasse, die sich gegen die Bomben und Panzer der putschenden Armee zur Wehr zu setzen versucht, mit unverhohlenen Nazi-Methoden geknebelt wird; wo Tausende von Demokraten und Sozialisten verhaftet und umgebracht werden; wo jede politische Betätigung verboten ist; wo sich das in- und ausländische Kapital anschickt, in seine alten Machtpositionen zurückzukehren (soweit es sie überhaupt schon hatte verlassen müssen), um die Ausbeutungsmaschine wieder in Schwung zu bringen, die Elend und Entfremdung erzeugt.

Chile: Jetzt investieren!

Zur Neuankurbelung aller Wirtschaftszweige bieten sich außergewöhnliche Möglichkeiten, ebenso auf dem Immobilien-Sektor. Gesucht wird Kapital u. Know-how. Wir bieten Koordinierung über das seit 25 Jahren bestehende Büro unseres Partners in Santiago. Unser Partner ist hier u. reist in Kürze nach Chile zurück. Anfragen an:

Rückert VDM. 8022 Gründwald b. München, Primelweg 5
Tel. 06 11 / 6 41 18 55

FAZ. vom 21.9.73

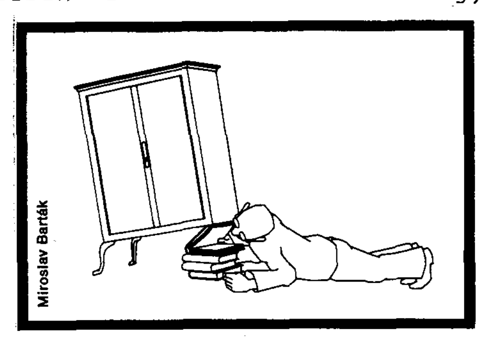
Dieser konterrevolutionäre Anschlag auf sein Lebenswerk, das nicht nur in Büchern steht und deshalb auch nicht in demselben Sinne "unvergänglich" ist wie das Werk von bürgerlichen l'art pour l'art-Poeten, muß den ohnehin schwerkranken Neruda nicht nur psychisch, sondern auch physisch hart getroffen haben. Offiziell wird seine Krebs-Erkrankung als Todesursache angegeben, die ihn 1972 bewog, das Amt des chilenischen Botschafters in Paris abzugeben. Aber Neruda hat noch nach dem 11. September Gedichte von bebender politischer Vitalität geschrieben und ganz kurz vor seinem Tod die Absicht geäußert, nach Mexiko ins Exil zu gehen. Selbst die verkommene Presse der Bundesrepublik konnte nicht unterschlagen, daß das Innere seiner Wohnung von den Schergen der Junta verwüstet wurde, daß seine Bücher und Manuskripte verbrannten, während er im Krankenhaus lag. Das darf nicht verschwiegen werden, wenn von seinem Tod berichtet wird.

Neruda hat 1971 den Nobelpreis für Literatur erhalten. Spätestens seit diesem Zeitpunkt sah man sich im Westen genötigt, wenn schon nicht den verlorenen Sohn selbst, so doch wenigstens sein Werk an die Mutterbrust der bürgerlichen Kultur zurückzuholen. Literaturwissenschaftler und Feuilletonisten werden im Kapitalismus dafür bezahlt, daß sie die befreiende Wirkung von sozialistischer Literatur auf das Bewußtsein ihrer Leser unterbinden, indem sie solche Texte entweder nicht beachten oder systemgerecht umdeuten. Nichtbeachtung ist im Falle eines Nobelpreisträgers schlecht möglich, also galt es, den kritischen Inhalt von Nerudas Texten zu verhunzen.

Das bürgerliche Feuilleton hat sich dieser Aufgabe mit Bravour entledigt. Es war schon immer das "Anliegen" unserer Literaturexperten, für die Neruda nicht geschrieben hat, den ästhetischen Wert seiner Gedichte von ihrem antiimperialistischen Inhalt zu trennen und diesen durch jenen zu verleumden. Selbst der in der DDR lebende Erich Arendt, der zahllose Neruda-Gedichte vorzüglich übersetzt hat und es eigentlich besser wissen müßte, hat sich nicht geschämt, gemeinsam mit der "freischwebenden" literarischen Intelligenz des Westens in diese Kerbe zu hauen; er schreibt über das Hauptwerk "Canto general" ("Der große Gesang"): "Nur wo er [Neruda], der poète engagé – hauptsächlich in der Gegenwartsthematik – sein Gedicht ins Polemische treibt oder sein Enthu-

siasmus, seine Empörung nicht die dichterische Distanz und Umsetzung erfahren, verlieren manche Strophen an Dichte, sind sie nicht Zeugnis seines dichterischen Ingeniums... Dieses zeitweilige Heraustreten aus dem eigentlichen Zentrum künstlerischen Schaffens in den bloßen Gesinnungsbereich schmälert das Gesamtwerk des 'Großen Gesanges'..." (1)

Die Funktion solcher Kommentare besteht darin, das radikale politische Engagement, den direkten Praxisbezug von proletarisch-revolutionärer Dichtung unschädlich zu machen. Aus Kunst, die eine Waffe in der Hand des ausgebeuteten Volkes im Klassenkampf gegen die Ausbeuter sein könnte, wird eine unverbindliche Feierabenderbauung,



ein Schlafmittel gemacht. "Wobei sie zwar auch eine Waffe darstellt, aber die des Gegners." (2) Im Gegensatz zur bürgerlichen Literaturkritik, die den kritischen Inhalt der Dichtung und ihre ästhetische Form auseinanderhält und das eine gegen das andere ausspielt, vertraut die sozialistische Literatur darauf, daß die politische Stringenz eines Textes auch seinen künstlerischen Wert bewahrt und daß die Lüge, die ideologische Tendenz ihn verderben. Für Neruda stand deshalb die Empörung gegen Unterdrückung und Ausbeutung seines Volkes durch die in- und ausländischen Privatbesitzer der Produktionsmittel mitten im "eigentlichen Zentrum künstlerischen Schaffens." Das hat sogar das schwedische Nobelpreiskomitee geahnt, in dessen Würdigung es u.a. hieß: "Für Neruda ist die Dichtung nicht eine Sache für sich. Sie dient einer missionierenden und helfenden Aufgabe, in die er sich hineingestellt fühlt und die sein Leben bis heute erfüllt." (3)

Über Nerudas Tod hat das bürgerliche Feuilleton beträchtliche Krokodilstränen vergossen, wie das bei solchen Anlässen üblich ist. Auch hier schlägt die ideologische Tendenz wieder hartnäckig durch. Es spottet jeder Beschreibung, welcher individuell-biographische Firlefanz ausführlicher Erwähnung für wert befunden wurde: warum und für welchen anderen Geburtsnamen Neruda ein Pseudonym angenommen hat; wohin und mit wem sich der alternde Dichter zurückgezogen hatte; welche Klugscheißereien Lorca, Jiménez, Breton, Aragon, Eluard im Laufe der Jahre über Neruda losgelassen haben, wie das unter Schriftstellern eben so Brauch ist. (Lorca: "... ein Poet, erfüllt von mystischen Simmen, die er selbst zum Glück nicht deuten kann..." (4) Genau in dieser metaphysischen Ecke möchten die Kapitalisten Neruda natürlich haben. Da ist er ungefährlich.) Vor allem wurden aber immer wieder zwei Behauptungen aufgestellt, bei denen es schwerfällt zu übersehen, daß sie der aufklärerischen Wirkung von Nerudas Dichtung wenigstens hier in der Bundesrepublik vorbeugen sollen: Seine Texte sind von einer esoterischen Dunkelheit und Unverständlichkeit (also nur für besondere Kenner und Feinschmecker, aber bestimmt nicht für die Arbeiterklasse geschrieben), und sein Sozialismus ist ganz und gar exotisch, frei von marxistischen "Dogmen" (also außerhalb Lateinamerikas, bei uns hier ohne jede Verbindlichkeit), wenn es nach dem Willen der Lohnschreiber ginge, die die Feuilletonspalten der Tageszeitungen mit ihrem Gewäsch füllen. "Das literarische Werk Nerudas, die Dunkelheit der Metaphern und Allegorien ist ebenso umstritten wie sein im Spätwerk dominierendes kommunistisches Engagement. Ein Engagement, das sich weniger an marxistischen Dogmen als an vorkolumbianischen Gesellschaftsidealen orientiert, ein spezifisch lateinamerikanischer Kommunismus..." (5)

Ein knapper Abriß von Nerudas Leben zeigt, an welche Tatsachen diese Behauptungen anknüpfen (denn keine Ideologie ist ganz aus der Luft gegriffen, gerade auf der teilweisen Richtigkeit beruht ja die Plausibilität und Wirksamkeit) und wie wenig an ihnen dran ist: Neruda wurde 1904 als Sohn eines Eisenbahnarbeiters und einer Lehrerin in Parral (Provinz Cautín) geboren. Die Mutter starb bald darauf an Tuberkulose und der Vater zog in die Provinzhauptstadt Temuco. Der Junge begleitete ihn oft auf den Fahrten mit den Lastzügen der Arbeitskolonnen, wobei er nicht nur mit der rauhen Natur des dünnbevölkerten Südchile vertraut wurde, sondern auch mit den Straßenarbeitern und Holzfällern, die - vielfach entlassene Sträflinge - in der araukanischen Wildnis ein unbeschreiblich hartes und ärmliches Leben fristen mußten. Sein proletarischer Klassenstandpunkt war also niemals bloß eine Intellektuellenmode, sondern von Beginn an mit der Lebenspraxis des chilenischen Volkes verschmolzen.

Später ging Neruda freilich in die Hauptstadt Santiago, um Philosophie und Literaturwissenschaft zu studieren. Aber auch hier hielt er die Verbindung zur elenden Praxis der Armut, bewahrte seine Zuneigung zu den Arbeitslosen und Verkommenen in den Vorstädten, ebenso wie später in Rangun,

Singapur, Batavia, Colombo, Buenos Aires und Madrid, wo er zwischen seinem 25. und 35. Lebensjahr abwechselnd als konsularischer Vertreter seines Landes gelebt hat. Neruda hat den Hunger, die widerlichen Krankheiten, die unwürdigen Behausungen in zu vielen Städten der Dritten Welt mit eigenen Augen gesehen, als daß er später, als ihm der spanische Bürgerkrieg die ökonomischen und politischen Ursachen dieser Zustände bewußt gemacht hatte, den Sozialismus hätte auf Lateinamerika beschränken wollen.

In diesem Lebensabschnitt schreibt er allerdings vorerst Texte, von denen man mit einigem Recht behaupten kann, sie seien "dunkel", surrealistisch, metaphysisch. Elend und Tod, Unfähigkeit zur Liebe und Selbstentfremdung sind zwar die durchgehenden Gegenstände dieser frühen Gedichtbände "Veinte poemas de amor" ("Zwanzig Liebesgedichte und ein Lied der Verzweiflung") und "Residencia en la tierra" ("Aufenthalt auf Erden"):

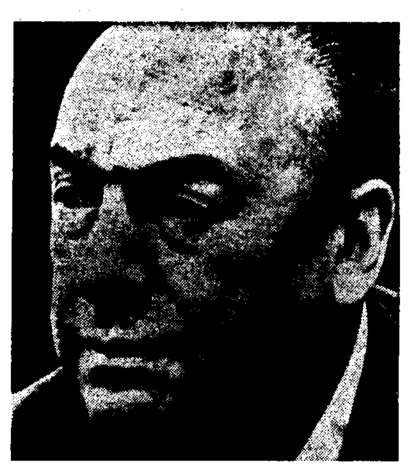
> Sind verlassene Totenäcker,
> Gräber voll von lautlosen Knochen,
> und das Herz durchschreitet einen
> Stollen,
> dunkel, dunkel, dunkel;
> wie ein Schiffsuntergang sterben
> wir dem Innern zu,
> als ertränken wir in unserem Herzen,
> als stürzten wir von der Haut hinab
> in die Seele. (6)

Aber Tod, Leid und Entfremdung werden beklagt als unerbittliches Menschenschicksal, als letzte Unvereinbarkeit der Geschlechter, sie werden noch nicht als Ausfluß von realen gesellschaftlichen Verhältnissen erkannt, die von Menschen gemacht sind und von Menschen verändert werden können. "Jedes Gedicht ein Dokument einer apokalyptisch gesehenen gottlosen Welt." (7) Der Grundton, der später kämpferisch wird, ist hier noch resignativ:

> Wie ich es müde bin, Mensch zu sein!
> Ich trete in Schneiderstuben, in
> Kinos,
> schlapp und undurchdringlich wie
> ein Schwan aus Filz,
> der auf einem Wasser von Ursprung
> und Asche treibt. (8)

Das bürgerliche Feuilleton hat sich an diese verhältnismäßig kurze Periode in Nerudas Leben und Werk geklammert und sich gegen das meiste Spätere taub gestellt, um ihn als "dunklen" Feierabendlyriker zu retten, der das Elend zwar beklagt, aber gottlob nicht seine geschäftstüchtigen Urheber bekämpft oder zu bekämpfen aufruft.

Am 18. Juli 1936 zettelten Franco und andere faschistische Offiziere eine Militärrevolte gegen die gewählte Volksfrontregierung Spaniens an, die durch ihre Sozialgesetzgebung das Recht der spanischen Land- und Industriearbeiter auf Selbstorganisation und gesicherte Versorgung gegen die Profitinteressen von Großbourgeoisie, Adel und Klerus durchzusetzen begonnen hat. Neruda, der zu dieser Zeit Konsul in Madrid ist, werden dadurch die Augen geöffnet. Ihm wird klar, daß das Kapital, das Privateigentum am Produktivvermögen Armut und Not erzeugt und die Klasse seiner Verwerter mit allen, wenn notwendig auch den brutalsten Mitteln das Elend verlängert, um den Profit und die eigenen Privilegien aufrechtzuerhalten. Es ist zu hoffen, daß die gegenwärtige Militärdiktatur in Chile bei möglichst vielen dieselben Einsichten zur Folge hat wie Francos Putsch in Spanien damals bei Neruda. Vom hoffnungslosen Idealisten wandelt er sich nun zum zuversichtlichen Materialisten. Er beginnt, an der Seite des Proletariats zu kämpfen, dessen Be-



PABLO NERUDA

dürfnisse und Nöte zu artikulieren und seine Ausbeutung beim Namen zu nennen. Während des spanischen Bürgerkriegs entsteht der Gedichtband "Espana en la corazón" ("Spanien im Herzen"), der die Grausamkeit anprangert, mit der der Krieg der Faschisten das spanische Volk geißelt, und der die traditionelle Kultur der herrschenden Klasse verhöhnt:

> In den Nächsten Spaniens, durch die
> alten Gärten,
> lustwandelte voll von totem Rotz,
> Eiter verströmend und Pest, mit
> einem Schweif
> im Meerdunst, gehüllt in Asthma und
> löchrigen
> Gehrock, blutbefleckten, gespen-
> stisch und anmaßend
> die Tradition...(9)

Die Franco-Bande nennt er "Schakale - vor denen ein Schakal sich ekeln würde; Giftschlangen, die für Giftschlangen verächtlich wären." (10)

Nachdem Franco dank der massiven Hilfe des nationalsozialistischen Deutschland 1939 gesiegt hatte, ging Neruda nach Frankreich und verhalf von dort

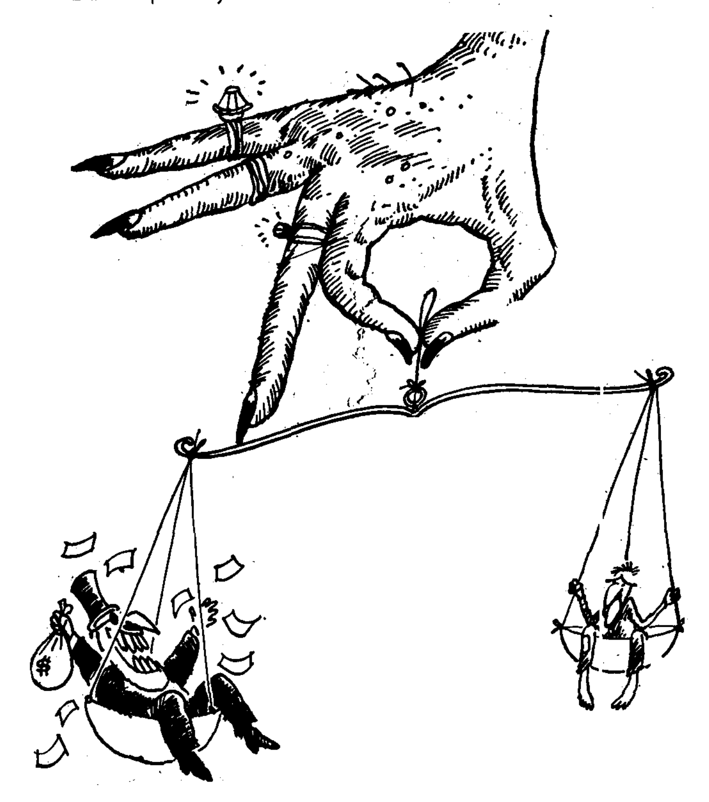
zahlreichen Antifaschisten zum Asyl in Lateinamerika. Dann kehrte er selbst nach Chile zurück und trat dort in die Kommunistische Partei ein, mit deren Stimmen er 1943 in den Senat gewählt wurde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs klagt er das Regime des damaligen Präsidenten Videla öffentlich in Briefen und Gedichten an, Volk und Ressourcen Chiles an die nordamerikanischen Konzerne zu verkaufen. Neruda wird darauf hin verfolgt, es wird sogar eine Kopfprämie auf ihn ausgesetzt. Lange Zeit muß er sich bei seinen Genossen verborgen halten, muß von Haus zu Haus fliehen, wird vom Volk immer wieder beschützt und aufgenommen. 1949 gelingt es ihm endlich, ins Ausland, nach Mexiko zu entkommen. Er nimmt ein unstetes Exildasein auf und kommt nach Frankreich, Italien, China und in die Sowjetunion. 1951 nimmt er an den Weltfestspielen in Ostberlin teil, und zumindest in den Ostblockländern findet seine Dichtung Verbreitung und Anerkennung.

In dieser Zeit des Untergrunds und Exils schreibt er den "Canto general". Da er sich längst auch mit der marxistischen Theorie auseinandergesetzt hat, weiß er genau, daß die bestehenden Zustände nur dann vom richtigen Standpunkt aus begriffen und verändert werden können, wenn neben den politisch-ökonomischen auch ihre historischen Wurzeln freigelegt und berücksichtigt werden. Geschichte aber bedeutet in Lateinamerika über 400 Jahre Kolonialismus, über 400 Jahre Unterwerfung und (zumindest wirtschaftliche) Abhängigkeit. Es begann damit, daß goldgierige und in der Kriegstechnik weit überlegene Spanier und Portugiesen, in denen einige Indianervölker des Subkontinents wie die Azteken wegen der hellen Hautfarbe zunächst Götter zu erkennen glaubten, eben diese Einheimischen und ihre teilweise weit entwickelten Kulturen hinterrücks und rücksichtslos vernichteten. Die neuere Geschichte Südamerikas begann mit ruchlosen, blutigen Eroberungszügen "zivilisierter" und "christlicher" Europäer, die von Anfang an die "Wilden" nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit für den eigenen Profit betrachteten (11) und deren Verbrechen von der Kirche abgesegnet wurden. Diese historischen Ereignisse hat Neruda in einigen ergreifenden Gedichten des "Canto general" behandelt:

> Zehntausend Peruaner fallen
> unter Kreuzen und Schwertern, Blut
> tränkt die Gewänder Atahualpas (12).
> Pizarro, das grausame Vieh aus
> Estremadura (13)
> befiehlt, des Inkas feingliedrige
> Arme
> zu fesseln. Eine schwarze Glut
> ist die Nacht auf Peru herabgesunken.
> .....
> Später hob der Monarch
> die ermattete Hand, und hoch über
> den
> Stirnen der Banditen
> berührte er die Mauern.
> Dort zogen sie
> die blutrote Linie.
> Drei Gemächer
> sollten angefüllt werden mit Gold,
> mit Silber,
> bis zu dieser Linie seines Blutes.
> Und es rollte das Goldrad Nacht um
> Nacht.
> Das Rad des Martyriums Nacht um
> Nacht. (14)

Neruda ging es darum zu zeigen, daß eine historische Kontinuität besteht von den spanischen Konquistadoren des 16. Jahrhunderts wie Cortez, Pizarro, Jimenez de Quesada oder Diego d'Almagro, der Chile unterwarf, bis zu den US-Imperialisten des 20. Jahrhunderts, den Aktionären und Managern von ITT, Kennecott, United Fruit usw. Die Methoden der Ausbeutung mögen sich geändert haben: sie sind noch hinterhältiger, noch weniger durchschaubar geworden für die Betroffenen. Das Motiv und das Ergebnis sind aber noch immer dieselben: Profit für die fremden Investoren, Not und Tod für die Völker Südamerikas. Das Rad des Martyriums dreht sich noch immer.

Diese Verse haben zweifellos die unverwechselbare, unüberbietbar grausame Geschichte Südamerikas zum Gegenstand, die mit der Zerstörung der "vorkolumbianischen" Gesellschaften begann. Aber sie "orientieren" sich nicht an den indianischen Gesellschaften, wie das bürgerliche Feuilleton behauptet, sondern rufen die Erinne-



rung an die Indianergemetzel im 16. Jahrhundert wach, weil sie z.B. in Brasilien und Paraguay selbst in dieser althergebrachten Form des umstandslosen Abschlachtens noch fortgesetzt werden. Diese Verse sind gewiß nicht geschrieben, um einen exotischen, auf Lateinamerika beschränkten Kommunismus zu propagieren, der das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Zustand der altindianischen Gesellschaften wiederherstellen will, wie es zwischen den Zeilen des bürgerlichen Feuilletons steht. Sondern sie sind geschrieben, um die geschichtliche und geographische Einheit des Imperialismus zu dokumentieren, der nur dann wirksam bekämpft werden kann, wenn ihm eine kontinuierliche internationale Einheit der Arbeiterklasse gegenübersteht. Hier widerspricht nichts der marxistischen Theorie, sondern diese ist gerade die Grundlage des Neruda-Gedichts, das Themen aus der Geschichte Südamerikas behandelt.

Der "Canto general" enthält überdies zahlreiche politische Gedichte, die unmittelbar auf die Gegenwart bezogen sind. Der Hunger auf dem Lande, die unmenschliche Härte der Arbeit in den Gruben und Industriewerken der Amerikaner, die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, die Gewalttätigkeit der Polizei gegen das Volk werden unbeschönigt und unmißverständlich dargestellt. In seinen folgenden Gedichtbänden "Las uvas y el viento" ("Die Trauben und der Wind"), "Odas elementares" ("Elementare Oden") und "Estravagario" ("Extratouren") hat Neruda sogar bewußt alles Mißverständliche, Geheimnisvolle ausgeschaltet und sich absichtlich einer klaren, einfachen Sprache bedient, um auch den Letzten noch zu erreichen und zu verändern. Es wird behauptet, daß sogar Analphabeten in entlegenen Indiodörfern der Anden seine Verse auswendig kennen. (15)

Nachdem er 1953 nach Chile zurückgekehrt war, wurde ihm nach und nach ein immenser persönlicher Erfolg zuteil, dessen äußere Zeichen der Nobelpreis und der Botschafterposten in Paris waren. Auch für ihn selbst ungleich wichtiger war jedoch die unerhörte Popularität (im besten Sinne des Wortes) und Breitenwirkung seiner Arbeit. Was für einen bürgerlichen, ja selbst für einen bedeutenden sozialistischen Schriftsteller wie Brecht in Europa unmöglich erscheint, bei Neruda gehörte es zum Alltag: Wenn er in seinen letzten Lebensjahren in Chile aus seinem Werk las, dann tat er es im Fußballstadion von Santiago, weil kein anderer Raum groß genug war, um die Masse der Zuhörer zu fassen. Sogar die neuen, volksfeindlichen Machthaber Chiles konnten nicht verhindern und die kapitalistische Weltpresse konnte nicht verschweigen, daß Tausende von chilenischen Arbeitern und Intellektuellen, Sozialisten und Anhänger der Volksfrontregierung, seinem Sarg gefolgt sind. Und dieser Mann soll "dunkle" Gedichte geschrieben, sein Kommunismus soll sich an den Strukturen längst vergangener Indianergesellschaften orientiert haben? Genau an dem Tage, als die Nachrufe auf ihn erschienen, entlarvte so noch der tote Neruda das bürgerliche Feuilleton als Anstalt zur Bildung ideologischer Mythen.

Es sollen schließlich drei Gedichte von ihm für sich selbst sprechen, die beiden ersten aus dem "Canto general" in der Übersetzung von Erich Arendt, und sein letztes, nach dem Putsch geschriebenes, das Erich Fried übersetzt hat. Alle drei beleuchten die Situation, die der US-Imperialismus und die Kompradorenbourgeoisie nun wieder hergestellt haben, wenn auch die Kupferarbeiter heute nicht mehr zu den Ärmsten der Armen gehören, sondern zur Arbeiteraristokratie, die zum Sturz der Volksfront beigetragen hat.

hpö

DIE DIKTATOREN

Es blieb ein Ruch in den Zuckerrohrfeldern,
von Blut und Leiche ein Gemisch, ein betäubendes
Blütenblatt, Ekel erregend.
Unter den Kokospalmen die Gräber sind voll von
zerschlagenen Knochen, voll von verstummtem Röcheln.
Der empfindsame Satrap unterhält sich
mit Pokalen, Kragen und goldenen Schnüren.
Der Kleine Palast glänzt wie eine Uhr,
und das blitzhafte Lachen, behandschuht,
huscht zuweilen durch die schmalen Gänge
und verbindet den toten Stimmen sich
und den blauen, frisch eingescharrten Mündern.
Das Weinen ist wie eine Pflanze verborgen,
deren Same unaufhörlich auf den Boden fällt,
die ihre großen blinden Blätter lichtlos treibt.
Schuppe an Schuppe ist der Haß gewachsen,
Schlag und Schlag, im grausigen Wasser des Sumpfs
mit einem Maul voll Schlamm und Schweigen.

EUFROSINO RAMIREZ
(Casa Verde, Chuquicamata)

Wir mußten die heißen Kupferplatten
mit Händen ergreifen und sie der
mechanischen
Schaufel übergeben. Sie kamen fast
glühend heraus,
wogen schwer wie die Welt, wir
schafften erschöpft
die Erzplatten fort, zuweilen
fiel eine uns auf den Fuß und zer-
malmte ihn,
auf eine Hand und ließ einen Arm-
stumpf zurück.
Kamen die Yankees und sagten:
"Schafft sie fort
in kürzerer Zeit und macht, daß ihr
dann heimkommt."
Unter schweren Mühen, um früher her-
auszukommen,
haben wir die Arbeit bewältigt. Jene
aber kehrten zurück:
"Jetzt arbeitet ihr weniger, also
verdient ihr auch we-
niger."
Da kam es zum Streik in Casa Verde,
zehn Wochen
Streik, und als wir zurückkehrten
zur Arbeit,
warfen sie mich unter dem Vorwand:
wo ist dein Werkzeug? auf die Stra-
ße. Sehen Sie diese
Hände,
nur Schwielen sind es, die das
Kupfer preßte,
hören Sie mein Herz, scheint es
Ihnen nicht,
daß es zum Zerspringen klopft? das
Kupfer zermalmt es,
kaum kann ich mich noch von einem
Ort zum andern bewegen,
hungrig, auf der Suche nach Arbeit,
die ich nicht finde:
es sieht so aus, als ginge ich ge-
bückt umher und
schleppte
des Kupfers unsichtbare Platten,
das mich tötet.

DIE SATRAPEN (16)

Nixon, Frei und Pinachet,
Bis heute, bis zu diesem
Bitter Monat September
Des Jahres 1973
Wie Bordaberry, Garrastazu und

Banzer
Gefräßige Hyänen
Unserer Geschichte,
Nagetiere
Die anfressen Fahnen der Einheit
Voll Blut und Feuer,
Nun besudelt in ihren Krallen,

Höllisches Raubzeug, Satrapen,
Tausendfache Ausverkäufer
und Ausverkaufte,
Angestachelt
Von den New Yorker Bestien,
Maschinen gierig nach Qualen,
Befleckt vom Opferblut
ihrer gemarterten Völker,

Huren der Handelsherren,
so recht nach Amerikas Dufthauch,
Tolle Abfallköder, Halsabschneider,
Pack

Von Bordellpolitikern - Bossen:
Ihr einziges Recht ist die Folter
Und der Hunger, der ihre Völker
Peitscht.

(Irgendwo in Chile, 15. September 73)

Anmerkungen

1) Arendt, Erich: Nachwort. In: Neruda, Pablo: Gedichte. Frankfurt: Suhrkamp 1963, S. 243-261, 257
2) Neukrantz, Klaus: Über die Feierabendlyriker. In: Erobert die Literatur! Proletarisch-revolutionäre Literaturtheorie und -debatte in der 'Linkskurve' 1929-1939. Hrsg. v. F.R. Scheck, Köln: Kiepenheuer & Wirsch 1973, S. 37-42, 37
3) Zitiert nach "Badische Zeitung", 25.9.73, S. 6
4) a.a.O.
5) a.a.O.
6) Neruda, a.a.O., S. 35
7) Arendt, a.a.O., S. 251
8) Neruda, a.a.O., S. 39
9) a.a.O., S. 51
10) Zitiert nach "konkret", Nr. 39, 4.10.73, S. 17
11) vgl. Moebus, Joachim: Über die Bestimmung des Wilden und die Entwicklung des Verwertungsstandpunkts bei Kolumbus. In: Das Argument, Nr. 79, Juli 1973, S. 273-307
12) Atahualpa war der letzte Herrscher des Inkareichs, den der Konquistador Pizarro, der Unterwerfer Perus, als Geisel gefangennehmen ließ, um Gold zu erpressen. Anschließend wurde Atahualpa von den Spaniern ermordet, nachdem er zwangsweise auf den Namen Juan getauft worden war.
13) Estremadura: Spanische Landschaft.
14) Neruda, a.a.O., S. 89 ff
15) vgl. Arendt, a.a.O., S. 259
16) Statthalter orientalischer Großkönige, hier in der Bedeutung von Statthaltern des Großkapitals

Die Repression in Chile und ihre Rechtfertigung in der BRD

Arbeitskreis:
Informationen aus Südamerika
Lima Peru

AUGENZEUGENBERICHT

SO SIND DIE KONZENTRATIONSLAGER IN DER HAUPTSTADT CHILES

Auszugsweise übersetzter Bericht des Peruaners Luis Alberto Sánchez G., der 15 Tage im National-Stadion "Monumental Nuñoa" als Häftling verbrachte. Sein Bericht wurde am 4.10. 1973 in der peruanischen Tageszeitung EXPRESO veröffentlicht.

... "Ich bin sehr durcheinander. In den 15 Tagen, die ich in dieser Hölle war, in der man 150-200 Gefangene in Kabinen von 60 Quadratmetern preßte, hat meine Gesundheit gelitten. Im Stadion waren wir Peruaner einige Dutzend, die sich kannten. Warum sperrten sie uns ein? Einfach, weil wir Ausländer sind und aus dem gleichen Grund sind dort Tausende anderer Personen zusammengepfercht wie Tiere.

Die Faschisten sind zu allem entschlossen, ohne Skrupel, zum Ausrotten auch des letzten Anzeichens einer Unterstützung der Volksfrontregierung. Ich studierte in Santiago eineinhalb Jahre politische Wissenschaften. Als sie mich von zu Hause abführten, mißhandelten sie mich. Im Haus fanden sie nichts außer meinen Fachbüchern und die machten sie in meiner Anwesenheit kaputt. Sie nahmen mich halbnackt mit. Einmal im Stadion holten sie mich zur "Einweichung": Schläge, auch mit dem Gewehrkolben, damit einer redet. Dann ließen sie mich in der Kabine, wo wir 183 Gefangene waren. Ich wurde Zeuge von Mißhandlungen körperlicher und moralischer Art an vielen Jugendlichen und Erwachsenen der Linken und an Ausländern. Ich sah, wie sie sieben Priester zwangen, sich hinzuknien und die Hände im Nacken zu verschränken. Die Soldaten sagten zu ihnen: "Jetzt betet" und gaben ihnen Fußtritte.

Im Stadion werden es ohne Übertreibung mehr als 30.000 Personen sein; die Gefangenen halten sie in den Kabinen und holen die Leute in Gruppen hinaus. Jeden zweiten Tag holten sie uns für ein paar Stunden zu den Tribünen und nachher zurück in die Kammern (Umkleidekabinen etc.).

Als ich das erstemal mit rauskam, konnte ich errechnen, daß es ungefähr 5.000 Personen waren, die rauskamen, während die anderen in der Dunkelheit blieben. Ja, das stimmt, in der Dunkelheit, denn während man in der Kabine ist, schalten sie das Licht aus und dann kommt ein Soldat, zeigt mit dem Finger auf zwei oder drei und wir wußten schon, daß wir gleich die Schreie hören würde, die ein Mensch von sich gibt, wenn man ihn verprügelt. Das machen sie, um die Gefangenen, die drinnen sind, zu quälen, sie in rasende Wut zu bringen, damit sie motiviert würden einfach irgendjemand umzubringen.

In dieser Hölle, ein anderer passender Ausdruck fällt mir nicht ein, respektieren sie nicht im geringsten die Bedingungen des Mensch-Seins. Sie gaben uns ein Essen täglich, sechs Löffel von dem, was grad kam, eine halbe Tasse schmutzigen Wassers und ein Stückchen Brot. Ich war vier Tage lang ohne Hemd bis ich es auf der Lunge bekam und sie mir eines zuteilten. Es gab unter uns andere solcher Personen, halbnackt, und die steckten sie in die Kammern, so wie sie sie aufgegriffen hatten und ich sah sie die Kälte und Feuchtigkeit aushalten. Das konnten sie aus Wut, weil die Wut ihnen Kraft gab und es ist unglaublich, daß sie bis heute überleben, wenn man sie nicht umgebracht hat.



„Nicht so zimperlich, es guckt ja keiner zu!"

Ich hörte im Nationalstadion von Gefangenen, die zuvor im Chile-Stadion waren, daß es dort noch schlimmer sei, daß sie dort einige in den Wahnsinn und andere zum Selbstmord getrieben

haben. Der ärztliche Berater eines führenden Mannes um Allende stürzte sich von der Tribüne hinunter und brach sich beim Fallen nur ein Bein. Also zertrümmerten ihm die wütenden Wachsoldaten den Schädel durch Gewehrkolbenschläge.

Ein Kamerad im Stadion erzählte mir von der Unterhaltung zweier Karabineros, die er gehört hatte. Einer sagte zum anderen, daß man das Viertel "La Hermida" zerbombt hätte und der andere fing zu weinen an und erzählte unter Schluchzen, daß seine Mutter, sein Vater, und alle seine Geschwister dort wohnten. Ich weiß, daß es eben wegen solcher Dinge eine starke Auseinandersetzung zwischen den Karabineros und der Karabineroschule unter Rodrigo Araya gibt, es gab welche, die bis zum letzten Augenblick die Regierung der Unidad Popular verteidigten, man weiß nicht, was mit ihnen passiert ist.

Bis zum 29. konnte ich im Stadion lebend folgende Personen sehen: Jorge Godoy, Präsident der CUT und Ex-Arbeitsminister; Mario Céspedes - hoher Akademiker (Soziologe) der Universität von Chile und Oscar Weiss, Direktor der offiziellen Tageszeitung "La Nación". Was mit ihnen jetzt ist, kann ich nicht sagen. Täglich eliminieren sie wichtige politische Persönlichkeiten und die hunderte von Leichen werden sofort verbrannt und ihre Asche ins Meer geworfen.

Im Chile-Stadion erschossen sie eine 18jähr. brasilianische Studentin. Eine junge Venezolanerin, die sie von zu Hause abholten, ließen sie sich ausziehen, und so nahmen sie sie mit. Ausländerinnen, die mit Chilenen lebten, mißhandelten sie, einschließlich der Belästigung, Quälerei und Vergewaltigung, vielen dieser Frauen rissen sie die Schamhaare aus. In einem der Barrios, in denen sich vorwiegend die Linke konzentriert, nahmen sie ein 14jähriges Kind fest. Augenzeugen erzählten mir, daß das Kind wollte, daß man es nach Hause gehen ließ. Es sträubte sich und sie schoben und stießen es, es fiel auf den Boden und verletzte sich am Kopf. Weil es weiterschrie, erschossen sie es an Ort und Stelle. ein 14jähr. Kind.

Das mit Victor Jara (bekannter Protestsänger), den ermordeten sie und vorher ließen sie ihn "Venceremos" (wir werden siegen) singen. Sie sagten, daß sie ihn nicht länger einsperren würden und als er aufhörte mit dem Lied, töteten sie ihn.

Das Gleiche machten sie mit Tito Fernández "El Temucano", um sich über ihn lustig zu machen. Sie ließen ihn singen "no nos moverán" und töteten ihn.

Der Urheber oder die Marionette von diesem ganzen, Pinochet, von Neruda, verglichen mit Nixon und anderen dieser Sorte, ist ein Verräter. In Chile weiß man, daß er nachts um 2 Uhr vor dem Putsch den Kameraden Allende angerufen hat u. ihm sagte, er solle sich unbesorgt ausruhen, alles sei unter Kontrolle und eine halbe Stunde später besetzte die Marine Valparaiso.

Zum Abschluß möchte ich noch auf das chilen. Volk zu sprechen kommen und das, was es im Moment macht. Ich glaube, das Volk hat sich jetzt zurückgezogen, nur um sich neu zu gruppieren und zu organisieren, bereit zum Kämpfen. Denn wertvolle Ideale kann man weder durch einen Putsch noch durch irgendeine Gewaltanwendung zerstören..."

CDU

"... es war die übereinstimmende Meinung vom Kardinal bis zum Minenarbeiter, daß das Eingreifen des Militärs die einzige Möglichkeit gewesen sei, in Chile zu normalen Verhältnissen zurückzukommen."

CDU-Abgeordnete werben um Verständnis für ihre politischen Freunde in Chile

In der Zeit zwischen dem 8. und 12. Oktober hielten sich die CDU-Bundestagsabgeordneten Bruno Heck (ehemaliger Generalsekretär der CDU) und Kurt Wawrzik (Gewerkschaftler und Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit) in Chile auf, um, wie sie sagten, sich an Ort und Stelle über die gegenwärtige Lage in Chile zu informieren. Über den Erfahrungsbericht, den Heck am 17.10. vor der Presse in Bonn abgegeben hat, ist in den Tageszeitungen ausführlicher berichtet worden. Unbeachtet blieb demgegenüber der Chile-"Erlebnisbericht", den Kurt Wawrzik bereits am 13.10. den Hörern des Südwestfunks zu Gehör gab. Unverhüllter noch als Heck wirbt Wawrzik hierin um Sympathien für die Militär-Junta in Chile. In der Abendsendung "Baden-Württemberg aktuell" vom 13.10. gab Wawrzik folgende Stellungnahme ab (von der iz-Redaktion sind lediglich die Fragen des Südwestfunks-Mitarbeiters herausgekürzt worden):

"Wir sind mit einem bestimmten Programm dort (Chile) angekommen; diese Wünsche haben wir dem Innenminister vorgetragen; der Innenminister ist uns in allen Dingen weitgehendst entgegengekommen. Wir haben das Stadion, in dem ein Großteil der Verhafteten auf ihre Verhöre warten,besucht. Wir konnten dort mit Gefangenen ohne Gegenwart der Offiziere sprechen. Es war mir möglich, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Herrn Corvalan, in, äh, seiner, äh, A n s t a l t zu besuchen, mit ihm zu sprechen. Im übrigen hat man uns alle

Möglichkeiten gegeben, die Dinge, äh, die auch darüber hinaus von Interesse waren, zu besichtigen. Es war mir möglich, ungehindert und frei mit Gewerkschaftlern, mit Arbeitern zu sprechen, wann immer ich wollte. Es war die übereinstimmende Meinung vom Kardinal bis zum Minenarbeiter, daß das Eingreifen des Militärs die einzige Möglichkeit gewesen sei, in Chile zu n o r m a l e n Verhältnissen zurückzukommen. Keiner hat das Eingreifen des Militärs b e s o n d e r s gewünscht; man hätte einen anderen Weg vorgezogen. Nachdem aber keine andere Möglichkeit in Aussicht war, hat m a n das Militär zum Eingreifen v e r a n l a ß t . Die Versorgung der Bevölkerung ist im Gegensatz zur Zeit Allendes, der letzten Monate Allendes, wesentlich besser geworden: Es gibt keinen Schwarzmarkt mehr; wo ein Engpaß besteht, der wahrscheinlich noch g r ö ß e r werden wird, ist in der B r o t versorgung und gewisse Knappheiten in der Fleischversorgung. Aber Gemüse, Eier und andere Produkte sind ausreichend vorhanden. (Der Interviewer fragt noch einmal nach der Situation in dem Fußballstadion von Santiago.) Dort (im Stadion) waren zur Zeit unseres Besuches noch dreieinhalb bis viertausend Gefangene, die durch 60 Kommissionen der Militärs verhört werden. An dem Tag, an dem wir im Stadion waren, sind ca. 900 entlassen worden. Es kommen n a t ü r l i c h immer wieder neue hinzu; a b e r bis zum Fußballspiel gegen die Sowjetunion wird das Stadion geräumt werden."

Offener Brief an Heck

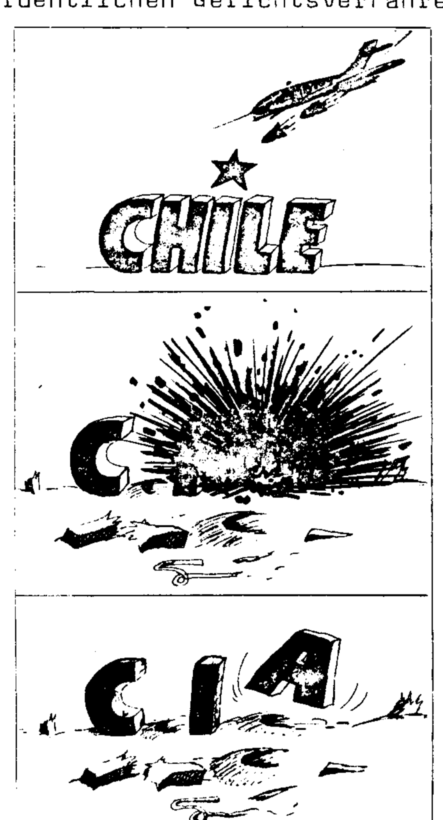
Klaus Pilgram
1 Berlin 19
Mollwitzstr. 4

Herr Heck!

Mit Fassungslosigkeit habe ich die Zusammenfassung Ihres Situationsberichts über Chile in der Presse gelesen. Nachdem ich selbst eine Woche im Nationalstadion von Santiago als Gefangener zubringen mußte, traue ich mir zu, Ihre Aussagen über dieses Gefangenenlager, die die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf stellen, zu korrigieren:

- Sie finden es "bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm", mit über 150 Personen in einer 6x10 Meter großen Umkleidekabine zusammengepfercht zu werden.
- Ihrer Meinung nach reichen die sanitären Einrichtungen aus, wenn man, mit der Toilette im gleichen Raum, bei einer derartig großen Benutzerzahl atmen muß, wenn man keine Gelegenheit zum Wäschewechseln bekommt, und wenn Seife, Zahnbürste und Handtuch fehlen.
- Sie halten es für eine ausreichende Verpflegung, für den ganzen Tag eine Tasse mäßigen Kaffee, ein Stück Brot und eine Suppe zu bekommen.
- Sie halten es für eine akzeptable Behandlung der Gefangenen, wenn Inhaftierte erschossen, systematisch verprügelt und z.B. durch Scheinerschießungen einem ständigen psychischen Terror unterworfen werden.

Die willkürlichen Erschießungen nach Stand"recht", "auf der Flucht" und öfter noch insgeheim; die Folterungen; die grundlosen Verhaftungen und wissentlich falschen Beschuldigungen; der Terror von Militär und Polizei; die Aufrufe zur Denunziation; das Verbot aller politischen Parteien; die Unterdrückung der Presse und jeder freien Meinungsäußerung; die Bücherverbrennungen; die Verweigerung von ordentlichen Gerichtsverfahren;



das alles kennzeichnet die faschistische Natur dieses Regimes.

Sie haben sich öffentlich hinter die Militärjunta gestellt, indem Sie deren Maßnahmen verharmlost und gerechtfertigt haben. Damit haben Sie sich als demokratischer Politiker, als Vorsitzender des Unterausschusses für humanitäre Hilfe (!) und letztlich auch als Christ und Mensch disqualifiziert.

Berlin, 23. Oktober 1973

Klaus Pilgram

Krämer-Badoni: Die schwerbewaffnete Linke und das schwache Militär

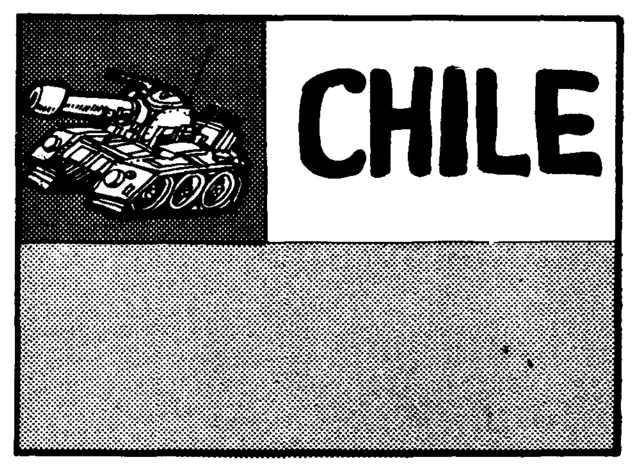
"... die chilenischen Militärs, die sich traditionsgemäß grundsätzlich dem verfaßten Staat und einer Partei verpflichtet fühlen, sahen den Staat in den Händen einer unbeugsamen Minderheit. Sie wollten den Staat vor diesem Zugriff retten."

Die Machtergreifung des Militärs in Chile in der Sicht Rudolf Krämer-Badonis

Auszüge aus einem Kommentar, den R. Krämer-Badoni unter dem Thema "Der Pen-Club in der Volksfront" am 28.9. in der Sendung des Südwestfunks "Blick in die Zeit" verlas (ein Mitarbeiter des iz stenographierte mit)

Vorbemerkung der iz-Redaktion

Daß dem blutigen Gemetzel des Militärs in Chile von seiten der politischen Rechten in der BRD offen Beifall gespendet wird, kommt nicht überraschend. Während sich nun aber Leute wie B. Heck, René Allemann oder Kurt Wawrzik in ihren Sympathiebezeugungen



für die chilenische Junta ihres Demokratie-Bekenntnisses einfach plump entledigen (Faschismus als legitimer Ausweg, wenn auf formal-demokratische Weise die Machtverhältnisse in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr länger aufrechtzuerhalten sind), geht Rudolf Krämer-Badoni besonnener ans Werk: Er greift zur Geschichtsverfälschung, d.h. er entlarvt die chilenische Linke als Verfassungsbrecher, die von den Hütern der chilenischen Verfassung, dem Militär, den Spielregeln der Demokratie gehorchend in gerechter Härte zur Rechenschaft gezogen werden. Krämer-Badoni sucht sich also gerade in seiner Parteinahme für die Militär-Junta in Chile ganz als Demokrat zu profilieren - und zwar als ein, wie wir sehen werden, sehr mutiger Demokrat, denn in der, wie Krämer-Badoni es darstellt, von Links-Kräften beherrschten Öffentlichkeit der BRD droht in einem solchen Fall dem Bekenner zur Demokratie persönlicher Schade ("Ich weiß genau, wie sehr ich mich in meinem freien Land mit dieser Erklärung dem Haß der Linken und dem ängstlichen Abrücken feiger Bürgerlicher aussetze und mir damit schade"). Krämer-Badoni verdient unserer Meinung nach in dieser von ihm verfaßten Apologie für das Militärregime in Chile eine über den chilenischen Putsch hinausreichende Aufmerksamkeit: Vermutlich nämlich werden es gerade Leute wie Krämer-Badoni (oder Hans Habe, Karl Steinbruch, Joachim Kahl u.ä.) sein, die, wenn sich in einer systemerschütternden Kapitalverwertungskrise der Faschismus abermals anschicken sollte, in Deutschland die staatliche Macht zu usurpieren, auf die geschilderte Art und Weise das ursprünglich liberal gesinnte Bürgertum mit dem offenen Faschismus zu versöhnen vermögen.

Für den blutigen Terror während der Regierungszeit von Allende sind nach Krämer-Badoni primär linke Extremisten verantwortlich zu machen: "Ich war nicht nur besorgt, sondern tief deprimiert über jede Nachricht, die den Mord an Mitbürgern durch chilenische Extremisten meldete. Die häufigsten Gewalttaten kamen von links außen. Und mehrmals reagierte Allende auf Gewalttaten der Linksradikalen mit dem Talleyrand-Urteil, das sei unklug, es erschwere den Weg in den Sozialismus."

"... Wir erklären uns solidarisch mit dem chilenischen Volk und seinem Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie und verurteilen aufs schärfste diejenigen, die mit dem Anspruch der Rettung der Einheit des Volkes mit brutaler Gewalt ihre wirtschaftlichen und politischen Privilegien zu erhalten suchen, damit die Verfassung, auf die sie sich so gerne berufen, mit Füßen treten, und einen grundlegenden Veränderungsprozeß, der Ungerechtigkeiten beseitigen will, bewußt verhindern..."

Aus einer Resolution der Diözesankonferenz der Katholischen Jungengemeinde (KJG) der Erzdiözese Freiburg (5.-7.10.1973/Bad Antogast)

Das Gemetzel, das vom Militär an Angehörigen und Sympathisanten der chilenischen Linken verübt wurde, nennt Krämer-Badoni einen "Bürgerkrieg", in dem "schwerbewaffnete linksradikale Verbände" gegen "zahlenmäßig schwache" Militäreinheiten gekämpft haben: "In Chile drohte nicht etwa der Bürgerkrieg, sondern er hat stattgefunden. Der tagelange Kampf zwischen dem zahlenmäßig schwachen Militär und den schwerbewaffneten linksradikalen Verbänden war ein kurzer Bürgerkrieg. Einen anderen Namen gibt es dafür nicht."

Als deus ex machina entriß das Militär über den Putsch vom 11.9. die staatliche Macht der Diktatur der Linken, um sie an den chilenischen Wähler zurückzugeben: "Die chilenischen Militärs, die sich traditionsgemäß grundsätzlich dem verfaßten Staat und nicht einer Partei verpflichtet fühlen, sahen den Staat in den Händen einer unbeugsamen Minderheit. Sie wollten den Staat vor diesem Zugriff retten. Sie haben versprochen, binnen kurzem die Macht wieder an den Wähler abzugeben."

Allende regierte außerhalb der Legalität; ihm mußte von daher mit bewaffneter Gegenwehr begegnet werden: "Ich sehe nicht ein, warum eine... durch parlamentarische Absprachen gebundene Minderheitsregierung, die... faktisch verfassungsbrüchig wird, eine revolutionäre Gesellschaftsveränderung betreibt und konstant Neuwahlen verweigert, warum eine solche Regierung nicht durch bewaffnete Gegenwehr gestürzt werden darf. Regierungen, die die Demokratie mit Hilfe willkürlicher Verfassungsumdeutung in Volksdemokratien verwandeln wollen, müssen gestürzt werden. Ich hoffe, daß im gleichen Fall in unserem Land ebenfalls Gegenwehr stattfinden würde."

> **Erfreulicherweise hat das gut organisierte und rein denkende Militär durch einheitliches Eingreifen mit der Polizei am frühen Morgen des 11. September den Sturz der marxistisch-kommunistischen Regierung ohne großes Blutvergießen erreicht. Am gleichen Nachmittag um 15.30 Uhr nach dem Selbstmord von Allende hatten Wehrmacht und Polizei das Heft bereits fest in der Hand, und wir waren befreit vom Kommunisten-Joch.**
> **HEINRICH REINERS**
> **Kaufmann**
> **Santiago**

Stern
18. 1o. 73

Nicht-Sozialisten, die bei uns Kritik üben an der faschistischen Machtergreifung in Chile, entlarvt Krämer-Badoni als "feige Bürgerliche", die nicht mehr den Mut zur freien Meinungsäußerung haben: "Allerdings steht es mit unserer Zivilcourage weit schlechter als mit der Zivilcourage chilenischer Transportarbeiter und Kolonialwarenhändler. Wieviel Leute bei uns atmen über das Ende des linken Terrors in Chile auf! Und wieviele Leute wagen das einzugestehen ... Ich weiß genau, wie sehr ich mich in meinem freien Land mit dieser Erklärung dem Haß der Linken und dem ängstlichen Abrücken feiger Bürgerlicher aussetze und mir damit schade."

Als beherzter Demokrat warnt Krämer-Badoni die Linke in der BRD vor einer Wiederholung des chilenischen Experiments auf deutschem Boden: "Was die Verfassungsrechtler an widersprechenden Interpretationen der Verfassung vortragen, ist interessant. Sobald aber eine Neuinterpretation dazu dienen soll, aus formalen, für einen Regierungswechsel offene Demokratie eine irreversible radikalsozialistische Staatsform zu machen, gibt es scharfe und s c h ä r f s t e politische Auseinandersetzungen. Die Linksradikalen sollen wissen, daß in einer freien Demokratie der radikale Marxismus nur durch bewaffneten Umsturz, nur durch Bürgerkrieg durchgesetzt werden kann." Zur Erläuterung ist hinzuzufügen, daß in diesem Zusammenhang für Krämer-Badoni nur die, wie er sich ausdrückt, "radikalen Marxisten innerhalb der SPD" von Relevanz sind ("... denn nur auf die innerhalb der SPD kommt es an").

Diese Anzeige erschien am 29.9. in der Zeitung "La Tercera" in Santiago. die Texte lauten:

CHILENEN!

Der vaterländische Beitrag aller Mitbürger wird die Beseitigung der Extremisten erleichtern, die sich noch in der Hauptstadt befinden. Es sind vaterlandslose Ausländer und einige fanatische Chilenen, die nicht über ihren Haß und ihre Zerstörungswut hinwegkommen.

ZEIGEN SIE SIE AN, INDEM SIE KONKRETE UND ZWECKDIENLICHE HINWEISE AN DIE FOLGENDEN TELEFONE GEBEN ODER PERSÖNLICH ZU IRGENDEINER MILITÄREINHEIT KOMMEN! (folgt Telefonliste)

Über die Informanten wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Fürchten Sie nicht die Drohungen der Extremisten! DAS GESETZ und DIE JUSTIZ sind auf Ihrer Seite. Wer dabei ertappt wird, daß er einen Mitbürger bedroht, wird von den Kriegsgerichten zum Tode verurteilt. Erinnern Sie sich daran, daß die <u>indifferenten</u> Mitbürger mit ihrer Passivität dazu beitrugen, daß der Marxismus CHILE beinahe zerstört hätte.

MITBÜRGER, TRAGE DAZU BEI, DEIN VATERLAND VON UNERWÜNSCHTEN ZU SÄUBERN

KOMMANDANTUR BELAGERUNGSZUSTAND
SANTIAGO

Materielle Hilfe für das chilenische Volk

Vom 19.-21. Oktober fand in Bonn auf Initiative der Katholischen Deutschen Studenteneinigung (KDSE) eine Lateinamerika-Koordinationstagung statt, bei der Gruppen und Komitees aus der BRD Möglichkeiten der materiellen Hilfe für das chilenische Volk besprachen. In den Chile-Nachrichten wird noch ein ausführliches Protokoll erscheinen (zu beziehen über Komitee "Solidarität mit Chile", C. Müller-Plantenberg, 1 Berlin 45, Lorenzstr. 65). Die Informationen über die Flüchtlingshilfe beruhen auf einem Gespräch mit Amnesty International in Frankfurt.

Die Zeit für die Hilfsmaßnahmen drängt. Wir rufen daher alle Leser auf, die Maßnahmen der materiellen Hilfe finanziell zu unterstützen und sich, wenn möglich, an lokalen Kampagnen für die chilenischen Flüchtlinge zu beteiligen.

Flüchtlingshilfe

Seit dem Militärputsch sind alle Lateinamerikaner gefährdet, die in den letzten Jahren in Chile politisches Asyl bekommen haben. Es handelt sich vor allem um Flüchtlinge aus Brasilien, Bolivien und Uruguay. In seinen Verhandlungen mit der Militärjunta konnte der Weltkirchenrat nur erreichen, daß Nicht-Chilenen das Land verlassen dürfen. Aber auch von diesen wird ein erheblicher Teil polizeilich gesucht und keine Ausreiseerlaubnis erhalten. Über deren Zukunft kann man nur das Schlimmste vermuten, wenn die Polizeiaktionen "erfolgreich" verlaufen.

In Chile haben die Kirchen ein nationales Komitee für Flüchtlinge gebildet, das noch in nächster Zeit 3000 Flüchtlinge ausfliegen will. Die Hilfsaktion des Weltkirchenrats muß bis Ende Dezember abgeschlossen sein. Bis dahin werden 10 - 20.000 das Land verlassen. Peruanische und argentinische Komitees leisten erste Hilfe für die Flüchtlinge. Allerdings ist Kuba das einzige lateinamerikanische Land, das langfristig für diese Menschen offen sein wird. Mexiko nimmt nur Chilenen auf und leistet für Nicht-Chilenen lediglich Durchgangshilfe für die Dauer von drei Monaten. Das bedeutet, daß der größte Teil der Flüchtlinge nach Europa kommen wird. Man kann damit rechnen, daß mehr als 3000 Flüchtlinge in der BRD Aufnahme finden wollen.

In den Verhandlungen, die Amnesty International und das Diakonische Werk mit der Bundesregierung geführt haben, wurde der Aufnahme der Flüchtlinge von Bonn her grünes Licht gegeben mit dem Vorbehalt, daß auf lokaler Ebene für die Unterbringung und die Arbeitsbeschaffung gesorgt ist. Es ist erreicht worden, daß die Flüchtlinge aufgrund des Bundessozialhilfegesetzes bis zur Arbeitsaufnahme finanziell unterstützt werden. Die Flüchtlinge sollen bis zur endgültigen Gewährung des Asyls eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung erhalten, die zur Arbeitsaufnahme berechtigt.

Die Flüchtlinge werden in nächster Zeit in mehreren Schüben in Frankfurt eintreffen. Die Frankfurter Amnesty-Gruppe hat mit Unterstützung lokaler Gruppen die Koordinierung übernommen. Das Büro ist in nächster Zeit Montags bis Freitags von 8 Uhr bis 20 Uhr, Samstag und Sonntag von 10 Uhr bis 20 Uhr besetzt. An dieses Büro können auch Fragen der rechtlichen Regelung der Flüchtlinge gestellt werden.

Amnesty International
Arbeitsgruppe Chile
6 Frankfurt 1
Oeder Weg 153
Tel. 0611/592898

Es gilt, Unterbringungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene zu beschaffen; es besteht sonst die Gefahr, daß die Zahl der Flüchtlinge, die in der BRD Aufnahme finden, aufgrund der mangelnden Unterbringungsmöglichkeiten gering gehalten wird. Dazu empfehlen wir das Vorgehen der Amnesty-Gruppe und anderer lokaler Gruppen in Frankfurt (dies wird sich allerdings nicht auf jede Stadt übertragen lassen): Diese haben in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister und die Fraktionen im Stadtrat die Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten gefordert. In Verhandlungen hat sich die Stadt verpflichtet, Wohnheime für die vorübergehende Unterbringung bereitzustellen und das Arbeits- sowie das Schulamt (es werden zahlreiche Familien mit Kindern eintreffen) einzuschalten. Mit der Volkshochschule wurde ein Intensivkurs Deutsch vereinbart. Durch diese und ähnliche Kampagnen in anderen Städten wurden knapp 1000 Unterbringungsmöglichkeiten bereitgestellt.

Arbeitsmöglichkeiten auf lokaler Ebene:

- Forderung an die Stadt nach zumindest vorübergehender Unterbringung
- Sammlung von Zimmern, Wohnungen etc., bei denen Flüchtlinge privat untergebracht werden können
- Einschaltung des Arbeitsamtes (es werden in der Überzahl Intellektuelle aller Bereiche, aber auch Arbeiter, politisch aktive Gewerkschaftler eintreffen)
- Einschaltung des Schulamtes
- Sammlung von Leuten, die zu kostenlosem Übersetzen und Dolmetschen bereit sind (besonders wichtig sind Juristen, die über diese Sprachkenntnisse verfügen)
- Forderung nach Unterstützung an die Gewerkschaften, die allerdings bisher auf alle Briefe und Appelle beharrlich geschwiegen haben.

Es ist wichtig, die lokalen Aktivitäten mit allen dabei beteiligten Gruppen zu koordinieren. Das angegebene Amnesty-Büro in Frankfurt kann allen Gruppen und Einzelpersonen Auskunft geben, ob in ihrer Stadt eine Amnesty-Gruppe oder ein Chile-Komitee an der Hilfe für die Flüchtlinge beteiligt ist. Es sollte auch die Möglichkeit genützt werden, ASten, Studenten- und Kirchengemeinden zur Mitarbeit zu bewegen.

Das Amnesty-Büro sollte über bereitgestellte Wohn- und Arbeitsplätze umgehend telefonisch informiert werden.

Amnesty International hat zwei Sonderkonten zur Unterstützung der Flüchtlinge eingerichtet:

Postscheckkonto Köln 22 11 DD
Deutsche Bank Hamburg 61 61 61

Wenn es uns nicht gelingt, in zahlreichen Städten durch lokale Kampagnen für Unterbringungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze zu sorgen, wird dies dazu führen, daß die Zahl der Flüchtlinge, die in der BRD Aufnahme finden können, gering gehalten wird. Dies kann für zahlreiche politisch aktiven Lateinamerikaner die Abschiebung in ihre Herkunftsländer durch die chilenische Junta bedeuten.

Dem Vorstand des DGB-Berlin brennt offenbar die Situation in Chile weniger unter den Nägeln! Mit der Erklärung (sinngemäß), daß der Putsch in Chile ein für Lateinamerika gewöhnlicher Militärputsch sei, dort häufig Demokratien durch einen Militärputsch beseitigt würden und man nicht ständig dazu Veranstaltungen machen könne, lehnte er eine vom Landesjugendausschuß beantragte Informationsveranstaltung schlichtweg ab.

Unterstützung des Widerstandes in Chile

Geldspenden:
Um das Überleben der chilenischen Genossen im Untergrund und ihrer noch nicht zerschlagenen Organisationen zu ermöglichen, sind besonders Geldspenden von großer Wichtigkeit. Es ist für einen politisch Aktiven nur möglich, bei Familien unterzutauchen, wenn er mittels seiner Organisation selbst für seinen Unterhalt sorgen kann. Die "Stabilitätsmaßnahmen der Junta", z.B. die Erhöhung des Brotpreises auf das zweieinhalbfache, haben dies sehr erschwert.

Dr. Andreas Buro - Sonderkonto
33 Braunschweig

PSA Hannover 23 98 48 - 3D9
Kennwort: Chile-Solidarität

Komitee Solidarität mit Chile

PSA Berlin West 38 DD 87 - 1D8
Elfriede Kohut

Medikamentensammlung:
Auch Medikamentensammlungen für Chile sind derzeit sehr notwendig. Dazu ist es möglich, bei Ärzten um Probepackungen nachzufragen; bei früheren Medikamentensammlungen war es auch in einigen Fällen erfolgreich, sich an Firmen der pharmazeutischen Industrie zu wenden. Da Medikamente nicht wahllos verschickt werden dürfen, sondern Gebrauchswert gegen Verschickungskosten abgewogen werden muß, hat das Chile-Komitee in Aachen (erreichbar über AStA der technischen Hochschule Aachen, 51 Aachen) eine Liste der benötigten Medikamente zusammengestellt. Für das Aussortieren ist es sinnvoll, einen Arzt hinzuzuziehen.

Gruppen, die sich an der Medikamentensammlung beteiligen wollen, wenden sich bitte an das Chile-Komitee Aachen. Sie erhalten dann die angegebene Liste. Die Verschickung der Medikamente wird von diesem Komitee übernommen.

Weitere Hinweise für Kampagnen zu Chile und neuestes Material zur Lage in Chile finden sich in den vierzehntägig erscheinenden "Chile-Nachrichten". Zu bestellen beim Komitee Solidarität mit Chile, c/o C. Müller-Plantenberg, 1 Berlin 45, Lorenzstr. 65.

bast/gc

„Die Demokratie trägt die Saat der Selbstzerstörung in der Brust. Es gibt ein Sprichwort, daß die Demokratie gelegentlich in Blut gebadet werden muß, damit sie eine Demokratie bleiben kann. Glücklicherweise war das bei uns nicht der Fall. Es fielen nur ein paar Tropfen."
General Augusto Pinochet, Chef der chilenischen Militär-Junta

Stern 42/73

PALÄSTINA

Vorbemerkung

Als vor wenigen Jahren der leitende Redakteur der halbamtlichen Zeitung (Al Ahram), Heikal, betonte, daß die Palästinenser nicht zur Bezahlung dessen herangezogen dürften, was die Deutschen während des Dritten Reiches den Juden angetan hätten, vermerkte die Tagesschau der ARD dies als "geschmacklos". Wir meinen, daß dies keine Geschmacklosigkeit ist. Angesprochen ist damit nämlich genau jenes Verdrängungsverhalten, das in der BRD seit Kriegsende gegenüber dem Judenstaat praktiziert wird. Das Unrecht, das wir dem Jüdischen Volk Europas angetan haben, entschädigen wir seit Kriegsende dadurch, daß wir über das Unrecht schweigen, das "die" Juden ihrerseits den Palästinensern antaten und antun. Es ist dies eine billige Rechnung - im Wortsinne -, die wir damit aufgetan haben. Sie erlaubt es einer Mehrzahl der Antisemiten, inzwischen den Wolf im Schafspelz zu spielen, und kostenlose Sympathie zu verschenken für die von ihnen verschuldeten Opfer auf Kosten neuer, die sie nicht bezahlen und erleiden müssen.

Sie erlaubt es weiterhin, mit dem Stereotyp "der Jude" umzugehen, ohne als Antisemit verdächtigt zu werden, und ohne daß man über Klassenkonflikte innerhalb der jüdischen Gemeinschaft nachdenken müßte.

Sie erlaubt es weiterhin, die Frage einer territorialen Wiedergutmachung und einer politischen Schutzgarantie durch uns - warum nicht Baden-Württemberg oder Bayern nach Vertreibung der Einheimischen als jüdischer Nationalstaat? - wegzuschieben.

Und sie erlaubt es letztlich, universale Rechtssätze der Selbstbestimmung aller Völker mit Hilfe eines "Verständnisses" für die Erfahrungen und Motive der jüdischen Staatsgründer außer Kraft zu setzen.

In diesem Sinne verdient es, daß auch die Stimme der neuen palästinensischen "Juden" gehört wird (siehe den Beitrag von Prof. Sayigh) und verdient auch die Geschichte des jüdischen Nationalstaats, somit die Geschichte der palästinensischen Opfer, Betrachtung.
Prof. Sayigh fordert nicht, die Besiedlung Palästinas durch eine erneute Vertreibung rückgängig zu machen, aber er fordert politische Zustände, in denen Juden und Palästinenser ihr Lebensrecht haben, die einzige Lösung, die die Sicherheit der Juden gewährleisten kann.

Redaktion

Kriegsziele

Während zu Anfang von Sadat die Rückgewinnung der besetzten Gebiete und die Wiederherstellung der verbrieften Rechte der Palästinenser gefordert wird, scheint sich nach dem Waffenstillstand auch ein teilweiser Rückzug gegen eine Anerkennung des Lebensrechts Israels in Aussicht zu stellen.

Kommentatoren sprechen von einem Versuch Ägyptens, Faustpfänder - Ostufer des Suez - zu erhalten, die einerseits bis zu einem Waffenstillstand gehalten werden und die Wiedereröffnung des Suezkanals erlaubt hätten, und die andererseits den Arabern das Gefühl des historischen "under-dog" genommen hätten, damit also den Ägyptern und vor allem Sadat eine bessere Position im arabischen Lager gesichert hätten.

Generell wird zu bedenken gegeben: daß der Krieg - wie fast alle Kriege, zumal im mittleren Orient - eher unter Gesichtspunkten der Innenpolitik, als der Außenpolitik gesehen werden müßte: Einerseits gewinnen Sadat und die Syrer gegenüber den einheimischen, radikalen Gruppen und gegenüber dem Irak und Lybien wieder Spielraum, andererseits könnte ein mäßiger Kriegszug zu einem mäßigen Kompromiß mit Israel führen. Wohlwissend, daß die Zeit sowohl gegen einen "Subimperialist" Israel, als auch gegen ein "großbourgeoises" Ägypten und ein feudales Jordanien läuft, hätte dann ein solcher Kompromiß die Lage Sadats ebenso wie die der Feudalscheichs entschärfen können: also: den Popanz entschärfen, um sich selbst den Stuhl zu retten.

Eine andere, weitere Frage der Kriegsziele bezieht sich auf die erdölproduzierenden Länder, hauptsächlich auf

deren Boykott gegenüber Holland: Nach dem Prinzip "man schlage den Sack, solange man den Esel noch fürchtet" wird Holland zum Kasperltheaterstück für die neue Kartellmacht der Erdölproduzenten. Da die westlichen Abnehmerländer stets nach der Devise verfuhren, "was du nicht willst was man dir tu, das fügtest du stets den andern zu", wird solches Vorgehen sofort als "Erpressung" bezeichnet.

Unter Bedingungen eines bilateralen Monopols - Monopol auf Angebot einerseits und Monopol auf Abnahme andererseits - stellt sich dabei die Frage, wie weit bei diesem Spiel überhaupt gepokert werden kann: also: bis zu welchem Punkt Quoten gedrosselt, politische Prämien oder auch nur finanzielle erzwungen werden können, ohne daß man die Abnehmer in die Substitution und sich selbst in den Devisendefizit treibt - um damit die revolutionäre Ungeduld der restlichen Ölhabenichtse auf die Feudalpfründen auf dem Hals zu haben. Also: Wie lange kann der Feudalscheich auf Dollars verzichten, solange er wegen seiner Dollarhilfe von den arabischen Sozialisten geduldet wird?

Als entfernteres propagandistisches Kriegsziel stellt sich noch der folgende Sachverhalt dar:

In der gegenwärtigen festgefahrenen Situation verschafft sich offensichtlich jeder neue Krieg die Bestätigung, daß Israel eine Außenstelle des US-Imperialismus sei, stets wieder von neuem. Da die Frage der Einheitlichkeit des in sich zerfallenen arabischen Lagers eine Frage der Offensichtlichkeit dieser imperialistischen Bedrohung ist, wird die Einheitlichkeit des arabischen Lagers zur Folge der Häufigkeit solcher Kriege, unter der Bedingung, daß sie weder als Katastrophe noch als Erfolg enden. Da der Ausgang im Status quo wiederum eine Folge der russisch-amerikanischen Interessenlage, die Häufigkeit solcher Kriege eine Folge amerikanischer Interessen ist - politische Unterstützung israelischer Intransingenz und damit hohe Rüstungsexporte an Israel -, gewinnt der mittlere Osten, die nützlichen Qualitäten eines Moralstücks für die gesamte Dritte Welt - und damit für ihren maßgeblichen Sprecher: China.

Die durchaus "revisionistische" Haltung Ägyptens und der Feudalscheichs, läßt sich dabei stets hinter ihrer militärischen Abhängigkeit von den Russen verstecken, das Unentschieden der Kriege mit dem US-Imperialismus. Aufgrund des gleichen US-Imperialismus sieht sich die UdSSR gezwungen, ruinäsen Beistand zu leisten, um sich gleichzeitig wieder dafür von Ghaddafis in Lybien und Irak, ebenso wie von China als Revisionist beschimpfen zu lassen.

Während also das Szenario einen sich nach seiner eigenen Gesetzmäßigkeit stets weiter rechtfertigenden Zirkel darstellt, hat es für die Dritte Welt einen eindeutigen Aussagewert: Wichtigkeit einer Solidarität gegenüber den USA ebenso wie gegenüber der UdSSR.

Die Enstehungsgeschichte des Staates Israel

Die Idee von der Ansiedlung aller Juden in Palästina (Zionismus) ist Mitte des 19. Jahrhunderts durch die immer wiederkehrende Diskriminierung der Juden in der ganzen Welt entstanden und durch jede neue antisemitische Welle genährt worden.

Kann man davon ausgehen, daß die Wahl Palästinas (in Betracht gezogen wurden damals z.B. auch Uganda oder Argentinien) als Ort des angestrebten 'Judenstaates' (Herzl) - wenn auch historisch in keiner überzeugenden Weise gerechtfertigt - so doch glaubensmäßig immerhin erklärbar ist, so ändert das

1) nichts an der absoluten Unrechtmäßigkeit der geplanten und gezielten Enteignung und Vertreibung der dort einheimischen rechtmäßigen Einwohner, nämlich der arabischen Palästinenser

und erklärt

2) nicht die Unterstützung anderer Nationen in dieser Sache, da sich diese Nationen unzweifelhaft nicht auf Bibelstellen berufen können (und dies auch nie ernsthaft versucht haben).

Ziel der zionistischen Bewegung war die Errichtung eines rein jüdischen Staates (Erez Israel) mit einem Territorium, wie das 'Alte Testament' es beschreibt - nach unseren heutigen Bezeichnungen das Gebiet "von der Sinai-Halbinsel unter Einschließung großer Teile Syriens bis Hazar Enan und vom Mittelmeer bis an die Ostgrenzen Jor-

daniens" (1). Über die genauen Grenzen, die der Staat haben sollte, differierten die Meinungen der Zionisten oft, einig war man sich aber insofern, als alle ein 'Groß-Israel' anstrebten. Daß dieses Ziel von 1897 bis heute Schritt um Schritt angegangen worden ist, läßt sich bei einem kurzen Rückblick auf Entstehung und Entwicklung des Staates Israel klar erkennen.

Schon der erste Zionisten-Kongreß 1897 in Basel ließ keinen Zweifel darüber zu, daß keineswegs ein Zusammenleben mit den palästinensischen Einheimischen geplant war, sondern ganz konkret ein rein jüdischer Staat, was also nicht nur eine Vorherrschaft der Juden anstrebte (wie es dies bei früheren Kolonialmächten in den arabischen Ländern der Fall gewesen war), sondern so weit ging, die Palästinenser aus ihrem eigenen Land zu vertreiben, ja, das Vorhandensein eines palästinensischen Volkes überhaupt zu leugnen. Dazu Golda Meir in einem Interview mit Frank Giles in: Sunday Times (London, 15.6.69):

"Es war nicht so, als wäre in Palästina ein palästinensisches Volk vorhanden gewesen, das sich als solches betrachtet hätte, und wir sind gekommen, hätten sie hinausgeworfen und ihnen ihr Land weggenommen. Sie existierten nicht."

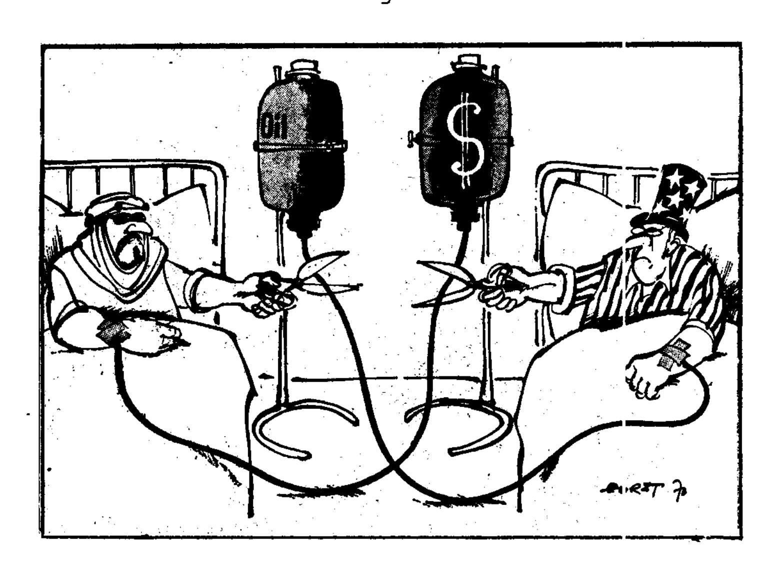
Zum Problem der einheimischen arabischen Palästinenser Ben Gurion, führender israelischer Politiker der Nachkriegszeit:

"Je weniger Araber es in den Grenzen des zukünftigen Staates geben wird, desto besser wird das sein." (2)

Dieser Anspruch auf Palästina wurde gestellt zu einer Zeit, als zu Beginn der zionistischen Bewegung die Juden in Palästina nur einen Bevölkerungsanteil von 9,4 % ausmachten. Demgegenüber waren 90,6 % der Einwohner arabisch (3). Und sieht man dazu, daß 1940, als der Plan eines eigenständigen jüdischen Staates schon in aller Welt ernsthaft diskutiert wurde, der Bevölkerungsanteil der Juden in Palästina gerade 31,4 % ausmachte (bei einem Bodenbesitz-Anteil von 5,8 %) (4), so wird die Furcht der anderen arabischen Staaten vor einem so gewaltigen Machtanspruch der Zionisten sehr verständlich. Tatsächlich gaben sich auch die Zionisten nie besondere Mühe zu verheimlichen, daß sie sich keineswegs mit einem kleinen Teil Palästinas zufrieden geben wollten. So meinte z.B. Ben Gurion auf dem XX. Zionisten-Kongreß zur Aufteilung Palästinas in einen israelischen und einen arabischen Teil:

"Die Debatte geht doch nicht darum, ob Erez Israel teilbar ist oder nicht. Kein Zionist kann auch nur auf den kleinsten Teil von Erez Israel verzichten. Die Debatte geht nur darum, welcher von zwei Wegen schneller zum Ziel führt." (5)

Die Frage, wieso die Zionisten mit ihrer Politik bisher auf sehr geringen internationalen Widerstand stießen, stellt sich um so mehr, wenn man die Methoden untersucht, durch welche die jüdischen Einwanderer zu ihrer Vormachtstellung in Palästina kommen konnten. Die ersten jüdischen Einwanderer brachten damals - um 1900 - in ein Land, das keineswegs - wie immer darzustellen versucht wird - eine Wüste war (siehe 'Baedeker' von 1912), ihre in der westlichen Welt erworbenen Kenntnisse von Industrie und Wirtschaft ein. Diese Kenntnisse setzten sie mit Hilfe sehr kapitalkräftiger Unterstützung aus anderen Nationen (vor allem den USA) bewußt dazu ein, die einheimischen Palästinenser sowohl wirtschaftlich als auch politisch niederzuzwingen.



Sowohl die beginnende Industrialisierung als auch der sorgfältig geplante Ausbau der Landwirtschaft durch die Zionisten hatten den völligen Ausschluß der arabischen Bevölkerung zum Grundsatz. Schon bald nach dem 1901 vom V. Zionisten-Kongreß gefaßten Beschluß, arabische Arbeiter in jüdischen Unternehmen und Besitzungen nicht zu beschäftigen, wurde diese Politik überall betrieben. Palästinensern wurde jede Arbeit verweigert, ihre Produkte wurden boykottiert, und wo diese Maßnahmen noch nicht den gewünschten Erfolg hatten (nämlich die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat), da traten zionistische Terrororganisationen auf.

Gleichzeitig mit der Isolierung der Palästinenser wurde der Aufbau eigener zionistischer Institutionen wie Schulen, Siedlungsgenossenschaften usw., einer eigenen zionistischen Administration und eines Heeres vorangetrieben.

Ihr Plan, die ganze Welt schließlich mit dem Tatbestand eines vollkommen

durchorganisierten israelischen Staates in Palästina zu konfrontieren, konnte den Zionisten nur mit Duldung und Unterstützung der britischen Mandatsregierung in Palästina gelingen.

Als nach dem 1. Weltkrieg Frankreich und England in schöner Einheit entschieden, den Arabern die versprochene Unabhängigkeit nun doch vorzuenthalten, gelang es Großbritannien, das Mandat über Palästina zu bekommen - mit der Auflage, alles für die Entwicklung Palästinas und für seine Vorbereitung auf die Unabhängigkeit zu tun. Wenn England dann 30 Jahre lang das genaue Gegenteil praktizierte und den Zionisten durch Unterstützung ihrer Politik zu solcher Macht über die Palästinenser verhalf, so wird wohl niemand so naiv sein und glauben, daß dies aus reiner Freundschaft geschah.

Es ist hier wichtig, zu wissen, daß Palästina als das 'Herzstück' der arabischen Staaten galt. An diesem strategisch überaus wichtigen Punkt einen Verbündeten zu wissen, dessen Interessen mit denen der westlichen Welt völlig verflochten waren - beispielsweise durch gleichgelagerte wirtschaftliche Interessen -, mußte Großbritannien - trotz gewisser moralischer Bedenken einiger Untersuchungskommissionen (6) sehr gelegen sein. So unterstützte Großbritannien die Unternehmungen der Zionisten (einen vollständigen Staat in Palästina aufzubauen) mehr oder minder offen auf allen Gebieten.

Und zwar:

1. in wirtschaftlicher Hinsicht.
   Hier nur ein Beispiel: Kommentar Lord Brentfords (am 4.7.22 im britischen Parlament) zur Vergabe der Ausbeutungs-Konzession für elektrische Energie in Palästina: "Der Vertrag überläßt Rutenberg (Inh. der zionistischen 'Palestine Electric Corporation') die Entwicklung des ganzen Landes." (7) Tatsächlich wurde Rutenberg von der britischen Mandatsverwaltung nicht nur die Konzession erteilt, es wurde gleichzeitig dafür gesorgt, daß er die einzige Konzession besaß; neue Konzessionen durften - solange Rutenbergs Gesellschaft bestand - nicht erteilt werden, alte Verträge wurden aufgehoben, Besitz und Boden, den Rutenberg brauchte, anstandslos enteignet. (8)
2. förderte Großbritannien Israels Aufbau in administrativer Hinsicht.
   Es erlaubte den Zionisten z.B. eine direkte politische Vertretung, die sich als 'Jewish Agency' bald zu einer eigentlichen Doppelregierung in Palästina entwickelte. Leider unterließ es England dabei, den ihm vom Völkerbund gegebenen Auftrag zum Aufbau einer palästinensischen Selbstverwaltung zu erfüllen. (9)
3. und als besonders wichtig muß festgestellt werden, daß Großbritannien den Zionisten zu einem eigenen Militär verhalf.
   Schon früh erlaubte die britische Mandatsmacht kleinere zionistische Verbände, bei den jüdisch arabischen Auseinandersetzungen von 1936 "autorisierten die Engländer die 'Jewish Settlement Police', unterstützten sie mit Waffen und gestatteten ihr, sich überall in Palästina frei zu bewegen." (10) Im 2. Weltkrieg rekrutierten die Engländer 27 028 palästinensische Juden, 1944 erlaubten sie den Aufbau einer jüdischen Brigade mit 5 258 Soldaten. (11) Aber sie halfen auch bei der Ausbildung des jüdischen Militärs kräftig mit. Zitat Ben Gurion: "Die erfolgreichste und kompletteste Zusammenarbeit zwischen Juden und Briten war mit der Errichtung der 'Special Night Squads' erreicht, die der ausgezeichnete britische Offizier Capitan Charles OrdeWingate verwirklichte. Das war ein praktischer Schritt zum Aufbau einer jüdischen Militärmacht innerhalb des Rahmens der britischen Armee." (12)

Als die Zionisten den Aufbau ihres 'Judenstaates' soweit vorangetrieben hatten, gingen sie daran, diesen Staat auch vor der Welt zu legalisieren und scheuten dabei nicht einmal die Machtprobe mit ihren Freunden, den Engländern.

1946/47 war dann die jüdische Macht in Palästina so groß geworden, daß England die Palästina-Frage den Vereinten Nationen zur Lösung vortrug.

Die Palästinenser hatten kein legales Mittel, sich dagegen zu wehren, daß völlig fremde Staaten über die Zukunft ihres Landes und Volkes entscheiden sollten; ihre Kampfkraft war fast völlig gebrochen durch die Niederschlagung früherer Proteste durch die Engländer und die Liquidierung jener Kräfte, die sich gegen die Politik der Zionisten und der englischen Mandatsmacht gewehrt hatten. So gibt die englische Administration nach dem palästinensischen Generalstreik von 1936 folgende Zahlen an: von 1936-39 wurden mehr als 3000 arabische Palästinenser getötet, ca. 2000 verletzt, 110 gehenkt und 6000 in Konzentrationslagern und Gefängnissen interniert. Diese offiziellen Angaben werden jedoch allgemein für viel zu niedrig gehalten. Die Kraft des palästinensischen Widerstandes war dementsprechend 1947 fast völlig gebrochen.

Der Vorschlag der arabischen Delegationen an die Vereinten Nationen, ein demokratisches Staatswesen in Palästina einzurichten, das die Rechte und Bedürfnisse aller Menschen und Minori-

täten respektiere, wurde von einem von der Vollversammlung der Vereinten Nationen bestimmten Komitee mit 29 gegen 12 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Am 29. November 1947 entschied die Vollversammlung der UNO mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen für die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Interessant hierbei ist, daß kein Staat der Dritten Welt außer denen, die US-abhängig waren, für die Teilung stimmte. Sowohl in der UNO als auch im Amerikanischen Kongreß wurde damals teils heftig kritisiert, daß die USA durch Einschüchterungen, ökonomische Versprechungen und Drohungen gegen Amerika-abhängige Staaten ganz klar auf das Abstimmungsergebnis Einfluß genommen hatten.

Bei der Teilung Palästinas wurden dem 'arabischen Staat' 42,88 % der palästinensischen Gesamtfläche zugesprochen, dem 'jüdischen' 56,47 %, der Rest wurde der internationalen Zone von Jerusalem vorbehalten. (13) Im von der UNO bestimmten 'arabischen Staat' lebten dabei vor der Teilung 749 010 Araber und 9520 Juden, im 'jüdischen Staat' 499 020 Juden und 509 780 Araber, wobei die jüdische Bevölkerung nur in den Ebenen von Sharon und Esdraelon dank der Städte Tel Aviv und Petah Tikva in der Mehrheit war. In 10 Subdistrikten, die ganz oder teilweise dem 'jüdischen Staat' zuerkannt wurden, stellten die Palästinenser die Mehrheit. (14)

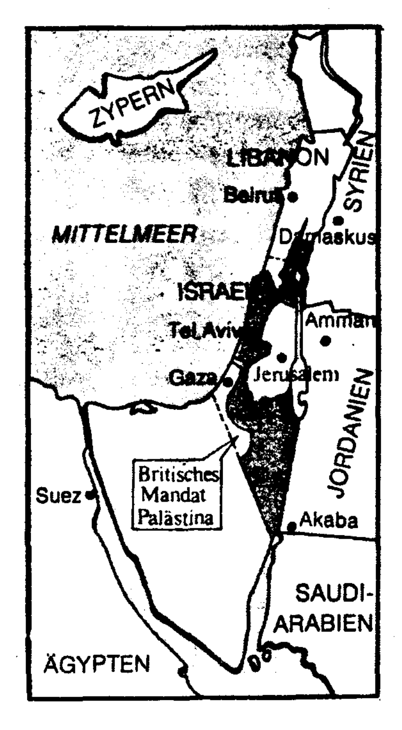
Bis zum Teilungsbeschluß, der den Juden 56,47 % des palästinensischen Bodens zusprach, hatten sie laut 'Village Statistics' (von 1945, zusammengestellt von der engl. Mandatsverwaltung) nur 5,67 % des Bodens erworben. (15)

Die Vereinten Nationen ermächtigten sich also, Israel weitere 50,80 % der palästinensischen Gesamtfläche zu schenken.

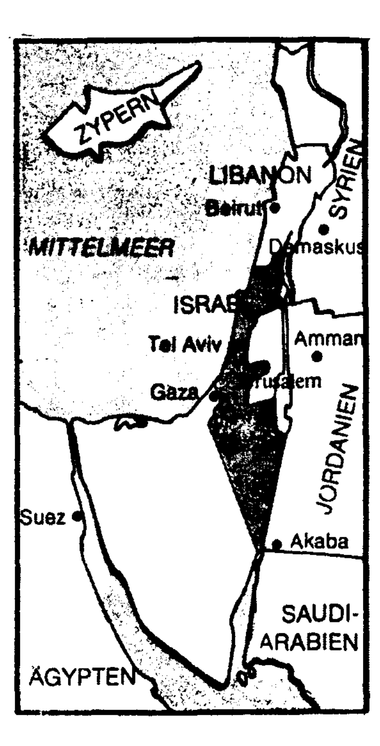
Zum 'arabischen' Teil stellte eine Prüfungskommission der UNO weiterhin fest, daß er durch die Abtrennung vom restlichen palästinensischen Gebiet wirtschaftlich gar nicht mehr lebensfähig war. (16)

Die Zionisten, wenn auch mit der Teilungslösung nicht voll zufrieden, sahen sie doch als Teilerfolg in ihrem Gesamtkonzept an und legten es darum darauf an, einen eventuellen Widerstand der Palästinenser im Keim zu ersticken. Es kam zu einer eklatanten Verschärfung der bürgerkriegs-ähnlichen Zustände in Palästina. 1949 waren mehr als 700 000 (17) Palästinenser in arabische Nachbarländer 'geflüchtet' und Israel hatte 77,40 % der palästinensischen Gesamtfläche besetzt (und hat dies auch heute noch). (18)

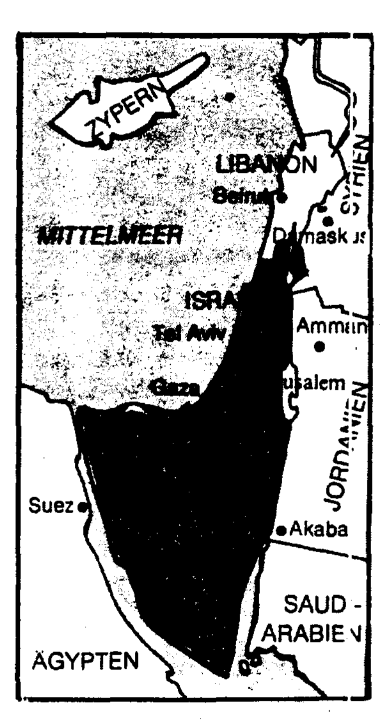
Aufschlußreich scheint an dieser Stelle die von Ben Gurion in seinem Buch: 'Rebirth and destiny of Israel' vertretene Meinung zu sein. "Er anerkennt, daß bis zum Abzug der britischen Truppen keine jüdische Position von den Arabern angegriffen worden war, während die jüdische Armee 'Haganah' ver-



UN-Teilungsplan 1947



Staatsgründung 1948



Israel mit besetzten Gebieten 1967

schiedene arabische Stellungen besetzte und die Städte Tiberias, Haifa, Jaffa und Sadat 'befreit' hatte. So sei jener Teil Palästinas, in dem die 'Haganah' operierte, vor der Unabhängigkeitserklärung von seinen arabischen Einwohnern 'gesäubert' worden. Anfang April sei der jüdische Kampf in entscheidender Weise von der Defensive zur Attacke übergegangen. Dank der 'Haganah' konnte der 'Judenstaat' erst 'jüdisch und erheblich größer als vorher' werden." (19)

Nach dem Teilungsbeschluß verwirklichte Israel eine Reihe von Plänen, die die Vertreibung der Palästinenser zum Ziel hatten. Eine der spektakulärsten Aktionen war dabei das Massaker von Deir Yassin, bei dem ein zionistischer Militärverband die gesamte Bevölkerung eines arabischen Dorfes tötete, um die Palästinenser zur Flucht zu bewegen. Die Flüchtlinge konnten kaum mehr als die Kleidung, die sie auf dem Leib trugen, mitnehmen. Verlassene arabische Dörfer wurden sofort dem Erdboden gleichgemacht, um eine Rückkehr der rechtmäßigen Besitzer unmöglich zu machen.

Die Kriegsereignisse von 1947/48, 1956 und 1967, bei denen sich Israel immer derselben Taktik bediente - nämlich Vertreibung der Araber mit allen Mitteln und Verhinderung einer Rückkehr durch Zerstörung der arabischen Dörfer und Liquidierung derjenigen, die denn zurückkehren wollten - zeigen, daß Israel an einem echten Frieden im nahen Osten nicht gelegen sein kann.

Der arabische Widerstand sollte geschwächt werden und eine Vergrößerung des israelischen Gebietes sollte erreicht werden. Mit 1967 wurde die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge um hunderttausende größer und ist heute noch immer im Wachsen begriffen. Die Mittel zur Vertreibung - Mord, Mißhandlungen, Napalmeinsatz - sind noch brutaler geworden. Die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge gibt die UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for the welfare of Palestinian refugees in the Near East) für 1971 mit 1 468 Millionen an. Israel weigert sich weiterhin, den Flüchtlingen eine akzeptable Möglichkeit zur Rückkehr zu bieten. In den besetzten Gebieten werden heute israelische Wehrdörfer und Siedlungen errichtet.

Anmerkungen

1) Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972 (Fischer-Taschenbuch, DM 4.80), S. 54

2) Michael Bar-Zohar, Ben Gurion - Le prophète armé, Paris 1966, S. 146

3) und 4) A Survey of Palestine, Bd. 1, S. 141

5) Zitat aus: Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, a.a.O., S. 59.

6) vgl. dazu Report der 'King-Crane-Kommission' von 1919, in U.S., Department of State, Papers relating to Foreign Relations of the USA

7) J.M.N. Jeffries, Palestine, London 1939, S. 429

8) ebenda, S. 430 ff

9) vgl. Report of the Anglo-American Committee of Enquiry..., S. 64 ff

10) Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, a.a.O., S. 128

11) ebenda, S. 128

12) David Ben Gurion, Britain's Contribution to arming the Haganah, in: Jewish Observer and the Middle East Review, 20.9.63, S. 14.

13) vgl. U.N., Official Records of General Assembly, 1st Session, 1947, Bd. 1, S. 171 ff; U.N., Document A/519, in: Official Records of General Assembly, 2nd Session, 1947, S. 131 ff

14) vgl. UNSCOP-Berichte, in: U.N., Official Records of General Assembly, 1st Session, 1947, Bd. 1, S. 171 ff; U.N., Document A/519, in: Official Records of General Assembly, 2nd Session, 1947, S. 131 ff

15) vgl. auch: A Survey of Palestine

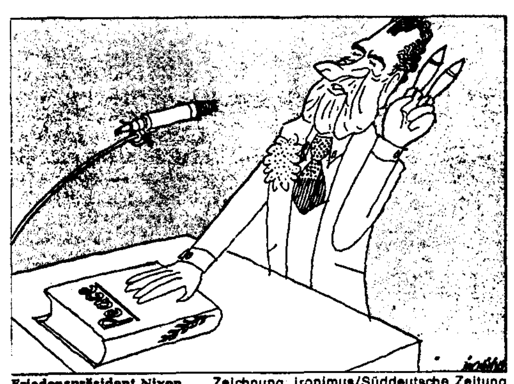
16) vgl. 14)

17) Anzahl lt. Bericht der UNRWA: Juni 1950: 960 021 palästinensische Flüchtlinge

18) Sami Hadawi, Brennpunkt Palästina, Rastatt 1969, S. 57

19) Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, a.a.D., S. 171

Dieser Beitrag wurde vom Palästina-Komitee Freiburg erarbeitet. Er ist im wesentlichen eine Zusammenfassung des Buches von Walter Hollstein: "Kein Friede um Israel- Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts" Fischer-Taschenbuch, 1972, DM 4,8o.



Friedenspräsident Nixon   Zeichnung. Ironimus/Süddeutsche Zeitung

Der palästinensische Friedensvorschlag

aus: ESG-Nachrichten
Nr. 73, September 73

Professor Yusif A. Sayigh, früher Ordinarius für Ökonomie an der Amerikanischen Universität in Beirut, ist jetzt Vorsitzender des Planungsrats der Palestine Liberation Organization (PLO). Die Rede, aus der hier ein Auszug wiedergegeben wird, wurde in englischer Sprache vor der 16. Generalversammlung des Near East Council of Churches 1970 in Nicosia gehalten.

Während der israelische Friedensvorschlag die Konsolidierung der zionistischen, kolonialistischen Besetzung Palästinas, während der Friedensvorschlag der Vereinten Nationen faktisch die ungerechte Okkupation Israels legitimiert und nur nebensächliche und kurzfristige Linderungsmittel vorsieht, ist der Friedensvorschlag, den die palästinensischen Araber anbieten, ein Vorschlag für Befreiung, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Er würde Palästina von der zionistischen Okkupation und die palästinensischen Juden von der Brutalisierung durch den Zionismus befreien.

Unsere Vorstellung ist vor allem die, Palästina in seiner Gesamtheit als einen einzigen souveränen Staat zu errichten, indem palästinensische Araber und palästinensische Juden - ob sie nun praktizierende Moslems, Christen, Juden oder Atheisten sind - zusammenleben können als gleichberechtigte Bürger ohne Ansehen der Religion, der Hautfarbe oder der Rasse. Für die palästinensischen Juden, die sich für diesen Vorschlag entscheiden, würde das bedeuten, daß sie sich mit Palästina und seiner arabischen Umwelt zu identifizieren hätten und also die zionistische, kolonialistische und expansionistische Haltung ablegen müßten. Für die palästinensischen Araber würde das bedeuten, daß sie die jüdische Gemeinschaft anerkennen und mit ihr zusammenarbeiten müßten unter demokratischen und fortschrittlichen Bedingungen.

Dies ist die Vision von einer neuen Gesellschaft in Palästina, in der die Menschen gemeinsam arbeiten und leben, miteinander kommunizieren, auf die gegenseitigen Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen und sich selbst die Möglichkeit geben könnten, eine multireligiöse, trotzdem nicht-sektiererische, fortschrittliche Gesellschaft zu schaffen - ein Ziel, das einem Lande wie Palästina wohl angemessen wäre.

An dieser Stelle könnte man nun argumentieren, daß die arabischen und jüdischen Gemeinschaften, die seit so langer Zeit an Gewalt und gegenseitiges Mißtrauen gewöhnt sind, unmöglich zusammenleben können. Es ist wahr, daß es zu Anfang sehr schwierig sein würde, zusammenzuleben. Aber wir bitten alle einsichtigen Menschen, sich selbst zu fragen, was besser wäre: daß die beiden Gemeinschaften weiterhin auf dem Schlachtfeld gegeneinander kämpfen, und zwar für die nächsten zwei oder drei Jahrzehnte, oder daß sie lernen, zusammenzuleben, und zwar für die nächsten zwei oder drei Jahrzehnte?

Natürlich gibt es da viele praktische Fragen. Wie soll die Herrschaft geteilt werden? Welches soziale System soll dieser Staat übernehmen? Wie und wo können die jetzt anderthalb Millionen palästinensischer Araber angesiedelt werden, die jetzt außerhalb Palästinas leben müssen? Was soll mit den Juden geschehen, die auf arabischem Land und in arabischen Häusern wohnen? Diese und andere Fragen müssen beantwortet werden; aber noch nicht gleich. Die eine Tatsache können wir bereits jetzt festhalten: wenn unsere grundlegende Idee akzeptiert wird, dann kann man über alle Fragen, die sich daraus ergeben, miteinander sprechen; keine dieser Fragen ist so beschaffen, daß Menschen sie nicht lösen könnten.

Betrachten wir die Alternative zu diesem Friedensvorschlag. Der Kampf würde Jahrzehnte lang weitergehen, das bedeutet zugleich, daß Menschen und Material auf beiden Seiten im Militärapparat verschlissen werden. Das bedeutet Zerstörung, gesellschaftliche und psychologische Verkrüppelung, wachsende Bitterkeit und Verhärtung, Brutalisierung allenthalben.

Es stimmt: Israel ist ein unnachgiebiges Sparta, umgeben von Nachbarn, die in letzter Zeit sich nicht sehr kriegstüchtig gezeigt haben. Aber Israel kann weder völlig sicher sein, daß der Kampfeswille der Araber nicht stärker wird und ihre Militärkraft nicht wächst, noch wird es auf die Dauer ein Monopol in Kampftüchtigkeit behalten. Auch wir werden uns in viele Spartas verwandeln müssen, und sei es nur in Selbstverteidigung, wenn

wir uns selbst von den entmenschlichenden Verstrickungen in Angst und Sklaverei befreien wollen.

Einige Gegensätze

Dies ist die finstere Aussicht für die Zukunft, falls der palästinensische Friedensvorschlag zurückgewiesen wird. Ich möchte Sie nun einladen, jenen Frieden, den wir anbieten, mit dem Frieden der Israelis zu vergleichen. Unser Friedensvorschlag schafft Raum sowohl für die palästinensischen Araber als auch für die palästinensischen Juden. Israels Friedensvorschlag drängt die Araber hinaus. Unser Friedensvorschlag ist nicht-diskriminierend; der ihre ist rassistisch. Unserer beruht auf gegenseitiger Anpassung und Kompromißbereitschaft; der ihre ist im Kern ein Frieden, diktiert von einem kolonialistischen Sieger. Unser Friedensvorschlag gibt Rechte und erlegt Pflichten auf - den Arabern genau so wie den Juden; der ihre leugnet nicht nur unsere Rechte, sondern sogar unsere Existenz. Unserer befreit die Araber und die Juden gleichermaßen von ihrer Selbstbezogenheit; der ihre ist völlig exklusiv. Unserer ist ein revolutionäres gemeinsames Wagnis, eine neue Gesellschaft in ganz Palästina aufzubauen; der ihre beruht auf einem anachronistischen, alleinigen Besitzanspruch, der - indem er uns ausschließt - nur eine Siedler-Gesellschaft auf usurpiertem Eigentum etablieren kann. Ihr Friedensvorschlag kann, eben weil er kolonialistisch ist, von vornherein nicht wirklich demokratisch und progressiv sein.

Das größere Zugeständnis

Ein Punkt soll noch besonders unterstrichen werden. Die Lösung und der Friedensvorschlag, die wir anbieten, implizieren ein großes Zugeständnis unsererseits. Indem wir die palästinensischen Juden einladen, den neuen Staat und die neue Gesellschaft gemeinsam mit uns aufzubauen, ergeht diese Einladung an eine große Gemeinschaft, deren Mitglieder zumeist gewaltsam und gegen unseren Willen in unser Land kamen. Die neuen, revolutionären Palästinenser unterschreiben keinerlei Ausrottungs- oder Vertreibungstheorie oder -ansicht. Wir sind keine Zionisten. Unsere Revolution ist positiv.

Weil wir das größte Zugeständnis machen, das man legitimerweise von uns erwarten kann, und weil unser Lösungsvorschlag zugleich unsere minimalen nationalen Forderungen enthält, kann niemand von uns verlangen, darüber hinaus noch irgend etwas aufzugeben. Im Gegenteil, es muß nunmehr klar geworden sein, daß wir nicht mit Israel auf der Basis der vollendeten Tatsachen verhandeln können. Solche Verhandlungen würden vorab die Suche nach einem wirklichen und dauerhaften Frieden vereiteln und unsere jeweiligen Rollen auf Dauer fixieren: die Israelis auf kolonialistischem Besitz; wir besitzlos und im Exil. Aus diesem Grunde muß es klar sein, daß Israels Versöhnungsangebote, seine erklärte Verhandlungsbereitschaft, leere Angebote sind. Denn wenn Israel von der Position einer kolonialistischen Okkupation ausgeht und auf dieser Grundlage verhandelt, bleibt nichts übrig, über das Palästinenser verhandeln könnten.

Vier Prüfsteine für den palästinensischen Friedensvorschlag

Ich werde jetzt den palästinensischen Lösungsvorschlag vier Prüfsteinen aussetzen.

Erstens: Vorteil für Araber und Juden. Für die Juden würde der Friedensvorschlag zumindest das Gefühl schaffen, hierher zu gehören <u>und</u> akzeptiert zu werden. Der Grund für die jüdische

Die im letzten Jahr neu entdeckten Erdölreserven waren mit 5 Milliarden Tonnen fast doppelt so groß wie die Förderung. Mit den Ergebnissen der Suche in der Nordsee sind die Reserven Westeuropas mit 1,2 Milliarden Tonnen zwar 4 1/2 mal so hoch wie 1960, während sich die Reserven des Nahen Ostens nur verdoppelten. Doch diese Differenz ändert nichts an der grundsätzlichen Verteilung des Ölreichtums. Mehr als die Hälfte aller bekannten Vorkommen liegen in den arabischen Ländern. Ein Boykott des Westens würde vor allem die Staaten treffen, die im Nahost-Krieg weitgehend neutral sind.

Einwanderung nach Palästina und die Ansiedlung dort war immer die Suche nach einer Zuflucht, einem Hafen, aber das ist stets gegen den Willen der palästinensischen Araber geschehen. Das Ergebnis: Ablehnung und Gewalttätigkeit, ist zu bekannt, als daß es hier noch einmal referiert werden müßte.

Wer die israelische Staatsgründung unterstützt, könnte hier argumentieren, daß nur, wenn die Juden einen eigenen Staat, und zwar einen starken Staat haben, sie sich sicher und frei fühlen können - frei von jener Furcht, die in Jahrhunderten der Verfolgung und Diskriminierung geboren wurde. Es ist nicht schwer, nachzuweisen, daß diese Ansicht falsch ist. Weder die starken Verbündeten der Zionisten zu den Zeiten des Mandats, noch ihre starke Armee und ihre starken Bundesgenossen seit der Staatsgründung haben ihnen jenen friedlichen Hafen, jenes friedliche Leben gebracht, das sie gesucht hatten. Und auch in der Zukunft wird es diese Sicherheit nicht geben. Die einzige Sicherheit besteht darin, von den Palästinensern akzeptiert zu sein.

Der zweite Prüfstein ist die Frage, ob der Vorschlag gegenüber den Juden fair ist - einmal abgesehen davon, ob er fair gegenüber den palästinensischen Arabern ist. In diesem Zusammenhang genügt die Aussage, daß der Vorschlag eine Heimat für alle Juden in Palästina vorsieht, die mit den Arabern in Frieden leben wollen, obwohl die meisten von ihnen gegen unseren Willen ins Land kamen.

Trotzdem wollen wir über diese Tatsache hinwegsehen, wenn die palästinensischen Juden bereit sind, sich selbst von dem kolonialistischen Zionismus zu befreien und sich mit dem neuen Palästina zu identifizieren. Das würde sie zum ersten Mal seit 1917 in die Lage versetzen, kulturell und ökonomisch mit den palästinensischen Arabern und mit den übrigen Arabern in Kontakt zu kommen.

Der dritte Prüfstein ist die Dauerhaftigkeit der Lösung auf lange Zeit. Diese Lösung hat den großen Vorteil, dauerhaft zu sein. Keine andere wird von uns akzeptiert werden, weil keine andere Lösung für uns das absolute Minimum unserer nationalen Forderungen vorsieht und auch nur ein Minimum unserer nationalen Interessen garantiert. Deshalb kann kein anderer Vorschlag von mehr als kurzfristiger Dauer sein. Aber ist irgend eine andere Lösung es wert, daß man für sie arbeitet oder sogar kämpft?

Damit kommen wir zum vierten Prüfstein: dem Realismus. Auf den ersten Blick scheint es, daß die palästinensischen Araber realistisch wären, wenn sie akzeptierten, was immer Israel anböte, da seit dem Junikrieg 1967 das Ausmaß der militärischen Kluft zwischen Israel und uns offen zutage liegt - ob es sich nun um Palästinenser oder die anderen Araber handelt. Aber ein genaueres Hinsehen würde zeigen, daß es im Gegenteil die Israelis sind, die nicht realistisch sind und deren Kurzsichtigkeit und Machttrunkenheit sie auf lange Sicht selbst schlagen wird. Was nämlich in Betracht gezogen werden sollte, ist nicht die relative Stärke der beiden Parteien heute, sondern die Stärke in zehn oder fünfzehn oder sogar dreißig Jahren. Deshalb sollten sich intelligente, nüchterne Israelis, zionistische Juden im Ausland und nichtjüdische Zionisten mit der Zukunft auf lange Sicht befassen...

Ich habe hier mein realistisches Modell vorgetragen und ihm ein Modell gegenübergestellt, das von einer kurzsichtigen Einschätzung der Machtverteilung zwischen den beiden Parteien in dieser Auseinandersetzung ausgeht. Aber ich möchte keinesfalls den Eindruck erwecken, daß wir die Aussicht auf einen gewalttätigen, destruktiven Gebrauch unseres großen Potentials begrüßten. Viel lieber würden wir dieses Potential für die Entwicklung unserer Gesellschaft und die Wohlfahrt seiner einzelnen Mitglieder verwenden. Nur weil Israel fortgesetzt unsere Rechte mißachtet und unsere normale Existenz unmöglich macht, sind wir bereit, einen großen Teil unseres Potentials auf Gewaltanwendung zu verwenden, um unsere Interessen, unser Lebensrecht und unsere Sicherheit zu verteidigen.

PRIESTER ZEIGEN VERBRECHEN DER MILITÄRS IN CHILE AN

Drei kanadische Priester, die nach dem faschistischen Militärputsch aus Chile ausgewiesen wurden, berichteten u.a. folgende Greueltaten der Militärs:

Pater Jean Latulippe, der mit Bewohnergruppen in Santiago arbeitete, erklärte folgendes: "Am 13.9. hielt eine Militärstreife einen ca. 20jähr. Fußgänger an, untersuchten ihn - und als die Soldaten bei ihm ein zusammengeklapptes, großes Taschenmesser fanden, zog ein Offizier seine Pistole heraus und erschoß den Jugendlichen. Die Leiche wurde auf einen Lastwagen geworfen, wo schon andere Leichen lagen." ... "Nahe bei einem Haus eines Freundes lebte der Präsident eines Komitees eines Elendsviertels, verantwortlich für die Verteilung von Lebensmitteln. Ein Lastwagen fuhr vor, ein Offizier stieg aus, fragte ein Kind, wo der Gesuchte wohnen würde. Der Mann erschien mit seiner Frau und 8 Kindern. Der Offizier tötete ihn auf offener Straße. Der Lastwagen fuhr an, Soldaten warfen den Kadaver hinauf und man fuhr weg."

(aus AFP - 28.9. - Expreso, Lima-Peru, 29.9.73)

PHILIPPINEN

Zur Bürgerkriegssituation

ZUR BÜRGERKRIEGSSITUATION AUF DEN PHILIPPINEN

Von Ernst Utrecht

1. Die Lage auf den Philippinen: Kriegsrecht und neokoloniale Abhängigkeit

a. Aktuelle Ereignisse

Am 23. September 1972 verhängte Staatspräsident Marcos das Kriegsrecht über das ganze Gebiet der Republik Philippinen. Damit verfolgte er dreierlei Ziele: erstens eine Verlängerung seiner Präsidentschaft; zweitens die Vernichtung der New People's Army (NPA), einer auf der Insel Luzon operierenden Guerillatruppe, die für die Befreiung der im Elend gehaltenen Volksmassen von der Ausbeutung durch die parasitären Oberklassen des Landes und durch deren Drahtzieher in den USA kämpft; drittens die Beseitigung der separatistischen Bewegung islamischer Organisationen auf den südphilippinischen Inseln Mindanao und Sulu. Marcos hat allerdings behauptet, er habe den Kriegszustand ausrufen lassen, um die Kriminalität auszurotten und die Grundlagen für eine konfliktfreie "Neue Gesellschaft" ("New Society") zu schaffen.

Seit 1965 ist Marcos Staatspräsident. 1969 wurde er wiedergewählt. Nach der bisherigen Verfassung durfte ein Präsident sich nicht zum dritten Mal nominieren lassen. Im November 1973 hätte Marcos daher endgültig abtreten müssen. Aber die korrupte Kompradorenbourgeoisie der Philippinen hat sich erfolgreich bemüht, ihn an der Macht zu halten, da die Regierung dieses Komplizen ihren Klasseninteressen natürlich bereitwillig entgegenkommt.

Marcos und seine Clique bedienten sich zweier Methoden. Zum einen beschritten sie den legalen Weg, nämlich den der Verfassungsänderung. Der konstitutionelle Konvent wurde sogar beauftragt, eine ganz neue Verfassung zu formulieren, die im Januar 1973 auch in Kraft getreten ist. Das präsidentale Regierungssystem (nach dem Muster der USA) wurde von einem parlamentarischen (nach westeuropäischem Vorbild) abgelöst. Die Präsidentschaftswahl, welche gleich nach Inkrafttreten der neuen Verfassung stattfinden sollte, wurde allerdings um sieben Jahre verschoben. Damit hat Marcos sichergestellt, daß er bis 1980 Staatspräsident bleiben wird - es sei denn, seine militärfaschistische Regierung wird bis dahin gestürzt.

Zum anderen galt es deshalb, die Opposition zu beseitigen oder mindestens an der Aufstellung eines Gegenkandidaten für das Präsidentenamt zu hindern. Senator Aquino, der dafür bereits in Aussicht genommen war, wurde zusammen mit anderen Oppositionellen verhaftet. Mit Ausnahme Marcos' eigener Zeitung Daily Express dürfen keine Tages- oder Wochenblätter mehr erscheinen. Alle Verkehrsmittel (Fluglinien, Schiffahrt, Busverbindungen, Bahn) stehen unter Aufsicht der Behörden des Kriegsrechts. Trotz dieser diktatorischen Maßnahmen scheint die Opposition aber noch stärker geworden zu sein. (1)

b. Historische und ökonomische Hintergründe

Die Wirtschaft der Philippinen wird von nordamerikanischem Kapital beherrscht. Über die Höhe aller US-Investitionen zusammen liegt keine Angabe vor. Ein im Journal of Contemporary Asia publiziertes Dokument gibt nur wieder, wieviel in den drei Jahren zwischen 1965 und 1968 investiert worden ist. In diesem Zeitraum haben 108 amerikanische Unternehmen 58,5 Millionen Dollar neu investiert. 409,5 Millionen Dollar wurden von denselben Firmen zur selben Zeit als Gewinne in die USA zurückgeführt, d.h. ein vom philippinischen Volk erwirtschaftetes Vermögen, das siebenmal soviel wert ist wie das investierte Kapital!

Jahr für Jahr rauben US-Konzerne zusammen mit japanischen (die oft amerikanisches Kapital verwerten) die Bodenschätze der Philippinen wie Kupfer, Nickel, Gold und Silber aus. Verarbeitet werden die Rohstoffe nur in den Vereinigten Staaten und in Japan selbst. Ähnlich wie zahlreiche andere Länder der Dritten Welt spielen also auch die Philippinen bloß die Rolle eines billigen Rohstofflieferanten. Darüber hinaus ist die philippinische Regierung gezwungen, den einheimischen Markt für die ausländischen Industriewaren zu öffnen. Viele importierte Konsumgüter wie Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse (Fleisch, Hühnereier und Reis!) könnte man aber selbst im Lande herstellen. 90 % des

Mineralöl-Verteilungsnetzes liegen in den Händen amerikanischer Konzerne wie Esso, Caltex, Getty Oil, Filoil/Gulf usw. Die ausländischen Verteiler können nach ihrem Gutdünken die Preise in die Höhe treiben, ohne dabei von philippinischer Seite kontrolliert zu werden. (2)

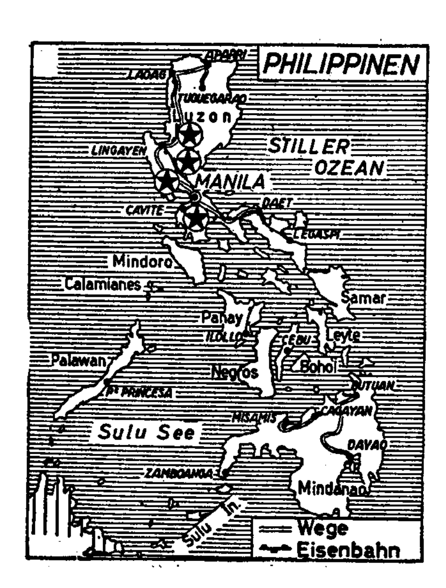
Die Ausbeutung des philippinischen Volkes durch das US-Kapital wird von der korrupten Großbourgeoisie des Landes begünstigt, die nur fünfzig oder sechzig Familien umfaßt. Die Clans der Soriano, Lopez, Ayala, Zobel, Roxas, Roxas-Chua beherrschen jenen Teil der nationalen Wirtschaft, der noch nicht in fremde Hände gefallen ist. Der Roxas-Chua-Clan hat enge Beziehungen zur Kuomintang-Clique in Taiwan. (3) Als Instrument des amerikanischen und japanischen Imperialismus schafft die Großbourgeoisie außerdem optimale soziale, politische und kulturelle Rahmenbedingungen für die Verwertung des ausländischen Kapitals. Der Marcos-Clan gehört auch zu diesen Kompradoren.

Die Philippinen sind für die USA aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch von großer Bedeutung, besonders nach dem militärischen Rückzug aus Vietnam. Als die Vereinigten Staaten im Jahre 1898 die Philippinen von der Kolonialmacht Spanien eroberten, geschah dies in der Absicht, die dem asiatischen Kontinent vorgelagerten Inseln zu einem Sprungbrett für die Ausdehnung des amerikanischen Einflusses in Ost- und Südostasien zu machen. Schon früh wurden hier deshalb militärische Stützpunkte errichtet. Gegenwärtig besitzen die USA auf den Philippinen zwei Militärbasen, die außerhalb Europas die größten ihrer Art sind: Clark Airbase und Subic Naval Base. Clark Airbase ist der Hauptflughafen der B-52-Bomber, mit denen in den letzten Jahren die Völker Indochinas aus der Luft terrorisiert worden sind. Übrigens operieren die B-52 auch von Thailand aus. (4)

Seit 1945 hat das philippinische Volk für die Befreiung des Landes gekämpft. Im November 1949 begann die Hukbalahap, die viele Kommunisten zu ihren Mitgliedern zählte, den bewaffneten Kampf. Im Februar 1950 gründete sie eine philippinische Befreiungsbewegung (militärische Front), Hukbong Mapacpalaya ng Bayan. Der sechs Jahre andauernde Huk-Krieg auf der Insel Luzon hat den amerikanischen Profiteuren und ihren einheimischen Komplizen erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Schließlich konnten sie den Widerstand der Huk-Guerillas jedoch brechen, wobei viele unschuldige Bürger ums Leben gekommen sind. (5)

Die Beendigung des Huk-Kriegs bedeutet aber nicht, daß das Volk von Luzon den Kampf gegen seine Ausbeutung aufgegeben hat. 1968 wurde die Kommunistische Partei der Philippinen auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und des Mao Tse-tung-Denkens neu gegründet. Ihr Vorsitzender ist Jose Maria Sison (Guerilla-Name: Amado Guerrero). Die Kommunistische Partei der Philippinen (ML) ist fest entschlossen, einen bewaffneten Kampf gegen Marcos und seine amerikanischen Hintermänner zu führen und in den befreiten Gebieten den Sozialismus aufzubauen, um dem Elend der Volksmassen ein Ende zu bereiten. Eine Armee, New People's Army (NPA), ist gebildet worden. Zur Zeit wird ihre Stärke auf etwa 15-20 000 Mann geschätzt, die modern ausgerüstet sind. Es gelang ihnen, 20 bis 30 Bezirke und die ganze Provinz Isabella in Nord-Luzon aus dem Herrschaftsbereich der Kompradorenregierung in Manila herauszubrechen. Obwohl von der amerikanischen Luftwaffe unterstützt, sind Marcos' Armee und Polizei nicht in der Lage, die von der NPA befreiten Gebiete zurückzuerobern.

Bei Berücksichtigung dieser wirtschaftlichen und politischen Hintergründe wird es wahrscheinlich, daß noch ein weiterer Grund besteht, warum Marcos das Kriegsrecht verhängt hat: Nach dem Laurel-Langley-Agreement (6) genießt ein Bürger der USA dasselbe Recht auf Boden und Immobilien wie ein philippinischer Staatsbürger. Dieses 1956 in Kraft getretene Abkommen beweist, wie fest der amerikanische Imperialismus sich in Basis und Überbau der philippinischen Gesell-



schaft verwurzelt hat. Viele Amerikaner besitzen Grundstücke auf den Philippinen, aber zum größten Teil leben die Eigentümer in den USA.

Nicht nur die ausgebeuteten Massen des Landes sind gegen dieses Abkommen, sondern auch ein Teil der Bourgeoisie, insbesondere derjenige, der nicht mit dem amerikanischen, sondern mit dem japanischen Kapital zusammenarbeitet. Im August 1972 hat Reyes, ein Richter

des obersten Gerichtshofes, den Mut gefaßt zu entscheiden, daß nach Auslaufen des Laurel-Langley-Abkommens im Jahre 1974 (sofern es nicht verlängert wird) die Rechtsgültigkeit allen Besitzes amerikanischer Bürger auf den Philippinen hinfällig wird. Die mutige Entscheidung Reyes' hat die arrogante Sicherheit der Amerikaner erschüttert, denn dadurch ist sogar die Rechtmäßigkeit aller US-Stützpunkte auf den Philippinen in Frage gestellt worden - Clark Airbase und Subic Naval Base nicht ausgenommen.

Im September 1972 drang die amerikanische Regierung auf Marcos ein, Wege zu finden, damit die Entscheidung Reyes' für ungültig erklärt werden könne. Marcos ist stets bereit, den Interessen der Amerikaner entgegenzukommen, zumal er auf die Unterstützung der US-Air-Force bei der Bekämpfung der NPA angewiesen ist. Offenbar blieb ihm nichts anderes übrig, als das Kriegsrecht zu verhängen, um die von den Amerikanern verlangten verfassungsfeindlichen Maßnahmen ergreifen zu können. (7) Nach Inkrafttreten der neuen Verfassung liegt nun die Kompetenz beim Parlament zu entscheiden, ob, wie und wann das Laurel-Langley-Abkommen verlängert wird.

2. Der Bürgerkrieg auf den Südphilippinen: Islamischer Separatismus und ausgebliebene Bodenreform

a. Aktuelle Ereignisse

Mit Ausnahme der Präsidentschaftsverlängerung von Marcos hat das Kriegsrecht seine politischen Ziele bisher nicht erreicht: Unter dem Kriegszustand haben sowohl die Aktivitäten der NPA auf Luzon als auch die der islamischen Organisationen auf den südlichen Inseln Mindanao und Sulu zugenommen. Die islamischen Separatisten im Süden (die nördlichen Gebiete der Philippinen haben eine überwiegend römisch-katholische Bevölkerung) verstärkten ihre Angriffe auf lokale Zivil- und Militäreinrichtungen der Regierung. Das Kriegsrecht hat gerade zum Bürgerkrieg geführt.

In der zweiten Hälfte des Oktober 1972 griffen islamische Guerillas militärische Anlagen in Marawi an. Die Stadt lag sogar für einige Tage in den Händen der Separatisten. (8) Eine Woche später überfielen die Guerillas Militär- und Polizeiposten in Parang (9) und in der Umgebung von Cotabato. (10) Drei Wochen darauf, am 29. November 1972, gab Marcos zu, daß er auf der Insel Basilan ein Detachment (ca. hundert Mann) verloren habe. (11)

Ende 1972 wurde Marcos klar, daß bei der Auseinandersetzung mit den islamischen Gruppen im Süden Gewalt allein nicht zum Erfolg führen kann. Bei der Bombardierung von Ortschaften, die in die Hände der islamischen Guerillas gefallen waren, hatten zwar viele unschuldige Bauern ihr Leben lassen müssen. Aber diese Taktik hatte die Kampfmoral der Guerillas nicht geschwächt. Viele Bauern, die durch die Bombardements obdachlos geworden waren, schlossen sich bereitwillig den Separatisten an. Die Unruhe war besonders heftig bei dem als militant bekannten Tausug-Stamm auf Jolo. (12)

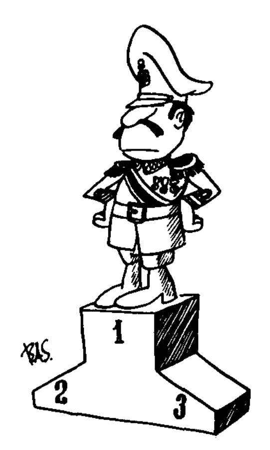
Deswegen ließ Marcos am 2. Januar 1973 etwa dreihundert regionale Führer der islamischen Bevölkerung (die Datuks) in den Präsidentenpalast Malacanang zusammenrufen. Er versprach ihnen, daß die Zentralregierung die Interessen der islamischen Bevölkerung im Süden in Zukunft besser vertreten werde. Innerhalb kurzer Zeit sollte angeblich mit dem wirtschaftlichen Aufbau auf Mindanao und Sulu begonnen werden. Einige Großprojekte lägen schon vor. Als Bedingung stellte Marcos die Einstellung der Kampfhandlungen. Tatsächlich gingen die Datuks auf dieses Angebot ein und sagten ihre Bereitschaft zu, den Widerstand im Süden zu beenden.

Bald wurde jedoch klar, daß die Guerillas den Datuks nicht folgten. Sie wollten von den Absprachen zwischen Marcos und den Datuks nichts wissen. Am 6. Januar 1973 proklamierten die islamischen Separatisten, die fest entschlossen sind, Mindanao aus dem Staatsverband der Philippinen zu lösen, die Gründung einer "Republik Mindanao". Zugleich wurde eine einheitliche Befreiungsfront gebildet, die Mindanao National Liberation Front (MNLF).

Derzeit sind die islamischen Guerillas 12-15 000 Mann stark und modern ausgerüstet. Die philippinische Regierung hat offiziell verlauten lassen, daß die MNLF vom Ausland mit Waffen und Geld unterstützt wird. Der libysche Staatschef Gaddhafi hat den islamischen Separatisten der Südphilippinen seine Solidarität kundgetan und ihnen finanzielle Hilfe sowie Kriegsgerät versprochen. Es wird sogar behauptet, daß Gaddhafis Waffen schon eingetroffen sind und verwendet werden. Ägypten und der Irak sympathisieren ebenfalls mit den Guerillas. Marcos' unbarmherzige und verschlagene Politik gegenüber der islamischen Bevölkerung hat eine Debatte in der UNO ausgelöst. Einige Politiker arabischer Länder klagen Marcos wegen Völkermord an. (13)

Islamische Prominente in Indonesien, u.a. Moh. Natsir, ein ehemaliger Spitzenpolitiker der von Präsident Sukarno verbotenen Masjumi-Partei, haben die Suharto-Regierung gedrängt, zur Behandlung der muslimischen Bevölkerungsteile auf den Philippinen Stellung zu beziehen. Ende März 1973 hat Suharto Marcos in einem Brief gebeten, die islamische Minderheit auf den Philippi-

nen zu schützen. (14) Zwar unterscheidet sich die faschistische Militärregierung Suhartos, die eine halbe Million Menschen - Demokraten und Sozialisten - hat umbringen lassen, kaum von der Regierung Marcos. Diese beiden Regime sympathisieren miteinander und stimmen in ihrem antikommunistischen Fanatismus völlig überein, der Klassenkonflikt in ihren Ländern überdecken soll. Aber um Schwierigkeiten mit den islamischen Gruppen Indonesiens zu vermeiden, sah sich Suharto genötigt, den Brief an Marcos zu senden. Offenbar besteht hier ein partieller Interessenwiderspruch zwischen den Bourgeoisien zweier benachbarter Dritte-Welt-Länder, der für den Befreiungskampf ihrer ausgebeuteten Völker gegen das ausländische Kapital und dessen einheimische Helfer nutzbar gemacht werden kann, wenn man ihn geschickt zu schüren versteht.



Über Denkmäler
Einem Denkmal geht meist ein Denkmalheur voraus.

In den sechs Monaten seit der Einführung des Kriegsrechts bis Ende März 1973 wurden im Bürgerkrieg auf den Südphilippinen allein im Norden von Cotabato siebenhundert Menschen getötet. Die Anzahl der Toten in anderen Gebieten ist noch unbekannt. Etwa 275 000 Menschen sind aus den vom Krieg heimgesuchten Gebieten in die Städte Mindanaos geflüchtet. Trotz Unterstützung durch die US-Luftwaffe mußte die Marcos-Regierung zugeben, daß die Guerillas fast 90 % der Provinzgebiete Mindanaos erobert haben; 65 % der Insel Basilan liegen in den Händen der islamischen Separatisten, und dasselbe Bild zeigt sich auf der Insel Sulu.

Ungewißheit herrscht über die Zusammenarbeit zwischen den islamischen Guerillas im Süden und der im Norden operierenden NPA. Die NPA scheint eine solche Zusammenarbeit abzulehnen, weil die MNLF ihren Kampf mit der reaktionären Ideologie des Islam begründet. Außerdem ist die NPA mit den separatistischen Zielen der Guerillas im Süden nicht einverstanden.

b. Historische und ökonomische Hintergründe

Der Konflikt zwischen den islamischen Gruppen und der Armee der Zentralregierung, die sich auf die katholische Bevölkerung stützt, wird üblicherweise als ein Religionskrieg dargestellt, als ein Krieg um den rechten Glauben also. Vergegenwärtigt man sich die geschichtlichen und wirtschaftlichen Hintergründe der Situation, zeigt sich jedoch, daß der Krieg handfeste materielle Ursachen hat: vor allem die Verschleppung der seit langem überfälligen und seit 1960 auch immer wieder versprochenen Bodenreform auf Mindanao.

Es gibt auf den Philippinen 34 Millionen Katholiken, 4 Millionen Muslims und etwa 1 Million Angehörige anderer, z.T. ursprünglicher Religionen. Die auf den Südphilippinen (Mindanao, Basilan und Sulu) lebende islamische Minorität wurde jahrhundertelang vernachlässigt und diskriminiert, zuerst von der spanischen Kolonialherrschaft, dann von den Amerikanern und seit 1946 von den eigenen philippinischen Behörden.

Nach der Besetzung Manilas und seiner Umgebung im Jahre 1571 führten die Spanier einen Krieg gegen den Islam, der von Sumatra aus etwa zwei bis drei Jahrhunderte früher in die Philippinen eingedrungen war. (15) Die Spanier waren nicht nur als Kaufleute gekommen, sondern sie spielten natürlich auch fleißig die Rolle von christlichen Missionaren, denn das rechtfertigte einerseits ihren Kolonialismus und machten andererseits die missionierten Filipinos der spanischen Herrschaft gefügig. Die Muslims auf den Südphilippinen zu unterwerfen, gelang den Spaniern jedoch nie. Als die USA die Philippinen eroberten, war der Süden noch "ziemlich frei" von europäischem Einfluß.

Wie oben bereits gezeigt wurde, waren die Amerikaner ins Inselland gekommen, um dessen Bodenschätze auszuplündern und es in einen Stützpunkt für die Aggression gegen die Völker Ost- und Südostasiens zu verwandeln. Die US-Behörden in Manila kümmerten sich deshalb wenig um die Belange der islamischen Bevölkerung im Süden. Solange die Muslims nichts gegen die amerikanische Kolonialverwaltung unternahmen, mischte sich diese nur vermittelnd in deren Angelegenheiten ein. Die Muslims waren sogar zufrieden mit der Besetzung durch die USA, da dadurch dem religiösen Krieg der Spanier am Ende des 19. Jahrhunderts ein Ende gesetzt wurde.

Anfang der dreißiger Jahre begann sich das scheinbar geordnete Verhältnis zwischen dem Zentrum der Katholiken und des US-Kapitals in Manila einerseits und der muslimischen Bevölkerung

auf den Südphilippinen andererseits jedoch erheblich zu verschlechtern. Zu dieser Zeit strömten viele Katholiken, besonders von Nord- und Mittelluzon, nach Mindanao hinein, wo sie Land aufkauften und bebauten. Der Bevölkerung Luzons war der Boden knapp geworden und sie unterwarf sich freiwillig einer Übersiedlung auf die südlichen Inseln. Dort, z.B. auf dem dünnbevölkerten Mindanao, gab es noch Land. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hielt der Strom von Millionen Katholiken nach Süden an. Am Ende der fünfziger Jahre besaßen sie so viel Boden, daß die Muslims befürchten mußten, aus ihrem angestammten Gebiet verdrängt zu werden und die Lebensgrundlage zu verlieren. Denn mit dem Landbesitz gelang es den Katholiken auch weitgehend, die lokale Wirtschaft gemäß ihren Interessen zu lenken, was die Muslims in eine sozial und wirtschaftlich außerordentlich ungünstige Lage brachte.

Die Muslims haben bei der Regierung in Manila häufig gegen diese Praktiken protestiert. Aber die aufeinander folgenden philippinischen Staatspräsidenten liehen diesen Protesten kein Ohr, im Gegenteil: Sie begünstigten in der Regel die Katholiken, da sie meistens selbst Angehörige der korrupten katholischen Oligarchie in Manila waren. Die Landreform wurde nur versprochen, aber nie durchgeführt. Sogar verglichen mit dem, was auf den immer noch rückständigen Nordphilippinen erreicht wurde, ist der Stand des Wiederaufbaus im Süden außerordentlich niedrig.

Es ist nicht verwunderlich, daß diese Unterdrückung der Muslims durch die Katholiken im Norden und Süden des Landes scharfe Spannungen hervorgebracht hat. Mitte der sechziger Jahre brachen die ersten Gewalttaten zwischen Angehörigen der beiden Religionsgemeinschaften aus. Auf beiden Seiten bildeten sich bewaffnete jugendliche Banden. Mehrmals kam es vor, daß die philippinische Armee und Polizei offen die Partei der Katholiken ergriff. Seit 1970 gibt es bewaffnete Zusammenstöße zwischen islamischen Jugendlichen und Armee oder Polizei. Heute haben diese Zwischenfälle die Form eines regelrechten Bürgerkriegs angenommen – islamische Guerillas kämpfen gegen die von Regierungstruppen unterstützten Katholiken. Der Grund, warum viele philippinische Muslims einen eigenen Staat wollen, liegt in dieser Situation auf der Hand.

Ein ausländischer Kommentator meinte, daß die militärfaschistische Regierung in Manila den Süden der Philippinen in Wirklichkeit schon verloren hat. Marcos und seine Hintermänner sind in eine schwierige Lage geraten. Allein können sie wahrscheinlich auch im Guerilla-Krieg auf Luzon keinen Sieg erringen. Die NPA wächst ständig und wird von den Bauern unterstützt. Wie lange Marcos und seine Komplizen es noch in Manila aushalten werden, ist deshalb stark von der amerikanischen Unterstützung abhängig. (16)

Notizen und Quellen:

1) vgl. "The Aquino Papers", The Bangkok Post, 21.-23. Februar 1973. Marcos hat seinem Informationsminister, Francisco Tatad, den Auftrag gegeben, dies zu dementieren in The Bangkok Post, 11.-12. März 1973.

2) "Some Pertinent Facts and Figures on the Philippines", Journal of Contemporary Asia (JCA), II, 4 (Dez. 1972), S. 456.
Über den Raub philippinischer Bodenschätze vgl. "Exchange Controls and National Capitalism: The Philipine Experience", von Cheryl Ann Payer in JCA, III, 1 (März 1973), S. 54-69.

3) JCA, II, 4, S. 457

4) Die Wichtigkeit der amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen für die US-Aggression in Süd- und Südostasien wird von Prof. Gabriel Kolko besprochen in "The Unites States and the Philipines: The Beginning of Another Vietnam?", JCA, III, 1, insbesondere S. 73-75.

5) Über den Huk-Krieg vgl.: Luis Taruc, Born of the People, New York: International Publishers, 1953; José Lava, Twenty Years of Struggle of the Communist Party of the Philipines, Rotaprint, ohne Daten; Alvin H. Scaff, The Philipine Answer to Communism, California, Stanford: Stanford University Press, 1955; William J. Pomeroy, "The Huk Movement in the Philipines", Eastern World Sept. 1964, und Guerilla and Counter-Guerilla Warfare, New York: International Publishers, 1964; V.S. Baclagon, The Huk Campaign in the Philipines, Manila: Colcol, 1960

6) Frank H. Golay, The Revised US-Philipine Trade Agreement of 1955, Ithaca: Cornell University, Southeast Asia Program, 1956, und "Entrepreneurship and Economic Development in the Philipines", Far Eastern Survey for the Institute of Pacific Relations, V. 29, 6 (Juni 1960), S. 81-86

7) Siehe Kolko in JCA, III, 1, S. 82

8) The Bangkok Post, 23. und 24. Oktober 1972; The Guardian, 23. Oktober 1972; Süddeutsche Zeitung, 24. Oktober 1972

9) The Bangkok Post, 7. November 1972

10) Ebenda

11) The Guardian, 30. November 1972; The Bangkok Post, 30. November 1972; De Volkskrant, 30. November 1972; Süddeutsche Zeitung, 7. Dezember 1972

12) Über den Tausug-Stamm auf Jolo vgl. Thomas E. Kiefer, The Tausug: Violence and Law in a Philipine Moslem Society, New York: Holt, Rinehart and Winston, Inc. 1972

13) The Bangkok Post, 5. Juli 1972

14) Harian Abadi, 31. März 1973

15) Alunan Clang, "Modernizing the Moslems", Solidarity, IV, 3 (März 1969), S. 2

16) Die International Herald Tribune, 8. Mai 1973, berichtete, daß die US-Regierung beschlossen habe, mehr Waffen in die Philippinen zu senden.

USA verstärken militärische Hilfe für Marcos

Auszüge aus dem Dienst der im Untergrund arbeitenden Nachrichtenagentur "Free Philippines News Service" ("Balitang Malayang Philipinas" - BMP) vom 16.5.73:

US-Truppen tätig auf den Philippinen, Paramilitärische Aktionen

Manila. Die Vereinigten Staaten sind dabei, den Aufmarsch amerikanischer Militärberater und para-militärischer Verbände in "gefährdeten" Gebieten der Philippinen zu verstärken und damit ihre Unterstützung des Kriegsrechts-Regimes von Marcos zu intensivieren. Getarnt als "civic action"-Einheiten bezieht das US-Militär Stellungen in Isabella und dem übrigen Teil des Cagayan-Tals, in Zambales und Bataan, auf der Insel Panay besonders in Capiz, und in den Zonen des bewaffneten Konflikts auf Mindanao.

In Südvietnam und ganz Indochina haben die USA "civic action"-Einheiten als Vorwand benutzt, um den nationalen Befreiungskampf gegen US-Imperialismus und einheimische Herrscherklasse zu unterdrücken.

Es wurde festgestellt, daß amerikanische Militärberater dort besonders aktiv sind, wo die Armee der Philippinen (AFP) gegen islamische Revolutionäre operiert.

Robert Whymant berichtete in der Sunday Times vom 15. April 1973: "US-Militärberater sind offiziell in Cotabato anwesend, und das ist verständlich, denn es bestehen große Sorgen, daß die schlecht ausgebildete philippinische Armee mit nur 60 000 Mann nicht in der Lage sein wird, die Rebellen niederzuhalten." (Im April 1973 hatte die AFP nach Angaben ihres Generalstabs 73 000 Soldaten. - BMP)

...

Der BMP-Korrespondent in Roxas-City berichtete, daß die US-Truppen seit März nach Panay hereinströmen. Er hat festgestellt, daß jetzt mehr als 600 US-Soldaten oder fast zwei Bataillone auf Panay stationiert sind. 150 von ihnen allein in Capiz. Er berichtet weiter:

Am 6. April landeten 3 amerikanische Hercules-Transportflugzeuge auf dem Flughafen Baybay, Roxas City, und entluden US-Soldaten, militärische Ausrüstungsgegenstände, Jeeps, Lastwagen, Waffentransporter und verschiedene Anhänger, alles mit "ISFG-SAFA" gekennzeichnet. Die US-Soldaten befinden sich jetzt auf dem Campus des "Capiz Institute of Technology" und auf dem Campus des "Colegio de la Purisima Concepcion" sowie in erstklassigen Hotels wie "Fishers Restaurant" und "Barza Lodge". Sie machen an diesen Orten keinen Versuch, ihre Waffen einschließlich Maschinengewehren und Mörsern zu verbergen. Tatsächlich prahlen sie mit ihren außerordentlich starken Waffen und machen über die "minderwertigen" Karabiner Witze, die von ihren Polizeieskorten getragen werden.

...

Obwohl US-Berater schon seit vielen Jahren mit "civic action"-Projekten in Zentralluzon beschäftigt sind, wird ihre Anwesenheit in anderen Gebieten des Landes erst seit Beginn des vorigen Jahres beobachtet.

...

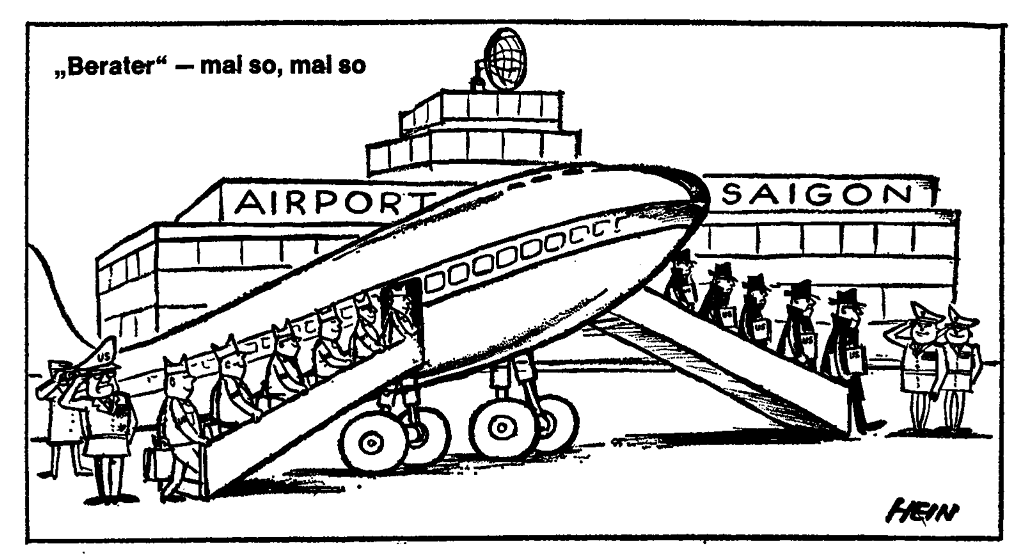
Der BMP-Korrespondent in Roxas-City deutet den Zustrom von US-Truppen nach Panay als eine Maßnahme der Vereinigten Staaten und des Kriegsrechts-Regimes von Marcos, das Gebiet zu "sanieren" und daraus eine rückwärtige Basis zu machen: Ausbildungs- und Verstärkungslager für die AFP-Soldaten. Er berichtete, daß die ländlichen Gebiete von Panay und andere Visayan-Inseln dennoch rasch zu befreiten Stützpunktgebieten für die bewaffnete Widerstandsbewegung geworden sind. Es werde nicht mehr lange dauern, bis Panay sich in eine Zone des offenen Kampfes verwandelt wie das Cagayan-Tal, Zentralluzon, Bicol und Mindanao.

...

Marcos hat die Nixon-Doktrin hervorgehoben, daß Nationen, die von der Militärunterstützung der Vereinigten Staaten abhängig waren, sich jetzt um Selbständigkeit bemühen müssen. Den-

noch zitiert ein Bericht des AP-Korrespondenten Frank Hawkins, der in der Ausgabe vom 23. März des Pacific Stars and Stripes erschienen ist, daß Marcos um US-Unterstützung für die AFP bei ihren Operationen gegen die islamischen Revolutionäre nachgesucht hat. Die Ausgabe des Wall Street Journal gibt die Aussage von Verteidigungssekretär Juan Ponce Enrile wieder, das Marcos-Regime erwarte, daß die USA ihre Militärhilfe für die Philippinen verdoppeln werden.

Marcos hat auch bei verschiedenen Gelegenheiten feierlich versprochen, nicht zuzulassen, daß die Philippinen zu einem zweiten Vietnam werden. Und heute weisen kompetente ausländische Beobachter wie Prof. Gabriel Kolko darauf hin, daß Marcos genau die Dinge tut, die die Philippinen zu einem zweiten Vietnam werden lassen.



Die Vereinigten Staaten stützen den alten Partner Thieu mit Geld und Material. Sie bauen ein ziviles militärtechnisches Expertenkorps auf. Ihre diplomatischen Vertretungen werden zahlreiche Verwaltungsfachleute abstellen.
(Adalbert Weinstein in „Frankfurter Allgemeine", 20. 3. 73)

Brief eines Missionspaters

Was einem europäischen Beobachter anstelle der Ausbeutung des Volks durch das amerikanische Kapital und die einheimische Bourgeoisie, anstelle der Unterdrückungspraktiken des amerikanischen und philippinischen Militärs auch auffallen kann, zeigt der folgende Brief eines Missionspaters an seine Amtsbrüder in Deutschland. Uns will scheinen, als dokumentiere dieser Brief in seiner ganzen Naivität, daß die Kirche auf den Philippinen ihren traditionellen Aufgaben treu geblieben ist, auch wenn sie es selbst nicht weiß: die Filipinos in ihr elendes "Schicksal" ergeben zu machen, indem sie es in eine metaphysische Ordnung stellt und die materiellen, veränderbaren Ursachen des Elends - Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen im System des Imperialismus - einfach übergeht, ja tabuisiert; und gleichzeitig die (neo)koloniale Abhängigkeit auch noch zu rechtfertigen, indem sie die moralische Überlegenheit des "christlichen Abendländers" über den Eingeborenen zwar nicht mehr direkt behauptet, aber doch irgendwie unterstellt.

Red.

Liebe Freunde daheim!

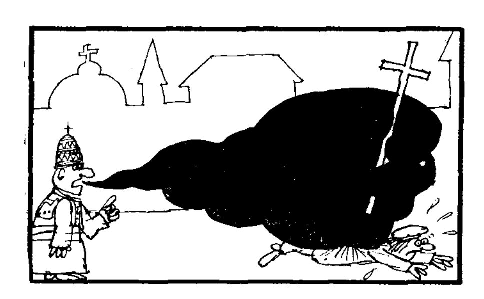
Ich bin seit ein paar Wochen nicht mehr in Manila, habe also die große Stadt, wo alles hindrängt und wo alles zusammengedrängt ist, hinter mir gelassen und einen Schritt gemacht in die Provinz hinaus, um eigentlich, wie man so die Vorstellung hat, missionarisch zu arbeiten. Das heißt natürlich nicht, daß ich nicht auch in Manila seelsorglich gearbeitet habe; eine ganze Menge war da schon möglich. Ich hab mich manchmal gewundert, wie ich tatsächlich schon ein bißchen, vielleicht auch im Plan Gottes, eine helfende Hand sein konnte für viele, viele Dinge. Aber hier in Silang/Cavite bin ich vor allem deswegen, um mein Studium in der Provinz fortzusetzen. Es ist so, daß hier eigentlich die einfachen Leute nicht mehr englisch reden. Natürlich die meisten, die mit der Pfarrei zu tun haben und auch die aufgeschlossenen, mit denen kann man englisch reden, aber mit den einfachen Leuten, da ist es Schluß. Und das ist der Punkt, wo ich anset-

zen muß. Ich muß mit ihnen ins Gespräch kommen. Ja, Schritt für Schritt wird es gehen.

Vielleicht ein bißchen die Situation hier. Die Provinz Cavite ist eine berühmte, denn vor ungefähr 100 Jahren war hier eine große Revolution. Revolutionen gibt es zwar mehrere, aber bei dieser sind in einer überstürzten Situation 3 Priester hingerichtet worden und diese sind nun die 3 großen Helden. Die Provinz Cavite ist auch berüchtigt, kann man sagen. Die Bevölkerung scheint zu Gewalttätigkeit zu neigen. Bevor das Kriegsrecht hier erklärt worden ist, war es also sehr unsicher. Man hat mich gewarnt, wenn ich auf dem Weg nach Tagaytay war, ja nicht bei Nacht zu fahren. Es kam hier unheimlich viel vor, z.B. daß Autos beraubt und Menschen einfach gekillt worden sind. Heute noch rät man mir ab, bei Nacht in eine dieser Seitenstraßen zu gehen, nach der ich einmal fragte. Es kam also öfter vor, daß Schießereien im Gang waren und einer einfach verloren ging. Dann ist auch bekannt, daß es politische Streitereien sehr stark gegeben hat. Der Gouverneur hat immer eine ganz starke Leibwache. Es gehört zu diesem politischen Spiel dazu, daß man versucht, den Gegner auszuschalten, ja umzubringen. So kamen immer wieder solche politischen Morde vor aus Rivalität.

In dieser Situation lebe ich nun, aber ich merke nicht allzuviel davon. Ich merke nur eines, daß die Männer nicht so zum Gottesdienst kommen wie bei uns. Es mag manche Gründe geben, sicher, der Hauptgrund ist aber immer, daß sie nicht genügend unterrichtet sind. Ich habe noch keinen großen Einblick, denn mein Tagalog steht noch auf schwachen Beinen. Aber wenn ich rauskomme in die Barios zum Gottesdienst und ich kann nur ein paar Worte reden mit den Leuten, dann tut es mir in der Seele weh, daß ich noch nicht fähig bin, ihnen gleich richtig etwas zu sagen, denn ich spüre, die meisten wissen gar nicht, was da vor sich geht. Da sind Kinder, die halt kommen, weil es etwas anderes ist oder weil sie geschickt werden, ein paar junge Mütter, ein paar alte Frauen und wenn 1 oder 2 Männer da sind, dann halten sie sich im Hintergrund. Und wenn ich dann mit den Patres so darüber rede, dann sagen sie, daß sie alles versuchen, daß sie schon in manchen Barios Mission gehalten haben, aber sie richten diese eben auf die wichtigsten christlichen Grundwahrheiten aus und nicht so sehr darauf, daß die Leute die Messe verstehen. Ich meine, die wichtigsten christlichen Grundwahrheiten gehören in die Messe hineinverwoben. Meine Situation ist also so, daß ich diesen Kolumbanpatres, das ist eine irische Missionsgemeinschaft, für kurze Zeit so als Gast angeschlossen bin, um ihnen ein bißchen zu helfen und ins praktische Tagalog hineinzukommen. Der Pfarrer, ein älterer Herr, hat normalerweise 2 Patres bei sich, der eine ist aber zur Zeit in Urlaub und der andere ist vor kurzem nach Irland zurückgerufen worden. Im übrigen ist es interessant: Kolumban ist einer der ersten irischen Wandermönche, vor Bonifatius, der das Christentum in Deutschland und der Schweiz gepredigt hat. So ist also der Pfarrer im Moment froh, daß er den Sebastian hat. Nächsten Sonntag werde ich auch zum ersten Mal in Tagalog predigen. Ich werde meine Predigt vorbereiten, indem ich ganz klar durchdenke, was ich sagen will, das dann in Englisch schreibe, mit der Sekretärin der Pfarrei in Tagalog übersetze und das ganze einfach gut verständlich runterlese. Es ist also noch nicht so, daß ich frei in Tagalog predigen kann. Aber es sind eben die ersten Schritte und so geht es langsam, langsam an. So werde ich versuchen, dieses Volk hier in der Provinz Cavite zu verstehen.

Zur Situation der Pfarrei. Es sind 50 000 - 60 000, mit über 30 Barios, weit, weit verstreut. Bisher habe ich nur ein paar kennengelernt. Da sind Barios, die weit in die Pflanzungen hineingehen, einige von ihnen sind



mit überhaupt keinem Verkehrsmittel zu erreichen. Neulich war eine Hochzeit hier. Die mußten um 4.00 Uhr früh loslaufen bis an einen Platz, wo ein Jeep hinkonnte und so kamen sie zur Trauung. Mit 3 Priestern kommt man also nicht rum. Ich bin sicher, daß manche Barios kaum eine Messe haben, höchstens einmal oder zweimal im Jahr. Ihr werdet sofort denken: da muß man organisieren. Katecheten usw. Das läuft schon, man tut schon einiges, aber es ist weit, weit entfernt von einem richtigen christlichen Gemeinschaftsleben.

Doch jetzt muß ich noch etwas dazufügen, damit ihr nicht erschreckt seid über die Situation hier. Man muß die Leute verstehen aus der Geschichte. Es sind im Grunde freiheitsliebende Menschen, aber sie sind in ihrer langen Geschichte gewohnt, daß sie unterdrückt waren. So bildet sich im Laufe der Zeit eine gewisse Ergebenheit in die Situation. Auf der anderen Seite

immer wieder dieses Aufbegehren und das Kämpfen dagegen und das bedeutet auch, daß sie Gewalt gebrauchen. Man muß das verstehen, wenn ein Land noch nicht richtig organisiert ist, wenn noch nicht überall Straßen hingehen. Es gibt ja nur ein paar Hauptstraßen, die ein bißchen Längs- und Querverbindungen bilden. Die anderen existieren nicht oder sind so schlecht, daß nur wenige hinkommen, eben nur die Eingeborenen, die mit ihren einfachen Fahrzeugen zur Stadt fahren. Und so fehlt der ganze Kontakt und sie sind zurück in ihrem Denken. So ist es gut für dieses Volk, daß hier so etwas wie ein Kriegsrecht ist, das ein bißchen mit Gewalt Organisation und Ordnung hineinbringt. Die Leute sind nicht schlecht. Ich meine, es ist nicht zu entschuldigen, wenn sie rauben und morden, aber es ist anders als bei uns. Es ist grundlegend wichtig, daß wir nicht von unserem Denken her die Situation beurteilen. Das Christentum ist nicht so hineingedrungen. Es gibt so viele Bräuche, z.B. dieses Großfamiliendenken: zuerst kommt die Familie. Manchmal, wenn ein Konflikt entsteht zwischen dem christlichen Denken und dem Klandenken der Familie, dann ist das Klandenken stärker. Und aus diesem Denken heraus kommt dann die Verpflichtung, Rache zu üben und derlei Dinge. Auf der anderen Seite ist oft eine solch tiefe Frömmigkeit da, daß man sich wundert, wie bei der wenigen christlichen Erziehung Glaube so stark lebendig ist. Es sind so viele widersprüchliche Erfahrungen, die man dauernd machen muß. Obwohl ich versuche, immer wieder offen zu sein, immer wieder hinzuhören, immer wieder zu verstehen, muß ich doch feststellen, daß vieles einfach nicht zu verstehen ist. Ihr sollt also keinen Schrecken bekommen über die Grausamkeiten, die hier bis vor kurzem an der Tagesordnung waren und die teilweise auch heute noch in den versteckten Gebieten, wo der militärische Arm nicht hinreicht, vorkommen. Cavite ist nicht so weit von Manila entfernt und so ist zu hoffen, daß diese Militärregierung etwas Ordnung schafft. Die meisten einfachen Leute sind sehr froh darüber, daß jetzt mehr Sicherheit besteht und daß sie nicht mehr so stark in der Angst zu leben brauchen.

Heute ist Pfingsten und ich bitte Gott, daß er Euch allen seinen Geist schenkt.

Euer Sebastian

CHINA

Karl Otterbein

Anmerkungen zu Heiner Schweizers Artikel "Chinas Weg ist eine Alternative"

Trotz allen Wohlwollens gegenüber der VR China vernachlässigt Schweizer in unzulässiger Weise die politischen Implikationen der chinesischen Erfahrungen, ohne die einmal die beschriebenen Wirtschaftserfolge letztlich vom Zusammentreffen vieler günstiger Umstände abhängig bleiben und ohne die zum anderen die beabsichtigte propagandistische Wirkung zu sehr mit der Exotik der Entwicklungsländer behaftet bleibt - das chinesische Modell sei zwar interessant, kann aber für fortgeschrittene Industriegesellschaften keine Relevanz beanspruchen. Dagegen zeigen die politischen Auseinandersetzungen in Westeuropa, wie sehr sich in den innerbetrieblichen Kämpfen gegen die kapitalistische Arbeitsteilung alternative Produktionsformen anhand chinesischer Lösungen konkretisieren lassen. So konnte die bloß feuilletonistische Kritik an der Monotonie der Fließbandproduktion überwunden werden, wonach unsere Gesellschaft eigentlich wohlhabend genug sei, um diese entwürdigenden Arbeitsbedingungen bei gleichzeitigem Produktivitätsverzicht beseitigen zu können, während das Entwicklungsland China gerade in der bei uns mittels sogenannter analytischer Arbeitsplatzbewertungen begründeten Arbeitsteilung eine Vergeudung knapper Ressourcen sieht.

Aber selbst die ausschließliche Darstellung der chinesischen Industrialisierung, die an sich schon verdienstvoll wäre, krankt daran, daß sie zu sehr personalisiert und deshalb die verfolgte Politik ungewollt als teilweise voluntaristisch, d.h. gesellschaftliche Prozesse werden als vom Wollen einer selbst erklärten Elite abhängig verstanden, diffamieren muß. Verdeutlichen möchte ich dies an der Darstellung der Bauernfrage: aus biographischen Gründen kannte Lenin gewiß nicht im gleichen Maße wie Mao die Probleme der Bauern und deren politisches Potential, aber das reicht eben zur Erklärung der 50jährigen Agrarkrise in der SU nicht aus. Exemplarisch läßt sich vielmehr an den in der sowjetischen Industrialisierungsdebatte bezogenen Positionen zeigen, wie wenig die richtige Wirtschaftspolitik allein von den richtigen Investitionsprioritäten abhängig ist. So

hätte auch Bucharin selbst langfristig nicht die Probleme des jungen Sowjetstaates lösen können, da er das vielgepriesene Arbeiter-Bauern-Bündnis mit umgekehrtem Vorzeichen hätte belasten müssen, was dann aufgrund der wachsenden Einkommensunterschiede die Arbeitsproduktivität im industriellen Sektor gesenkt hätte. Gemeinsam ist nämlich beiden Flügeln die mechanische Anwendung des in der Phase des englischen Hochkapitalismus entwickelten Marxschen Reproduktionsschematas auf die verstaatlichte Sowjetwirtschaft. Sollte der von Marx im 2. Band des "Kapitals" beschriebene ökonomische Mechanismus die wirtschaftliche Dynamik des kapitalistischen England erklären, so war für eine Partei, die glaubt, mit der Aufhebung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bereits den Sozialismus errichtet zu haben, das Ziel eines hohen Wirtschaftswachstums scheinbar am ehesten dadurch zu erreichen, daß man der ersten Abteilung des Reproduktionsschematas den Vorrang gab und damit wie im England des 19. Jahrhunderts den privaten Konsum drastisch kürzte. (1) Danach war, wie es der sowjetische Ökonom Feldman schon 1928 als Vorläufer der modernen Wachstumstheorie entwickelte, die Wachstumsrate von der Aufteilung des Nationaleinkommens in Konsum und Investition abhängig, d.h. letztlich ist das Wachstumstempo durch die Höhe der politisch durchsetzbaren Investitionsquote eindeutig bestimmt.

Inzwischen hat jedoch die chinesische Wirtschaftsentwicklung unzweifelhaft unter Beweis gestellt, daß Konsum und das heißt hier Priorität der Landwirtschaft nicht zu Lasten der gesamtwirtschaftlichen Investitionsfähigkeit gehen muß. Zunächst einmal kann mit bescheidenen 'inputs', bestehend aus besserem Saatgut oder Kunstdünger, in einer arbeitsintensiv betriebenen Landwirtschaft die Produktivität schnell gesteigert werden. Die Abschöpfung des für die industrielle Entwicklung benötigten agrarischen Surplus kann aber auch, anders als in der SU, indirekt über ein gesteigertes Konsumgüterangebot erfolgen, mit dem Kaufkraft abgeschöpft und - entscheidender - der Landbevölkerung zu Bewußtsein gebracht wird, daß sie durch kollektive Anstrengungen ihren ökonomischen Status verbessern kann. Auch wenn etwa die sogenannten maoistischen Gruppen Westdeutschlands, in ihrem Versuch, sich gegenüber der seit 1956 von bourgeoisen Elementen beherrschten KPdSU abzugrenzen, materielle Anreize nur zu oft als Merkmal des kapitalistischen Weges brandmarken, so sind diese selbst in China eine wesentliche Bedingung des schnellen Wirtschaftswachstums. Allerdings muß man dabei zweierlei unterscheiden: einmal kommt es darauf an, ob Prämien individuell verteilt die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärfen und die Einkommensunterschiede größer werden läßt, oder ob sie an einzelne Arbeitsbrigaden verteilt werden und so die Kooperationsbereitschaft ihrer Mitglieder stärkt; noch wichtiger ist aber, wie die Kriterien für Prämien bestimmt werden, ob von oben für die Betroffenen nicht unmittelbar durchschaubar Normen festgelegt werden oder ob, wie in der chinesischen Volkskommune, die individuelle Leistung in der Diskussion zwischen den Brigademitgliedern beurteilt wird.

Anhand dieser Entwicklungsanstrengungen läßt sich dann auch das chinesische Industrialisierungsmuster als die erfolgreiche Vermittlung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen darstellen: die Volkskommune als weitgehend autarke Wirtschaftseinheit ist zunächst einmal gesamtwirtschaftlich sinnvoll, da durch die räumliche Verbindung von Landwirtschaft und arbeitsintensiv produzierenden Industriebetrieben die in den übrigen Entwicklungsländern trotz eines sinkenden Beschäftigungsniveaus hohen Urbanisierungskosten vermieden werden; wichtiger ist jedoch, daß die von der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft nicht zu fassende Selbstversorgung, bei der die Wirtschaft vom Konsum aus organisiert ist, nicht darauf angewiesen ist, den Ertrag erhöhter individueller Anstrengungen erst über ein

Das Werk

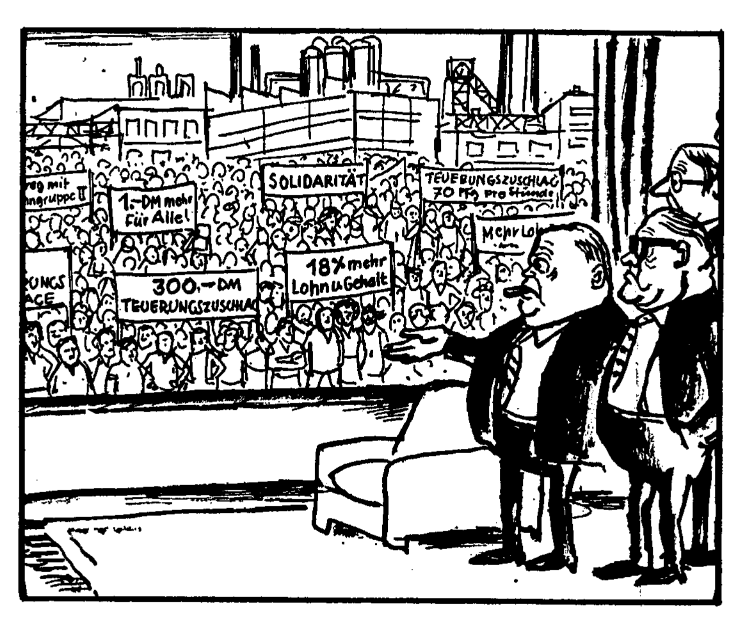
Mit dem Werk
haben unsere Urgroßeltern
begonnen.
Ein paar hundert Großväter
haben daran ein Leben lang gearbeitet.
Ein paar tausend Väter und Mütter
haben weiter geschuftet,
und viele tausend Söhne und Töchter
schaffen jetzt.

Oben aber
in einer Villa am Rhein
sitzen fünf Personen
auf der Terrasse beim Tee
und behaupten,
dies sei ihr Werk.

ARTUR TROPPMANN

abstraktes Marktgeschehen zu vermitteln. Hinter den immensen Aufbauarbeiten der Chinesen braucht deshalb kei- Gewaltandrohung zu stehen, jedem Bauern leuchtet unmittelbar die Bedeutung eines Bewässerungsprojektes für seine materielle Besserstellung ein.

Da in jeder Phase der wirtschaftlichen Entwicklung der emanzipatorische Egalitarismus praktisch ausgewiesen werden kann, wie etwa die Produktionsarbeit der Leitungskader und die geringen Einkommensunterschiede zeigen, festigt sich individuell das Bewußtsein, daß die zusätzliche Leistung des einzelnen nicht nur einer Elite zugute kommt, sondern die Produktionsgrundlagen einer bewußt an gesellschaftlichen Interessen ausgerichteten Volkswirtschaft insgesamt festigt. Es bedarf also nicht, wie von Schweizer unterstellt, in der Kollektivierungsfrage ebenfalls eines besonderes Geschicks der chinesischen Führung: landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften lassen sich nicht wie unter Stalin von oben dekretieren, sie werden vielmehr nur dann der Gesellschaft die ökonomischen Vorteile kollektiven Wirtschaftens bringen, wenn die Bauern darin auch für sich selbst einen greifbaren Fortschritt sehen und von sich aus Initiativen entfalten. In ähnlicher Weise muß Schweizer aufgrund seiner Personalisierung dem in China angestrebten Versuch, den marxistischen Anspruch der Angleichung von Kopf- und Handarbeit praktisch einzulösen, eine voluntaristische Deutung geben. Nicht Maos Gedanken sind jedoch die Grundlage einer Bildungspolitik, die produktive Arbeit und Lernen verbindet, sondern vorab eine überaus pragmatische Ausrichtung von Forschung und Lehre an den vordringlichsten Produktionsproblemen. Aus diesem Grund werden einerseits Wissenschaftler periodisch an der Produktionsfront eingesetzt, und andererseits müssen Arbeiter den Lernenden in den Bildungseinrichtungen die Problemstellungen vermitteln, mit denen sie in ihrem Arbeitsprozeß tagtäglich konfrontiert sind. Dabei werden aufgrund der praktischen Erfahrung mit Handarbeit sukzessiv Technologien entwickelt, die, einmal als spezifisch kapitalistisch und damit als von sozialen Beziehungen abhängig erkannt, im Sozialismus einen grundsätzlich anderen Charakter haben: nicht mehr am Reißbrett unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt, kurzfristig den Ausstoß zu erhöhen, entworfen, kann der Arbeiter Schritt für Schritt die Technologie seinen im Zuge dieser schöpferischen Tätigkeit gewachsenen Fähigkeiten anpassen, um so den Arbeitsstreß zu reduzieren und um im gleichen Maße produktive Energien freizusetzen. Hier läßt sich dann auch die Fragestellung der neueren amerikanischen Organisationssoziologie anschließen, ob bei immer komplexer werdenden Produktionsaufgaben die hierarchische Betriebsstruktur selbst einzelwirtschaftlich noch eine optimale Allokation der Ressourcen erlaubt, oder anders ausgedrückt, ob nicht gerade die komplexeren Produktionsprozesse nur von den unmittelbar in der Produktion Tätigen beherrscht werden können. Damit ist die chinesische Gesellschaftsstruktur nicht nur zu einem "Modell" für die Dritte Welt geworden und problematisiert unsere nationalökonomische Theoriebildung nicht nur hinsichtlich der Industrialisierung unterentwickelter Regionen. (2)



Das beste wäre auch hier Berufsverbot

– aber wer soll dann für uns arbeiten?

Gewiß berührt die industrielle Arbeitsteilung nicht unmittelbar Schweizers Diskussion der Agrarfrage, aber es ist doch unbedingt darauf hinzuweisen, daß die in China horizontal eingeschränkte Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, was er nachdrücklich unterstreicht, nicht ohne Auswirkungen auf die vertikale Arbeitsteilung bleiben kann.

Anmerkungen:

1) vgl. Rita di Leo: Die Arbeiter und das sowjetische System Trikont, München 1973

2) Diesen Versuch hat der Autor in seiner Arbeit "Industrialisierung und Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt - Zur Herausforderung des chinesischen Egalitarismus an die sozialwissenschaftliche Theoriebildung", die demnächst im Frankfurter Seminarverlag erscheinen wird, unternommen.

LIBERIA – Ausbeutung, Abhängigkeit und Unterentwicklung

von Robert Kappel

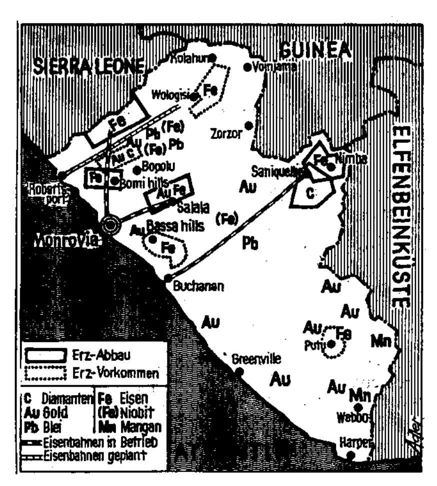
Vorbemerkung der Redaktion:

Freunde und Vertreter des freien Unternehmertums hierzulande haben gewöhnlich eine Reihe von Ländern vorzuweisen, die ihres Erachtens den Erfolg des privatwirtschaftlichen Weges von Ländern der Dritten Welt zeigen. Zu diesen Ländern zählen etwa die Elfenbeinküste, Taiwan, Brasilien u.a. und dazu zählt nicht zuletzt auch Liberia. Zur Begründung der Wahl Liberias in diesen auserlesenen Kreis von Ländern der Dritten Welt werden zumeist die hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts sowie die Tatsache genannt, daß unter der Flagge Liberias die größte Handelsflotte der Welt fährt (in zunehmendem Maße auch Schiffe aus der BRD). Der folgende Artikel erweist diese Maßstäbe als allzu dürftig und die Behauptung vom erfolgreichen Entwicklungsland Liberia als eine Ideologie. Der hier vorliegende Artikel beschränkt sich weitgehend auf ökonomische Aspekte; voraussichtlich werden wir in einem späteren Heft einen zweiten Liberia-Artikel vom selben Verfasser abdrucken, der dann vor allem die politische und kulturelle Abhängigkeit sowie die damit zusammenhängenden innergesellschaftlichen Unterdrückungsmechanismen behandelt.

I. Vorbemerkungen

Liberia gilt seit Jahrzehnten als das stabilste Land Afrikas. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch ist Liberia in die westliche Welt integriert. So ist seine wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 30 Jahren eng mit dem weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung und den jetzigen Weltmarktskrisen verbunden. Konnte es in den 50iger und 60iger Jahren die höchsten Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes und des Außenhandels in der Welt gleich nach Japan aufweisen, so stagniert heute das Wachstum. Liberia trägt alle Merkmale eines unterentwickelten kapitalistischen Landes: starke Abhängigkeit von den Metropolen, Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf den Export, geringe Entfaltung eines inneren Marktes, hohe Schuldenlasten, geringes Pro-Kopf-Einkommen, Herrschaft einer Kompradorenbourgeoisie, hoher Anteil der im Subsistenzbereich lebenden Bevölkerung, geringe Breite (Diversifikation) des Produktionsangebots, u.v.a.m.

Untersuchungen über Liberia, das einer der wichtigsten Weltmarktlieferanten für Eisenerz und Kautschuk ist, haben ergeben, daß dieses Land durch Wachstum ohne eigentliche Entwicklung gekennzeichnet ist, und daß Liberia als Träger neo-kolonialer und imperialistischer Interessen (1) die Widersprüche des Imperialismus in all seiner Schärfe erfährt. Die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten, der Drang nach dem Abbau von notwendigen Rohstoffen zur Expansion des Kapitals, der zunehmende militärische und politische Druck der kapitalistischen Industrieländer auf die unterentwickelten Länder, die Komplementarität von Privatinvestitionen und staatlicher, halbstaatlicher und kirchlicher Entwicklungshilfe, der Kultur- und Ideologieexport, die imperialistische Konkurrenz, all dies kann in Liberia in den verschiedenen Ausprägungen aufgezeigt werden.



Als typischer Vertreter eines unterentwickelten kapitalistischen Landes (2) erfährt Liberia die Widersprüche des Monopolkapitalismus, seine Krisenhaftigkeit deshalb so besonders krass, weil es sich dem Expansionstrieb des Kapitals ohne Einschränkung geöffnet hat. Dabei ist davon auszugehen, daß der Widerspruch zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen in den kapitalistischen Bereichen Liberias notwendig auch auf den Subsistenzbereich, in dem andere Produktionsweisen existieren, zurückwirkt.

In diesem Artikel werden lediglich die Folgen der open-door-policy Liberias aufgezeigt, ohne im einzelnen auf die Probleme der Herrschaft, die repressiven und ideologischen Funktionen des Staates, die Rückwirkungen auf die im Subsistenzbereich lebende Bevölkerung, die Ausrichtung des Erziehungs- und Sozialwesens usw. einzugehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Liberias ist von Anfang seiner Gründung (1847) ein Produkt externer Einflüsse und Interessen gewesen. Eine jahrzehntelang dauernde wirtschaftliche Stagnation bis 1920 ist aus der mangelnden Bedeutung des Landes für die Kolonialmächte zu erklären. Liberia galt bis zum 1. Weltkrieg als unerforscht und wenig ausbeutungsfähig. Erst mit dem Entstehen der Massenproduktion von Personenwagen erschien auch Liberia als mögliches Rohstoffreservoir für die Reifenindustrien geeignet. Der Konkurrenzkampf zwischen England und den USA trieb die damals schwächeren US-Konzerne auf die Suche nach Rohstoffen für die Gummiindustrie. Liberia eignete sich deshalb so gut, weil das Klima und der Boden die besten Voraussetzungen zur Anpflanzung von Kautschuk boten. Zudem war Liberia zu dieser Zeit so stark im Ausland verschuldet, daß es bereit war, jeden Ausbeutungswilligen gegen geringe Gebühr ins Land zu lassen.

Der US-amerikanische Firestone-Konzern erhielt 1925 über 1 Mio Acre (4000 qkm) Anbaufläche mit 99jähriger Konzession zur Verfügung. Allerdings konnte die Kautschukproduktion aufgrund der Weltwirtschaftskrise erst vor dem 2. Weltkrieg stärker angekurbelt werden. Der riesige Kriegsbedarf ließ Liberia - d.h. die Firestone-Company - zum größten Kautschukproduzenten jener Zeit werden. Bis zum 2. Weltkrieg wurde Liberia zu recht mit dem Zweitnamen "Firestone-Country" versehen. Darin kommt exakt die Abhängigkeit Liberias von dem derzeit einzigen bedeutenden Beschäftigungs-, Steuer- und Devisenträger zum Ausdruck. (3)

Der wesentliche Einschnitt für die auch heute noch anhaltende "Entwicklung" Liberias erfolgte mit der Entdeckung der damals größten Eisenerzlager Afrikas. Sie werden momentan auf mehrere Mrd to geschätzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur ein Teil des Landes auf natürliche Rohstoffe hin untersucht worden ist.

Sämtliche Investitionen in Liberia sind in Zusammenhang mit den zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, dem zunehmenden Bedarf an Rohstoffen (vor allem Eisenerz), dem immer intensiveren Kampf des Kapitals um Einflußsphären usw. zu sehen. Liberia gewinnt aufgrund seiner riesigen Rohstofflager und des Anti-Imperialismus einiger rohstoffexportierender Länder (beispielsweise der erdölproduzierenden sog. OPEC-Länder) deshalb eine bedeutende Rolle, weil es sich mit seiner open-door-policy den Notwendigkeiten des internationalen Kapitals geöffnet hat. Es vertritt "das Prinzip des freien Unternehmertums" (4), womit freier Gewinntransfer, Steuer- und Zollvorteile und politische Stabilität (im Sinne des Kapitals) gemeint sind. Wie die Bedingungen im einzelnen ausgestaltet sind, welches Ausmaß die Ausbeutung des Landes angenommen hat, welche Probleme aus den Prinzipien des freien Unternehmertums und welche Widersprüche sich aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt für Liberia - als extremes Beispiel auch für andere afrikanische Länder - ergeben, sollen im folgenden kurz dargestellt werden. Dabei wird auch die bundesdeutsche Entwicklungshilfe und die Rolle des BRD-Kapitals betrachtet.

II. Die Ausbeutung Liberias

1. Das wirtschaftliche Potential

Die bisher erfolgte geologische Erforschung weist Liberia mit bedeutenden Mineralvorkommen aus. Das Eisenerz mit mehreren Mrd to Vorkommen bei einem extrem hohen Eisengehalt zwischen 38 und 70 % spielt die wichtigste Rolle. Liberia ist der größte Eisenerzproduzent Afrikas (39 %) und der drittgrößte Exporteur in der Welt. Der Abbau der Erze erfolgt im Tagebau im Gegensatz zu den meisten anderen bedeutenden Erzlagerstätten. Erschließungsinvestitionen vor der eigentlichen Förderung verschlingen in Liberia längst nicht so hohe Summen. Im Gegensatz beispielsweise zum Sishen-Eisenerzvorkommen in der Südafrikanischen Republik, deren Reserven zwar momentan höher als die liberianischen Reserven eingeschätzt werden, aber nur zu 40 % im Tagebau gefördert werden können und zudem fast 900 km von der Küste entfernt sind (5), liegen die liberianischen Lagerstätten relativ küstennah zwischen 50 und 250 km. Investitionen in Liberia amortisieren sich viel früher.

Außer Eisenerz sind ferner folgende Mineralienvorkommen entdeckt worden, ohne daß es bisher zu nennenswerten Förderungen (mit Ausnahme von Gold und Diamanten) gekommen ist: Bauxit, Kolumbit, Rutil, Ilmenit, Schmirgel, Asbest, Glimmer, Chrom- und Manganerz, Nickel, Kupfer, Schwerspat und Kyamit, ferner Diamanten und Gold. Eine bedeutende Rolle wird in Zukunft wegen der Energieknappheit der kapitalistischen Länder die Erdölförderung erhalten. Nach langjährigen erfolglosen Bohrungen vor der Küste wurden 1972 bedeutende Erdölvorkommen entdeckt. Konzessionen zur Förderung sind bereits an die drei amerikanischen Konzerne Union Carbide, Chevron und Frontier

International vergeben worden. (6) Die Förderungen können jedoch nicht vor 1975 beginnen.

Verschiedene forstwirtschaftliche Studien haben über nutzbare Holzarten Auskunft gegeben. Von der Gesamtfläche Liberias sind 80 % bewaldet, wovon 38 % (= 9,2 Mio Acres) forstwirtschaftlich nutzbar und 5 Mio Acres als optimal ausbeutbar bezeichnet werden. Z.Zt. sind 17 Konzessionen mit Einschlagsrechten verteilt worden. (7)

Im Verhältnis zu seiner Größe (ca. 110 Tsd. qkm) und seiner Einwohnerzahl (ca. 1,2 Mio) kann Liberia als rohstoffreich angesehen werden.

2. Das Ausmaß des ausländischen privaten Kapitals

Bis zum 2. Weltkrieg gehörte Liberia fast ausschließlich zum nordamerikanischen Einflußbereich. Neben dem Firestone-Konzern begannen noch vor 1954 B.F. Goodrich, die Uniroyal Inc. u.a. Plantagen anzulegen. Heute sind zwar die USA noch der wichtigste Handelspartner und "Entwicklungshelfer", aber inzwischen sind auch westeuropäische und japanische Konzerne an der Ausbeutung des Landes beteiligt. In welchem Ausmaß ausländisches Kapital die liberianische Wirtschaft dominiert, zeigt sich darin, daß 1972 von 2535 registrierten Unternehmen 1818 ausländische, 41 jointventures und nur 676 liberianische waren. (8) Zudem sind die liberianischen Firmen vor allem kleinere und Handwerksbetriebe. Eine Industrie besteht erst in Ansätzen: 5 Eisenerzminen, 1 Erdölraffinerie, 1 Klinkermühle, 1 Plastikfabrik, 1 Brauerei u.a. (9) Der größte Teil des Umsatzes (ca. 80-90 %), der Steuern, der Investitionen, der Profite usw. wird von ausländischem Kapital getragen. So erbringen die 6 größten ausländischen Konzerne allein über Profitbeteiligungen und Konzessionen ca. 27 % der Gesamteinnahmen des Staatshaushalts, 25 % des gesamten Steueraufkommens und 65 % der gesamten Einkommenssteuer. Der nichtmonetäre (d.h. nicht in die Geldwirtschaft einbezogene) landwirtschaftliche Sektor, in dem 80 % der Bevölkerung leben, leistet dagegen in Form der Hüttensteuer nur 3 %. (10) Kautschuk und Eisenerz sind die wichtigsten Exportgüter. Sie machen zusammen ca. 90 % der gesamten Exporterlöse aus. Die Diversifikation ist, wie man aus Tabelle 1 ersehen kann, relativ gering fortgeschritten. Zudem betrug der Anteil von Halb- und Fertigwaren am Gesamtexport lediglich 0,3 %. (11) Der Export von Diamanten, Agrarprodukten (Kaffee, Kakao und Palmkerne) und Holz spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Tabelle : Entwicklung der Exporterlöse in Dollar und Anteile in % von 1956-1970 (12)

	1956	1959	1968	1972
Eisenerz	8,1 Mio	28,2 Mio	130,4 Mio	140,0 Mio
	18,2 %	42,1 %	67,1 %	70,5 %
Kautschuk	30,2 Mio	30,7 Mio	26,6 Mio	35,0 Mio
	68,0 %	45,8 %	16,0 %	16,9 %
Diamanten	2,4 Mio	2,1 Mio	5,6 Mio	5,1 Mio (1970)
	5,4 %	3,1 %	5,4 %	2,7 % (1970)
Agrarprodukte	1,6 Mio	3,4 Mio	6,0 Mio	5,8 Mio (1970)
	3,6 %	5,0 %	3,6 %	2,9 % (1970)
Holz	-	-	1,41 Mio	5,8 Mio (1970)
	-	-	1,3 %	2,9 % (1970)

Der innere Markt Liberias ist kaum entfaltet. 80 % der Bevölkerung leben im Subsistenzbereich. Die Kaufkraft der liberianischen Bevölkerung ist gering: 40 Dollar/pro Jahr und Person in der Landwirtschaft und ca. 165 Dollar in der Industrie. Das Durchschnittseinkommen betrug 1968 168 Dollar (123 Dollar 1960). Das Durchschnittseinkommen der "Amerikoliberianer" lag 1960 bei über 1000 Dollar (so eine Untersuchung des Battelle Instituts) (13). Statistiken über die Einkommens- und Vermögenssituation der 14 herrschenden Familien existieren nicht. Sie dürfte sich aber wesentlich von der der Restbevölkerung unterscheiden.

Aufgrund der geringen Entfaltung des inneren Marktes (selbst wiederum hervorgerufen durch ausländisches Kapital) nehmen die ausländischen Konzerne kaum oder keine Investitionen in den Konsumgüter- und Verarbeitungsindustrien vor. So installiert der Fire-

stone-Konzern nicht auf den größten Plantagen der Welt eine Reifenfabrik, sondern produziert in Mozambique für den kaufkräftigen südafrikanischen Markt. (14) Der Handel im Lande selbst wird indes auch von Ausländern getragen. Amerikaner, Dänen, Libanesen und Syrer beherrschen momentan noch mit einigen unwesentlichen Ausnahmen den gesamten Groß-, Klein-, Stadt-, Export- und Importhandel. (15)

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der liberianischen Wirtschaft ist, daß sie die größte Handelsflotte der Welt vor Japan und Großbritanien beherbergt. Ihr Anteil an der Welthandelsflotte beträgt 14,7 % (= 33,3 Mio BRT) und bei Öltankern sogar 21,5 % (= 19,3 Mio BRT). (16) Bezeichnenderweise laufen unter der "flag of convenience" fast nur ausländische Schiffe, die Steuern sparen und Sicherheitsbestimmungen umgehen wollen. Liberia selbst besitzt nur kleine Küstenmotorschiffe.



EINE UMARMUNG, *wie sie sonst vor allem zwischen Ostblockpolitikern üblich ist, gab es in Washington zwischen Präsident Richard M. Nixon und William R. Tolbert, dem Präsidenten Liberias, des ältesten, von rückgewanderten amerikanischen Sklaven gegründeten unabhängigen Staates Schwarzafrikas.* Funkbild: dpa/UPI

Insgesamt sind diese Zahlen der Ausdruck für die vollständige Auslieferung der wirtschaftlichen Entwicklung an ausländische Interessenten mit all seinen negativen Konsequenzen. Die Entwicklung - soweit man überhaupt davon sprechen kann - beschränkt sich auf die Extraktionsindustrie und Plantagenwirtschaft, wobei beide ausschließlich für den Export produzieren. Sogar in der Distribution der Importe (vor allem Verbrauchsgüter und Güter höherer Ordnung) sind wiederum nur Ausländer tätig (17), während die liberianische (Kompradoren-) Bourgeoisie sich im wesentlichen auf die Wahrnehmung und Ausgestaltung der ausländischen Interessen und der politisch-ideologischen Unterordnung der liberianischen Bevölkerung unter diese Interessen konzentriert. Die liberianische Bevölkerung ist selbst nur unwesentlich und mittelbar in den kapitalisierten Bereich integriert.

Welche Rolle die einzelnen Konzerne für die liberianische Wirtschaft spielen, soll im folgenden anhand der wichtigsten Unternehmen aufgezeigt werden: (18)

1. LAMCO (Liberian American-Swedish Minerals Company): 70jährige Konzession in der Nimba Range. Der Eisengehalt des Erzes liegt bei 63-70 %. Das Erz kann ohne Weiterverarbeitung direkt verschifft werden. An der LAMCO sind die amerikanische Bethlehem Steel mit 25 % und die LAMCO-joint-Venture mit 75 % beteiligt. Hinter der Joint Venture steht die AB Grängesberg-Öxelund Stockholm mit insgesamt 37,5 % Beteiligung und die Liberian Iron Ore Company, deren Kapital wiederum dem amerikanischen Konzern IAAC und dem liberianischen Staat gehört. Die Leitung liegt bei der AB Gränges. Die Produktion betrug 1970 11,8 Mio to und die Vorräte insgesamt über 200 Mio to. Die LAMCO als größter Eisenproduzent des Landes beschäftigt 4250 Personen, wovon 3700 Liberianer und 250 Ausländer (zumeist Europäer) sind. Der Konzessionsvertrag schreibt vor, daß die Nettoprofite jährlich an die Aktienhalter der LAMCO verteilt und an den Staat jährlich eine Gebühr von 6 Cent pro Acra entrichtet werden.

Die Entwicklung der Regierungseinkommen aus der LAMCO zeigt, daß der Abbau für das ausländische Kapital sehr lukrativ ist. Obwohl die Regierung insgesamt nur mit unter 20 % an der LAMCO beteiligt ist, konnte sie allein 16 Mio Dollar in ihren Staatshaushalt einbringen. Die Exporterlöse des aus-

ländischen Kapitals lagen dagegen um etliches höher bei ca. 80 Mio Dollar.

Zur LAMCO gehören die 165 Meilen lange Eisenerzbahn von Nimba zum Hafen Buchanan, ferner ist die Gesellschaft im Hotel- und Tiefbau tätig. (19)

2. LMC (Liberian Mining Company): 80-jährige Konzession im Bomi-Hill-Gebiet. Die Produktion erreichte 1970 4 Mio to bei einem Eisengehalt von 67 %. Die LMC gehört vollständig der amerikanischen Republic Steel Corporation. Es werden z.Zt. 2700 Beschäftigte angegeben, wovon 200 Ausländer sind. Die Vorräte in Bomi-Hills werden in den nächsten 2 Jahren erschöpft sein.

3. BMC (Bong Mine Company): 70jährige Konzession in der Bong-Range in der Nähe von Wologisi. 1972 wurden 6 Mio to produziert, wobei ein Teil des Erzes 45 % Eisengehalt aufwies. Die BMC befindet sich zu 75 % im Besitz der Gewerkschaft Exploration ("Konsortium Liberia"; diese "Gewerkschaft" hat nichts mit einer Arbeiterorganisation zu tun, es handelt sich um eine private Kapitalgesellschaft dieses Namens) Düsseldorf und zu 25 % bei Finsider Italien. Hinter dieser ominösen Gewerkschaft stehen die deutschen Stahlriesen Thyssen, Hoesch, Rheinstahl und Krupp, in deren Händen auch Geschäftsführung, Organisation und Absatzregelung liegen. Auf einer Konzessionsfläche von ca. 19 Tsd. Acres betragen die Vorräte ca. 450 Mio to. Insgesamt wurden bisher ca. 150 Mio Dollar in dieses Projekt investiert, womit nahezu sämtliche deutsche Investitionen in Liberia erfaßt sind.

Im Konzessionsvertrag der BMC mit der liberianischen Regierung ist festgelegt, daß der liberianische Staat mit 50 % an den Profiten beteiligt wird. Zusätzlich müssen jährlich 10 Cent pro Acre und Jahr abgeführt werden. Profitschätzungen haben ergeben, daß die BMC pro Tonne mindestens 2 Dollar Reingewinn erwirtschaftet, bei 6 Mio to jährlich also mindestens 12 Mio Dollar, wovon die Hälfte an die Regierung geht.

Wie eng gerade diese Firma mit deutschen und italienischen Kapitalinteressen liiert ist, zeigt die Tatsache, daß zwei der Direktoren führende deutsche Kapitalvertreter sind: Dr. Hans G. Sohl und Dr. Eugen Plotski (z.Zt. Präsident der BMC). Sohl, ehemaliger Präsident der August Thyssen AG und jetziger Chef des BDI besuchte zusammen mit Plotski im Dezember 1972 die Bong Mine Range, die nach seinen Aussagen die größte Übersee Joint-Venture der deutschen und italienischen Stahlindustrie sei. Sohl lobte das hervorragende Investitionsklima in Liberia. (20) Über die Gewinn- und Lohnsituation, über die Ausbeutung des Landes und seiner Bevölkerung ließ er kein Wort verlauten. In enger Zusammenarbeit mit der liberianischen Bourgeoisie - beispielsweise sind Stephen Tolbert, Bruder des jetzigen Präsidenten William R. Tolbert, Finanzminister im Kabinett und liberianischer Direktor der BMC und Arthur Sherman, früherer Direktor des Bureau of National Ressources und ebenfalls Direktor der BMC beteiligt - werden hier eindeutig die Interessen der Konzerne und der herrschenden Minderheit vertreten.

4. LISCO (Liberian Iron and Steel Corporation) (21): 70jährige Konzession im Wologisi-Range. Sie ist die jüngste der in Liberia ansässigen Erzabbaugesellschaften. Z.Zt. laufen noch die Prospektionsarbeiten. Der Abbau soll erst 1974 beginnen. Bei einem geschätzten Vorkommen von über 1,5 Mrd to Eisenerz mit einem durchschnittlichen Eisengehalt von 34 % sind bisher über 550 Mio Dollar in das Projekt investiert worden. Es gilt damit als das z.Zt. größte laufende Erz-Projekt in Liberia und der Welt und soll über 25 000 Arbeiter beschäftigen. Mit den Planungen und der technischen Beratung wurde die Firma Krupp, Essen, beauftragt. Das eigentliche Projekt der LISCO wird von der LIAC (Liberian International American Corporation) kontrolliert und gemanagt. An der LIAC sind mit 51 % die japanische Stahlindustrie mit ihren wichtigsten Konzernen Kawasaki-Steel, C. Itoh, Nissho-Iwai, Toyomenka und Marabeni-Jidi beteiligt. Die restlichen Anteile besitzen amerikanische, schweizer und rumänische Interessenten. Es sollen zukünftig jährlich 10 Mio to Erze abgebaut und verschifft werden. Das Projekt umfaßt den Bau einer Eisenbahn und den Ausbau des Hafens Robertsport für Tanker mit 150 Tsd. BRT. Es ist vorgesehen, dieses Projekt mit anderen in Sierra Leone, Guinea und der Elfenbeinküste zu verbinden und in Liberia eine gemeinsame Stahlhütte zu errichten. Aus diesem Grunde wird das Großprojekt von der Weltbank (IBRD) und der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika unterstützt. Der liberianische Staat wird wiederum an allen Profiten mit 50 % beteiligt.

5. NIOC (National Iron Ore Company): 80jährige Konzession am Mano-River (nahe der Grenze nach Sierra Leone). Die NIOC fördert jährlich ungefähr 4 Mio to und ist damit die kleinste Eisenerzunternehmung des Landes. Sie befindet sich im Besitz der liberianischen Regierung (50 %), liberianischer Unternehmer (35 %) und der LMC (15 %).

Neben diesen fünf für die gesamte Wirtschaft entscheidenden Erzproduzenten erfüllen einige Kautschuk-, Holz-, Diamanten-, Gold- und Handelsunternehmen

wesentliche Funktionen. Dazu gehören u.a. die Kautschukproduzenten B.F. Goodrich Company (rein amerikanisch), Liberian Agricultural Co. (vor allem italienisches Kapital), Liberia Company (amerikanisch, eng verbunden mit Pan Am), African Fruit Co. (Afrikanische Frucht Kompanie-Laeisz, Hamburg), Salala Rubber Corporation (holländisch-deutsches Konsortium: die deutsche Firma Nordman, Rassmann und Co., Hamburg, ist mit 25 % beteiligt). Diese Firmen produzieren zusammen mit dem Firestone Konzern über 70 % des gesamten Kautschuks. Liberianische Farmer, die über 50 % der gesamten kultivierten Fläche besitzen, erbringen dagegen weniger als 30 % der jährlichen Produktion. Zudem besteht häufig vertikale Integration, d.h. liberianische Farmer sind durch Lieferverträge an die ausländischen Konzerne gebunden. Die Vermarktung erfolgt rein über die Ausländer. (22)

Liberia will Diamanten direkt verkaufen

Gespräche in Israel / Israelische Schleifereien gegen Niederlassungen ausländischer Händler

bi. TEL AVIV, 28. September. Liberia prüft die Möglichkeiten des Direktverkaufs seiner Rohdiamanten an Israel. Ein Vertreter des liberianischen Handelsministeriums hat darüber Gespräche in Tel Aviv geführt. Bisher sind die liberisch-israelischen Diamantengeschäfte stets über Vermittler gelaufen. Man ist in Monrovia davon überzeugt, daß ein Umsatz von 50 Millionen Dollar jährlich erzielt werden könnte. Bisher hat Israel den allergrößten Teil der Diamanten über das Diamantensyndikat ins Land gebracht, nur etwa 15 Prozent kamen direkt aus Ländern, die nicht an das Syndikat angeschlossen sind. In diesem Jahr werden aus Israel geschliffene Diamanten im Gesamtwert von 650 Millionen Dollar ausgeführt werden, für 500 Millionen Dollar wurden Rohdiamanten gebracht.

Diamantenhändler aus den Vereinigten Staaten und aus Südafrika haben sich inzwischen an die israelische Diamantenbörse in Ramat Gan — zur Zeit die größte der Welt — gewandt, und vorgeschlagen, in Israel Büros zu errichten, und von hier aus Geschäfte zu tätigen. Gegen diese Vorschläge wandten sich die israelischen Diamantenschleifereien, die befürchten, daß die Konkurrenz von im Ausland geschliffenen Steinen, die in Israel nur verkauft werden, zu einem Rückgang des Verarbeitungsgeschäftes für die Israelis führen würde. Der Vorsitzende der israelischen Diamantenbörse meinte dazu, man verdiene durch die Bearbeitung und die Ausfuhr rund 20 Prozent, während der Verdienst beim Handel nur 10 Prozent beträgt. Da es sich jedoch hierbei um größere Umsätze handeln könnte, muß der Vorschlag durchaus in Betracht gezogen werden.

Blick durch die Wirtschaft 29.9.73

An der Ausbeutung des liberianischen Nutzholzes sind nur ausländische Firmen tätig, so u.a. die Siga Lumber Co. (mit schweizerischem und englischem Kapital), Liberian Industrial Forestry Corp. (spanisch), Maryland Logging Co. (deutsch-spanisch), Liberian Timber Industries Corp. (amerikanisch) u.a.

Den Groß-, Import- und Exporthandel beherrscht ebenfalls ausländisches Kapital. So ist beispielsweise die sich im Besitz des Firestone-Konzerns befindliche United States Trading Company (USTC) das größte Handelsunternehmen Liberias. Den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat die LPMC (Liberian Produce Marketing Corporation), die von der dänischen East Asiatic Company Kopenhagen (50 %) und vom liberianischen Staat (50 %) kontrolliert wird, monopolisiert. Gerade diese Firma zeigt, mit welchen Profiten gerechnet werden kann: So schüttete die LPMC 1967 eine Dividende von 70 % aus und konnte jährlich einen Nettoprofit pro Jahr auf das gesamte Kapital zwischen 40 und 170 % erwirtschaften. (23)

<u>Exkurs: Zur Arbeits- und Lohnsituation in Liberia (im wesentlichen am Beispiel des Firestone-Konzerns)</u>

Auf wessen Kosten und in wessen Interesse die Ausbeutung geschieht, kann am Beispiel des Firestone-Konzerns, dem größten Beschäftigungsträger mit 21 Tsd. Beschäftigten, aufgezeigt werden. Die Geschichte Liberias ist in den 20iger bis 50iger Jahren eng mit Firestone verbunden. Auch heute noch übt der Firestone-Konzern durch seine Politik sehr starken Einfluß auf den Staat, auf die Lohn- und Arbeitspolitik usw. aus, wenn auch inzwischen die Eisenkonzerne für den liberianischen Staatshaushalt wichtiger geworden sind.

Die Ergebnisse der Analyse des Firestone-Konzerns lassen sich - mit sehr wenigen Ausnahmen und graduellen Unterschieden - auch auf andere ausländische Unternehmen übertragen. (24)

Eine subtile Erpressungspolitik, die durch die Schwäche Liberias hervorgerufen und gefördert wird, kennzeichnet das Verhältnis Firestone - Liberia. Der mächtige Konzern bedient sich einer Clique von ca. 14 Familien, die das Land momentan politisch führt; dieses System macht es möglich, daß die Beziehungen zwischen den Konzernen und der herrschenden Kompradorenbourgeoisie positiv-funktional werden: Die Clique wird an den Profiten beteiligt und kann damit die eigene Vormachtstellung gegenüber der gesamten Bevölkerung mit politischen, militärischen und sonstigen repressiven Mitteln finanzieren. Die Konzerne auf der anderen Seite erhalten freie Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen und die Bevölkerung (als Arbeitsmachtreserve).

Der Firestone-Konzern hat Liberias Schwäche bereits in den 20iger Jahren auszunutzen gewußt, als er mit minimalen Mitteln Konzessionen erhielt. In den 30iger Jahren, als Liberia vor dem Völkerbund wegen Sklavenhandels (Verkauf von Liberianern nach Fernando Po und Sao Tome unter der Beteili-

gung u.a. des damaligen Präsidenten King und Vizepräsidenten Yancy), unmenschlicher Arbeitsverhältnisse und Zwangsarbeit angeklagt war, war Firestone in die Zwangsrekrutierungen der einheimischen Bevölkerung zur Arbeit gegen Minimallöhne auf den Plantagen verwickelt. Im Loan Agreement von 1926 zwischen Firestone und dem liberianischen Staat sind die Rekrutierungsbestimmungen festgehalten. Sie haben ihre Fortsetzung nach dem 2. Weltkrieg - wenn auch unter veränderten Bedingungen - erfahren. Auch heute noch schickt Firestone seine Agenten in die Stammesgebiete, um die Zahl (Quoten) der zu rekrutierenden Arbeiter mit den "Chiefs" auszuhandeln. Die Chiefs werden für ihre Dienste bezahlt, während Firestone für den Transport der Arbeiter zu den Plantagen sorgt. Diese Beschäftigten erhalten dieselben Ausbeuterlöhne, genießen dieselben - schlechten - Arbeitsbedingungen usw. wie die freiwilligen Arbeitskräfte. Sie arbeiten allerdings meist nur für kurze Zeit (1-2 Monate) auf den Plantagen, um mit dem verdienten Lohn die jährliche Hüttensteuer u.a. begleichen zu können: die monatliche Fluktuation der Arbeitskräfte beträgt zwischen 4 und 7 % (labor turnover). Die höchste turnover-Rate besteht bei ungelernten Arbeitern. Nur 1/3 der ungelernten Arbeiter bleiben für längere Zeit oder permanent auf den Plantagen: von 21 Tsd. Firestone-Arbeitern sind 16 Tsd. ständig rekrutiert.

Neben dieser Art der Arbeitsrekrutierung existiert noch eine weitere, die unentgeldlich geleistet werden muß. Mehrere Male im Jahr sind ganze Dörfer verpflichtet, auf den Farmen des "paramount chief" und des "clan-chief" zu arbeiten.

Arbeitsrekrutierung und Lohnsituation sind eng miteinander verknüpft. Daß Firestone auch heute noch Arbeiter rekrutiert, liegt daran, daß bei freiwilliger Beschäftigung höhere Löhne gezahlt werden müßten. Zudem hat auch die Regierung insofern ein Interesse an niedrigen Löhnen, als die unabhängigen Gummiplantagen zumeist im Besitz von Staatsbeamten sind. Indes, die Arbeiter waren nicht bereit, für Löhne unter dem Existenzminimum zu arbeiten. Durch Streiks wurden permanent höhere Löhne erzielt: Firestones Tagelohn für ungelernte Arbeiter (85 % der gesamten Arbeiterschaft) mußten von 25 Cent (1950) auf 30 Cent (1955) auf 20 Dollar pro Monat heute (60 Cent pro Tag) erhöht werden. Ein halbqualifizierter Arbeiter dagegen verdient 42 Dollar im Monat, halb soviel wie ein Minenarbeiter (25). Die Regierung garantiert Mindestlöhne für unterschiedlich qualifizierte Arbeiten im monetären Bereich (ca. 130 Tsd. Beschäftigte).

Der Durchsetzung der Interessen des Firestone-Konzerns stand von Anfang an der Widerstand der einheimischen Bevölkerung entgegen. So wehrten sich die einzelnen Stämme gegen die Zwangsrekrutierungen und Versklavung in den 30iger Jahren. Dieser Widerstand wandte sich in dem Moment auch gegen die herrschende Clique, als nach der Untersuchung der Vorgänge durch den Völkerbund die Stämme verfolgt wurden, die die Sklaverei bezeugt hatten. Durch brutalen Druck auf die Küstenstämme (vor allem die Kru), die sich besonders gegen das Unterdrückungssystem gewehrt und revolutionäre Aktivitäten gegen die Staatsmacht in Monrovia ergriffen hatten, wurde der Umsturz des Systems mit Hilfe des Militärs verhindert.

Nach dem 2. Weltkrieg konnte Firestone noch bis 1949 die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter verhindern. Erst durch internationalen Druck wurden in Liberia Gewerkschaften zugelassen. Zwar opponierte die Regierung nicht gegen Gewerkschaften an sich, sondern nur gegen effektive. Daß dies im Interesse der Konzerne lag, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Um die Uneffektivität der Gewerkschaften zu sichern, wurden die Gewerkschaftsführer kontrolliert, d.h. sie wurden von der Regierung eingesetzt; so war beispielsweise Shad Tubman, der Sohn des letzten Präsidenten und Schwiegersohn des jetzigen Präsidenten Tolbert, Führer der Gewerkschaft CIO (Congress of Industrial Organisation) und zugleich verantwortlich für die Arbeit und Public Relations bei LAMCO. Die Hauptgewerkschaft im landwirtschaftlichen Sektor, die Firestone-Rubber-Tappers Association, konnte erst 1966 nach schweren Streiks gegründet werden. Ihre Funktionäre wurden unter Aufsicht von Firestone "gewählt". Die Bildung einer Einheitsgewerkschaft ist verboten. Durch die Spaltung der gewerkschaftlichen Aktivitäten, und ihr gegenseitiges Auseinanderspielen, soll deren Effektivität gemindert werden. Zudem sind die Gewerkschaften durch den Labor Code von 1963 ihrer wichtigsten Waffe beraubt, nämlich des Streiks und des Boykotts. Alle Streiks sind solange illegal, wie keine Schlichtungsverhandlungen vor dem Arbeitsgericht stattgefunden haben. Da bisher noch kein Arbeitsgericht institutionalisiert wurde, sind sämtliche Streiks a priori illegal. "Legal oder nicht, Streiks, ob unorganisiert oder nicht, traten tatsächlich seit 1961 immer häufiger auf." (26) 1961 fand ein Generalstreik gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und Löhne statt, 1963 und 1966 Streiks bei Firestone, Goodrich und LAMCO. In allen Fällen wurde der äußere Feind (ohne ihn konkret zu benennen) heraufbeschworen und das Militär, das im übrigen sich durch brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes auszeichnet, eingesetzt. Auch

in den letzten Jahren streikten die Arbeiter, es gab eine Welle von "illegalen" Streiks (storms of strikes), bei denen die Armee 1972 in Zwedra (nahe der Grenze zur Elfenbeinküste) 3 Arbeiter erschoß und die Arbeiterschaft damit wieder an die Arbeitsplätze brachte. Die Arbeiter, u.a. auch bei Firestone und BMC, verlangten bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, bessere Wohnungen, freie medizinische Versorgung, Rentenversorgung und Preisstop für Lebensmittel. Die Arbeitsniederlegungen standen im wesentlichen unter der Parole: "Greater work for greater pay!" (27)

Die scharfen Reaktionen der Regierung lassen die Vermutung aufkommen, daß die Situation in Liberia relativ schnell unbeständig werden kann und die herrschende Clique jederzeit gefährdet ist. Richteten sich die Forderungen der Streikenden im wesentlichen in den sechziger Jahren an die ausländischen Konzerne, so haben die Arbeiter inzwischen erfahren, daß auch die herrschende Clique mit ihrem Staatsapparat keine neutrale Instanz, sondern Instrument der ausländischen Konzerne ist und sich ihr Kampf auch gegen den Staat richten muß. (28)

3. Die Rolle der Entwicklungshilfe

Das Ausmaß der öffentlichen Entwicklungs"hilfe" ist im Verhältnis zu den gesamten Investitionen von 750 Mio Dollar (bis 1969) in Liberia nach dem 2. Weltkrieg relativ und absolut gering. (29)

In Relation zur Bevölkerung wurden in den Jahren 1966-1968 im Durchschnitt trotzdem die höchste Entwicklungshilfe in Afrika geleistet, nämlich 31,8 Dollar pro Kopf. Sie machte 27,8 % der Importe aus (beispielsweise im Vergleich in Rwanda 67,9 %, Tschad 50 %, Nigeria 11,8 % und Libyen 0,5 %) (30). Nach 1968 verringerte sich schlagartig die öffentliche Hilfe, was in Zusammenhang mit der relativ abgeschlossenen Erforschung des Landes zu sehen ist: 1968 wurde nur noch 11,8 Dollar Entwicklungshilfe pro Kopf der Bevölkerung gewährt. Der Anteil an den Importen betrug nur noch 8 %. Unter den Ländern, die Liberia Entwicklungshilfe leisten, ragen die USA und die BRD hervor. Das Ausmaß der öffentlichen Hilfe korreliert mit den privaten Investitionen der jeweiligen Länder. Als beispielsweise die bundesrepublikanischen Konzerne in den 60iger Jahren verstärkt ihre Fühler nach Liberia ausstreckten, und Liberia damit vor der Südafrikanischen Union zum Träger der größten deutschen Privatinvestition in Schwarzafrika wurde - insgesamt entfielen von 1952-1970 15 % der gesamten Investitionen von 1,05 Mrd DM auf Liberia (31) -, leisteten auch die Bundesregierung und halbstaatliche Institutionen ihre Hilfe. So stand die BRD mit 13 % der von Liberia empfangenen Entwicklungshilfe (insgesamt 69,5 Mio DM Kapitalhilfe und 21,5 Mio DM technischer Hilfe) an zweiter Stelle hinter den USA, die im Durchschnitt ca. 70 % leistet. (32) Das Interesse der BRD an Liberia hat seitdem stetig abgenommen, wenn auch noch verschiedene Projekte finanziert werden.

Ein Blick auf die Struktur der Entwicklungshilfeprojekte, an denen auch multinationale Institutionen wie die Weltbank, UNDP (UN-Development Programm), Internationaler Währungsfonds u.a. beteiligt sind, macht deutlich, daß öffentliche Leistungen zumeist den privaten Investitionen komplementär sind und damit ihren Profitinteressen dienen. Dies soll an einigen Beispielen gezeigt werden:

- 1967 führte eine deutsche Forstmission eine Inventur der Holzbestände im Gebiet Greenville-Tschien durch. Sie sollte Liberia helfen - so die Begründung des Projektes - seinen Reichtum an tropischen Hölzern sinnvoll zu nützen. Nach Fertigstellung der Studie wurden an verschiedene Konzessionäre Einschlagsrechte vergeben. Bis heute existiert weder eine liberianische Holzhandelsfirma noch besitzt Liberia ein eigenes Sägewerk. (33)

Aspekte der deutschen Kapitalhilfe in Liberia erörtert

Bonn. — Wirtschaftliche, finanzielle und technische Aspekte in bezug auf mehrere Einzelprojekte der deutschen Kapitalhilfe in Liberia wurden in einem Arbeitsgespräch zwischen einer liberianischen Regierungsdelegation und Min.-Dirig. Helga Steeg vom BMWF am 18. 10. 72 in Bonn erörtert.

Wie am 19. 10. 72 weiter aus dem BMWF verlautete, habe es sich im einzelnen um ein Energieverteilungsprojekt in Monrovia, um ein Projekt der Wasserversorgung in sechs liberianischen Orten und um ein Straßenbauprojekt gehandelt. Ferner seien in dem Meinungsaustausch, an dem auch Vertreter der Ressorts und der Kreditanstalt für Wiederaufbau teilnahmen, die Möglichkeiten einer kommerziellen Finanzierung eines Rundfunkprojektes diskutiert worden.

Die Gespräche sollen im Laufe des nächsten Jahres fortgesetzt werden.
-VWD/NfA (yy) 23. 10. 72

- 1970 finanzierte die Weltbank mit 3,6 Mio Dollar (= 46 % der gesamten Hilfe für Liberia 1970) die Ausbaggerung des Hafens von Monrovia. (34) Zugute kam die Ausbaggerung im wesentlichen den privaten Eisenerzkonzernen, die danach billiger und schneller die Erze verfrachten konnten.
- Ein von der Kreditanstalt für Wiederaufbau der LBIDI (Liberian Bank for Industrial Development and Investment) zur Verfügung gestelltes Darlehen in Höhe von 6 Mio DM wurde 1971 in ein an deutsche Lieferungen

gebundenen Warenkredit für den weiteren Ausbau des Hafens von Greenville umgewandelt. (35)

Neben dieser den Privatinvestitionen komplementären Hilfe lassen sich eine Reihe von Projekten mit ideologischen, militärischen und anderen repressiven Funktionen feststellen, so beispielsweise die Errichtung einer Sendestation der Voice of America, die von Liberia aus den gesamten afrikanischen Kontinent mit amerikanischer Ideologie versorgt. (36) 1972 gewährte die USA der liberianischen Armee eine Anleihe zum Ankauf von amerikanischem Kriegsmaterial, so u.a. Panzer, leichte Kampfflugzeuge, Gewehre u.v.a.M. (37)

Das Peace-Corps und die USAID (US-Agency for International Development) betätigen sich vor allem im Ausbildungssektor. Sie sorgen dafür, daß ein Teil der tribalen Bevölkerung den "kulturellen Wandel" und die Anpassung an die "Erfordernisse unserer Zeit" erfährt: "Die Tätigkeit des Friedenskorps schließt viele Gebiete des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der unabhängigen Länder Afrikas ein. Seine Hauptanstrengungen sind jedoch,..., darauf gerichtet, in das Bildungssystem dieser Länder einzudringen." (38) Das eigentliche Ziel ist indes die Verbreitung der antikommunistischen Ideologie und die Kultivierung des Geistes des kapitalistischen Unternehmertums. In Liberia allein sind über 300 freiwillige Helfer des Peace Corps tätig.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Entwicklungshilfe vorwiegend in die Infrastruktur des Landes geht: Erziehungs- und Ausbildungswesen, Erschließung landwirtschaftlicher Nutzflächen, Ausbau der Wasserversorgung, Straßen- und Hafenbau, Ausbau des medizinischen Versorgungswesens, Verwirklichung von Projekten des Transportwesens und der Energieversorgung und in relativ geringem Umfang auch für Projekte im landwirtschaftlichen Bereich zur Verbesserung der Ernährungssituation der Bevölkerung.

Der ausländische Einfluß auf die Entwicklung der Infrastruktur des Landes ist auch hier besonders groß. Die staatliche liberianische Entwicklungsbank (LBIDI) wickelt nicht einmal 5 % des gesamten Volumens ab. Sie vergab 1970 gerade Darlehen in Höhe von 350 Tsd. Dollar und hat im Laufe ihres sechsjährigen Bestehens nur einen Umfang von 1,68 Mio Dollar erreicht (allein das Projekt der UNDP zum Ausbau der Hochschule für Land- und Forstwirtschaft in Monrovia kostete 1,3 Mio Dollar).

Die Infrastrukturmaßnahmen leiten sich im wesentlichen aus der Exportorientierung ab. So ist beispielsweise das Verkehrsnetz nicht für den privaten Verkehr ausgebaut, sondern auf die Bedürfnisse der ausländischen Konzerne zugeschnitten. Öffentliche Eisenbahnen existieren nicht. Es gibt nur private, von den Konzernen installierte Eisenbahnverbindungen zwischen den Häfen von Monrovia und Buchanan und den Erzabbaugebieten. Sie können nicht von Personen benutzt werden.



„Unsere Tür ist für alle Investoren weit offen": Liberias Staatspräsident William R. Tolbert. Foto: HB-Archiv

Die Entwicklungshilfe, auch die der BRD, ist unter den herrschenden Bedingungen das beste Beispiel dafür, wie die Probleme des Landes verschärft werden. Die Darlehen zum Zwecke des Ausbaus der Industrie und der Infrastruktur kommen den Profitinteressen des ausländischen Kapitals zugute, müssen aber vom liberianischen Staat zurückgezahlt werden. Zwar ist Liberia an den Profiten beteiligt, aber der größte Teil der Gewinne fließt in die Taschen der ausländischen Konzerne, die ihre Investitionsausgaben schon nach sehr kurzer Zeit amortisiert ("verdient") haben. Trotz eines sehr günstigen Investitionsgesetzes mit Steuerfreiheit für die ersten 10 Jahre findet Kapitalabfluß statt: Vor allem in der Eisenerzindustrie sind negative Nettoinvestitionen bereits seit 1968 festzustellen, d.h. es werden insgesamt (wenn man Kapitalzu- und -abflüsse saldiert) Werte aus Liberia in die Metropolen übertragen. (39) Der liberianische Staat jedoch muß seinen Zins- und Tilgungsverpflichtungen nachkommen: die Auslandsschulden betrugen 1971 insgesamt 175,6 Mio Dollar, wovon 128,3 Mio bilateral-öffentlich, 7,9 Mio multilateral-öffentlich und 39,5 Mio private Schulden waren. Die Verschuldung pro Einwohner liegt bei 147 Dollar (nur in Gabun ist sie mit 186 Dollar höher: Nigeria 12, Kenia 34, Ghana 71 Dollar). (40) Welches Ausmaß die Verschuldung des Landes angenommen hat, zeigt, daß bei einem Budget von 70 Mio Dollar (1971) 30 % in den Schuldendienst und nur 8 % in die Entwick-

lung des Landes gingen. 1972 wurden 22 Mio Dollar (= 28 %) bei einem Staatshaushalt von 83 Mio für Tilgung und Zinsen aufgewendet. Der Schuldendienst ist damit der größte Ausgabenposten der Regierung. (41) Eine immer größere Abhängigkeit von den Vorstellungen des kapitalistischen Auslandes und der Einfluß auf die Finanzpolitik des Landes (wie schon häufiger in der Geschichte Liberias) sind die Folgen.

4. Die Weltmarktbewegungen

Aufgrund seiner momentanen strukturellen Voraussetzungen ist Liberia den Weltmarktbewegungen vollkommen ausgesetzt. Da 90 % der gesamten Exporte aus zwei Produkten bestehen, die Einnahmen aus dem Export 64 % des Nationaleinkommens ausmachen und die Wirtschaft des Landes nahezu vollständig vom Ausland kontrolliert wird, machen sich Preisbewegungen, Stagnationen, Krisen und Wechselkursänderungen im Ausland sofort direkt bemerkbar.

a) Die Entwicklung der terms-of trade

Die Preise für Kautschuk und Eisenerz unterliegen starker Instabilität mit langfristigem Trend nach unten. So verringerten sich die Preise bei Kautschuk von 1960 bis 1964 um jährlich 10,9 % und von 1965 bis 1968 um jährlich 2,8 % im Durchschnitt. Lag der Preis für Kautschuk 1968 bei 27 Cents pro Pound, so fiel er 1972 bis auf 8 Cents. (42) Im wesentlichen ist dieser Preistrend auf die zunehmende Substitution von Naturkautschuk durch synthetischen und der damit zusammenhängenden rückgängigen Zuwachsrate der Nachfrage zurückzuführen. Obwohl die liberianische Gummiproduktion ständig gestiegen ist, sinken die Exporterlöse und damit auch die Einnahmen für den Staat.

Eine ähnliche Entwicklung kann beim Eisenerz festgestellt werden, wenn auch der Preistrend nicht so stark nach unten neigt. So stieg die Ausfuhr von Eisenerz zwar mengemäßig um 14 % (1969-1970), aber wertmäßig nur um 10 %, wogegen der mengemäßige Export von Kautschuk 1969-1970 um 27 % stieg, aber wertmäßig nur um 17 %. (43) In welchem Maße Liberia von der allgemeinen Weltmarktrezession und im speziellen der Rezession bei den Stahlunternehmen berührt wurde, zeigt sich an der Tatsache, daß 1971 von insgesamt 22,8 Mio to gefördertem Eisenerz nur 20,9 Mio to exportiert werden konnten. Der Rest der Förderung mußte auf Halde liegen bleiben, was bei einem Weltmarktpreis von 6,50 Dollar pro Tonne einen vorübergehenden Wertverlust von 12,3 Mio Dollar ausmachte. Speziell die LAMCO, die ihre Förderung um 12 % drosseln mußte, war von der Krise betroffen. (44)

Der Preistendenz nach unten in den Exportgütern steht der Preisauftrieb bei den Importgütern, die sich vor allem aus Industriewaren, Maschinen und Transportmitteln, Chemikalien, Mineralien, Brennstoffen und Schmiermitteln und Nahrungsmitteln zusammensetzen, entgegen: beispielsweise ist Liberia in sehr starkem Maße auf Reisimporte angewiesen. Während 1966 für 100 Mio Pounds Reis 7,6 Mio Dollar entrichtet werden mußten, waren für dieselbe Menge 1970 schon 9,7 Mio Dollar nötig. (45) Die Preise für Industriewaren usw., die vor allem aus den USA, BRD, Japan und Großbritanien stammen, sind noch wesentlich stärker gestiegen.

Bei quantitätsmäßig höheren Exporten bekommt Liberia relativ immer geringere Erträge, während es bei steigenden Weltmarktpreisen für Importgüter relativ immer weniger Güter erhält. Die realen Austauschverhältnisse auch unter Berücksichtigung der Produktivitätsfortschritte verschlechtern sich.

b) Die Krise des Weltwährungssystems

Weltwährungskrisen führen kein Eigendasein im Geldschleier kapitalistischer Warenproduktion. Vielmehr sind es die besonderen Reproduktionsbedingungen der nationalen Kapitalismen, die die Funktionsfähigkeit des Weltwährungssystems stören.

"Kapitalistische Krisen werden im Produktionsbereich, d.h. im Verwertungsprozeß des Kapitals ausgelöst, im internationalen Währungssystem werden sie derzeit virulent und haben entsprechende Rückwirkungen in den nationalen Kapitalismen." (46) Die Rückwirkungen der Krise der US-Wirtschaft, die ihren Ausdruck in der weltweiten Währungskrise findet, hat ihren Niederschlag in Liberia gefunden. Liberia ist eines der wenigen Länder der Welt, das kein eigenes monetäres System besitzt. Es hat sich der US-Währung angeschlossen, d.h. seine zirkulierende Währung ist der US-Dollar. Welche Folgen das für die liberianische Wirtschaft hat, sollen die folgenden Ausführungen zeigen. (47)

Die strukturellen Merkmale Liberias - Vorherrschen zweier Produkte und ausländische Kontrolle der gesamten Wirtschaft - werden um die Abhängigkeit der Währung und des Bankensystems von den USA ergänzt. Zur Zeit der Vorherrschaft des Firestone-Konzerns wurde der liberianische Geld- und Kreditsektor von der Firestone-eigenen Bank of Monrovia gestaltet. Nach dem 2. Weltkrieg ging sie in den Besitz der First National City Bank of New York über. Letztlich ist die New Yorker Bank, die insgesamt 60 %

der totalen Bankdepositen Liberias hält und 2/3 der gesamten Anleihen ausgibt, für die Geldschöpfung, Banknotenausgabe und Anleihen, also der Geld- und Kreditpolitik, verantwortlich: sie ist Liberias Zentralbank. Der liberianische Staat kann außer der - wirtschaftlich unbedeutenden - Münzenausgabe keine Verschuldung treiben, womit seine Handlungsfähigkeit nicht nur eingeschränkt, sondern den Vorstellungen der First National City Bank vollständig ausgeliefert ist: Jedwede Verschuldung ist Auslandsverschuldung. Auf das Einströmen ausländischen Kapitals und den Fluktuationen der Exporterlöse, beispielsweise durch Auf- und Abwertungen hat Liberia keinen Einfluß, es sei denn, es übte politischen Druck auf die ausländischen Banken aus. Da die gesamte Wirtschaft jedoch unter ausländischer Kontrolle ist, gibt es solange kein wirksames Druckmittel, wie Liberia im Rahmen des kapitalistischen Währungs- und Handelssystems verbleibt.

Die Souveränität Liberias im Geld- und Kreditbereich wird desweiteren durch den nahezu 100 %igen ausländischen Besitz des Privatbankwesens weiter eingeschränkt: Es sind u.a. die Chase Manhattan Bank, New York, die International Trust Company (amerikanisch), die Tradevco (Liberian Trading und Development Corporation: im Besitz der Mailänder Medico-Bank), die Union National Bank of Liberia (libanesisch) und die Bank of Liberia (amerikanisch) vertreten. Alle Banken entscheiden zusammen mit den großen Eisenerz- und Kautschukproduzenten über die wirtschaftliche "Entwicklung" des Landes. Das hat sich gerade in der Krise der US-Wirtschaft und der US-Währung konkret gezeigt. Außer den Verlusten, die Liberia durch die Krise im Welthandel (Nachfragerückgang, Preissenkungen) erfahren hat, mußte es die Abwertungsverluste durch den Dollar voll übernehmen, ohne daß die Möglichkeit des Eingriffes bestand (und besteht).

Steuer-Abkommen mit Liberia

HANDELSBLATT, Dienstag, 13.3.1973

vwd. BONN. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Liberia sollen auf eine sichere steuerliche Grundlage gestellt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten gefördert werden; diesem Ziel dient das Doppelbesteuerungsabkommen mit Liberia, dessen Ratifizierungsvorlage die Bundesregierung jetzt dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet hat. Das Abkommen, das in wesentlichen Zügen dem OECD-Musterabkommen entspricht, ist der erste Steuervertrag, den die Bundesrepublik mit einem schwarz-afrikanischen Staat abschließt und soll zugleich zur Erweiterung des, wie es in der Begründung heißt, besonders in Afrika noch lückenhaften deutschen Abkommensnetz auf steuerlichem Gebiet beitragen.

Als Liberia sich in den 50iger Jahren dem "American Free Enterprise System" auslieferte und den US-Dollar als Währung ("The strongest currency in the world") (48) übernahm, dachte es sicherlich nicht an die Krisenhaftigkeit der US-Wirtschaft. Mit jeder Abwertung des Dollars (in den letzten 5 Jahren ca. 40 %) erhielt Liberia weniger Dollars für den Export und zahlte mehr für den Import. Die Verluste belaufen sich auf 60-80 % im Vergleich zur Produktion von 1968, wenn man berücksichtigt, daß der größte Teil der Importe aus den Aufwertungsländern Japan und BRD stammt.

Wie gerade auch die BRD an der Ausbeutung Liberias beteiligt ist, zeigt das Beispiel einer deutschen Obligation für LAMCO 1969, kurz vor der Aufwertung der deutschen Mark. Liberia verlor dabei 4,6 Mio Dollar, weil die Obligation vor Aufwertungen ungeschützt war. 1971 passierte dasselbe noch einmal, ohne daß die liberianische Regierung eingriff. (49)

III. Abhängigkeit und Unterentwicklung

Liberia als typischer und extremer Vertreter eines unterentwickelten Kapitalismus kann durch die folgenden, vom Monopolkapitalismus gesetzten Bedingungen gekennzeichnet werden: (50)

1. Die kapitalistische Produktionsweise zerstört die im Subsistenzbereich vorherrschenden Produktionsweisen, das sich in Liberia u.a. an der Ruinierung des einheimischen Handwerks durch ausländische Importe und der Agrarkrise dokumentieren läßt. Die ausländischen Investitionen sind aufgrund der Ausbeutungsorientierung nicht in der Lage, die Entwicklung des Landes zu ermöglichen.

2. Die ungleiche internationale Arbeitsteilung hat zur Zerstörung der Entwicklungsorientierung geführt. Nicht die ungenügende Entfaltung des inneren Marktes an sich ist dafür entscheidend, sondern die Dominanz des ausländischen Kapitals, das komplementäre Produkte zur Verwertung auf dem Weltmarkt sucht: Naturkautschuk und besonders Eisenerz. Ungleicher Tausch ist die Folge (unter den jeweiligen Bedingungen der relativ stagnierenden Nachfrage nach Kautschuk und der stark krisenhaften Entwicklung im Eisenerzsektor und dem steigenden Bedürfnis nach Fertigwaren im Zusammenhang mit dem die kapitalistischen Industrieländer schützenden Weltwährungssystem im Rahmen von Handelsabkommen, die die Industrieländer ohnehin bevorteilen, und der im kapitalistischen Sinne dysfunktionalen Produktionsstruktur in Liberia). (51) Embryonale Versuche zur Importsubstitution ändern

nicht die Konditionen der Ausbeutung, allenfalls die Formen.

3. Aus dieser Zerstörung läßt sich Überbewertung des Tertiärsektors feststellen, der zudem zu permanenten öffentlichen Finanzkrisen führt. Fast 40 % des gesamten liberianischen Staatshaushaltes gehen in die Verwaltung des Landes. Trotz hoher Exportüberschüsse steht der liberianische Staat aufgrund seiner Verschuldungsmisere laufend vor dem Ruin.

4. Multiplikatoreffekte durch Investitionen (d.h. Wachstumsimpulse, die von Investitionen ausgelöst werden) lassen sich in Liberia nicht konstatieren. Profittransferierungen ins Ausland verhindern Rückwirkungen auf andere als die Extraktionsbereiche. Unter den bestehenden Bedingungen ist daher keine Entwicklung mit eigener Dynamik möglich. Ein eigener Entwicklungsplan mit detaillierten Entwicklungsrichtgrößen existiert nicht.

5. Die Kopplung der Währung an den US-Dollar setzt Liberia den Weltmarkt- und Weltwährungskrisen direkt aus. Der Installierung einer eigenen Zentralbank, die für die Geld-, Kredit- und Finanzpolitik des Landes verantwortlich ist, steht die unausgesprochene Drohung des Abzugs des amerikanischen Kapitals entgegen.

6. Im Dienste des ausländischen Kapitals steht in Liberia eine im wesentlichen aus ehemaligen amerikanischen Sklaven gebildete liberianische Kompradorenbourgeoisie. Sie handhabt die repressiven politischen und ideologischen Mittel gegen die ausgebeutete und unterdrückte Arbeiterklasse im monetären Bereich und die im Subsistenzbereich lebende Bevölkerung. Gefahr droht dieser Kompradorenbourgeoisie von einer technokratisch orientierten Militärclique, die den Prozeß der Liberianisierung (d.h. Etablierung einer Nationalbourgeoisie) vorantreibt.

Anmerkungen

1) vgl. bspw. R. Clower/G. Dalton/M. Harwitz/A. Walters: Growth without development. An economic survey of Liberia, Evanston 1966

2) zum Begriff des unterentwickelten Kapitalismus vgl. H.R. Sonntag: Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus, in: Kursbuch 31, Mai 1973

3) vgl. zur Abhängigkeit Liberias vom Firestone-Konzern W.A. Hance: African Economic Development, Chapter 7: Liberia: American Investment and African development, New York 1958, S. 219 ff; ferner: L.A. Marinelli: The new Liberia, London and Dunmow 1964, S. 45 ff

4) so das Handelsblatt vom 26.5.70

5) vgl. BfA/NfA (J) vom 5.6.73

6) vgl. Africa No. 7, 1972, und The Times vom 17.4.73

7) vgl. West Africa com 12.2.73 und BfA/NfA März 1972, Nr. 47

8) Africa No. 19, 1973

9) vgl. BfA/NfA, August 1971, Nr. 189

10) 35 % des Steueraufkommens stammen aus Importabgaben, 6 % aus Schiffstonnagesteuern und der Rest aus Kapital-, Vermögens- und Exportbesteuerung. Vgl. C.S. Shoup et al.: The tax system of Liberia, New York and London 1970, S. 176 f

11) vgl. Deutsches Wirtschaftsinstitut Wochenbericht Nr. 31, 1970, S. 224

12) vgl. Africa No. 7, 1972; Economic survey of Liberia 1970, p. 18; UN-Economic Commission for Africa (ECA), Quarterly Statistical Bulletin of Africa, No. 3, Oct. 1969, S. 59 f und eigene Berechnungen

13) vgl. Clower/Dalton etc.: a.a.O., S. 43 und R.E. Miller/P.R. Carter: The modern dual economy - a cost-benefit analysis of Liberia, in: The Journal of Modern African Studies, Vol. 10, No. 1 (1972), S. 113.
Als Ameriko-Liberianer werden in der bürgerlichen Presse und Wissenschaft die Nachkömmlinge der von der Sklaverei befreiten Neger bezeichnet. Der Begriff indes verwischt die wesentlichen Merkmale der Ameriko-Liberianer. Während eine kleine Clique von 14 Familien das Land regiert und verwaltet, sind über 95 % der insgesamt ca. 20 Tsd. Ameriko-Liberianer zwar durch Ausbildung (100 %ig alphabetisiert) und Berufspositionen privilegiert, aber sie nehmen keine "Führungsaufgaben" wahr. Sie sind letztlich dem ausländischen Kapital ebenso ausgeliefert wie die gesamte Bevölkerung. Der Verfasser benützt daher die Begriffe ausländische Bourgeoisie, Kompradorenbourgeoisie und einheimische Bevölkerung, weil darin die Hauptwidersprüche zum Ausdruck kommen. In der Klassenanalyse muß zwischen den halbfeudalen Klassen (Häuptlinge), der einheimischen Kleinbourgeoisie, der arabischen und europäischen Kleinbourgeoisie, den Bauern, dem Proletariat, dem europäischen Arbeiter, dem Lumpenproletariat u.a. differenziert werden.

14) vgl. West Africa vom 21.7.72 und 4.8.72

15) vgl. G. Liebenow: Liberia - The evolution of privilege, Ithaca and London 1969, S. 183

16) vgl. Lloyds Register of Shipping, Statistical Tables, London Nov. 1970, S. 4 ff

17) vgl. Clower/Dalton etc.: a.a.O., S. 29 f

18) vgl. hierzu vor allem: Times 17. 4.73; Die Außenwirtschaft Nr. 23 (1969), S. 562 f; Süddeutsche Zeitung 13.12.72; D. Friedrichs: Liberia – ein ungewöhnliches Entwicklungsland, in: Internationales Afrika Forum 1970, S. 361 ff

19) vgl. Africa No. 19, 1973

20) vgl. West Africa vom 18.12.72

21) vgl. Africa No. 7, 1972; BfA/NfA März 1972, Nr. 47

22) vgl. Clower/Dalton etc.: a.a.O., S. 123 ff; ferner: Louis P. Beleky: The Development of Liberia, in: The Journal of Modern African Studies, No. 11, 1 (1973), S. 50

23) vgl. C.S. Shoup et al.: a.a.O., S. 176 f

24) den folgenden Ausführungen liegen im wesentlichen die Analysen von Clower/Dalton et al.: a.a.O., S. 157 ff; G. Liebenow: a.a.O., S. 72-90 und S. 172 ff; und W.A. Hance: a.a.O., S. 219 ff zugrunde.
Bei den folgenden Betrachtungen ist davon auszugehen, daß der liberianische Staatshaushalt von 70 Mio Dollar 1970 der Finanzkraft der Riesenkonzerne gegenübertritt. Wenn auch die Konzerne ihre Aktivitäten in aller Welt vornehmen, so zeigen allein die Umsatzzahlen im Verhältnis zum liberianischen Budget, welche Macht sie verkörpern. Jede noch so kleine Änderung in ihrer Wirtschaftspolitik schlägt sich nieder in der Beschäftigung, den Steuereinnahmen usw., ohne daß Liberia wirksame Gegenmittel einsetzen könnte. Hier einige Konzernumsätze in Mrd DM:

Liberias Budget	0,2 Mrd	(1970)
Firestone Cy	8,7 Mrd	(1970)
Thyssen AG	10,4 Mrd	(1971)
Krupp AG	6,7 Mrd	(1972)
Rheinstahl	5,3 Mrd	(1972)
Bethlehem Steel	11,0 Mrd	(1970)
Union Carbide	11,3 Mrd	(1970)
Goodrich	4,2 Mrd	(1970)

vgl. blätter des iz3w, Nr. 25, Juni 73, S. 11; ferner: Süddeutsche Zeitung 25/26.8.73

25) vgl. Annual Report of the Department of Planning and Economic Affairs, Monrovia, Oct. 1969, S. 42

26) G. Liebenow: a.a.O., S. 89 f (Übersetzung vom Verf.)

27) vgl. Africa, No. 10, 1972

28) vgl. West Africa vom 21.7.72

29) vgl. G. Liebenow: a.a.O., S. 172

30) vgl. F.H. Betz: Entwicklungshilfe an Afrika, München 1970, S. 31

31) vgl. Handelsblatt vom 11.2.71

32) vgl. D. Friedrichs: a.a.O., S. 362 und BfA/NfA Nr. 47, 22. Jg., März 1972

33) vgl. Frankfurter Rundschau vom 28.6.71.
Zur Problematik der unkontrollierten Ausbeutung der natürlichen Holzvorkommen vgl. M. Gazel: Le développement de l'exploitation forestière en Afrique de l'ouest, in: Présence Africaine, No. 86, 2 e Trimestre 1973, S. 38-67

34) vgl. F.H. Betz: a.a.O., S. 78

35) vgl. BfA/NfA, März 1972, 22. Jg., Nr. 47, S. 5

36) vgl. G. Liebenow: a.a.O., S. 193

37) vgl. West Africa vom 21.7.72

38) V.L. Tamarin: USA und Afrika – Probleme ideologischer Expansion, Berlin 1972, S. 71

39) vgl. Annual Report..., S. 85

40) vgl. F.H. Betz: Afrika Vademecum 1972, München 1972, S. 172

41) vgl. West Africa 28.5.73 und 19. 2.73. Zum Vergleich einige Schuldendienstquoten anderer Länder: Äthiopien 10,6 %; Indien 22,0 %; Brasilien 17,9 % und Mali 23,2 %; vgl. Weltbank, Internationale Entwicklungsorganisation, Jahresbericht 1971, S. 72 f

42) vgl. West Africa 21.4.72 und A. Naini/A. Borrmann/H.L. Dornbusch: Analyse der Themen und Ergebnisse der dritten Welthandelskonferenz, Hamburg 1972, S. 141

43) vgl. BfA/NfA, Nr. 47, 22. Jg., März 1972

44) vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13. 12.72 und Africa No. 14, 1972

45) vgl. Africa No. 9, May 1972

46) vgl. E. Altvater: Die Weltwährungskrise, Frankfurt und Wien 1969, S. 75

47) vgl. zu diesem Abschnitt G. Maynard: The economic irrelevance of monetary independence: the case of Liberia, in: The Journal of Development Studies, Vol. 6, Jan. 1970, Nr. 2, S. 111-132

48) vgl. R.E. Miller/P.R. Carter: a.a.O., S. 114 f

49) vgl. ebenda: S. 115

50) vgl. hierzu die Thesen von Samir Amin: La dévelopment inégal, Paris 1973, S. 172-175

51) vgl. Klaus Busch: Ungleicher Tausch, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 8/9, 3. Jg., Nr. 3, 1973, S. 82

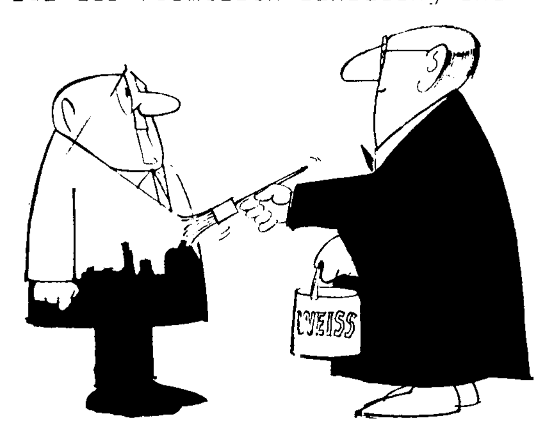
FRELIMO bei der SPD

Vom 2.-8.8.73 hielt sich eine FRELIMO-Delegation, darunter Vizepräsident dos Santos, auf Einladung der SPD-Führung in Bonn auf.

Laut Wischnewski - Vorsitzender des Ausschusses für internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand und Gesprächspartner der Delegation - bestand zwischen der FRELIMO und der SPD-Führung Einigkeit in folgenden 4 Punkten:

- die Sozialdemokraten treten für die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Mozambique ein;
- die Waffenlieferungen an Portugal sollen eingestellt werden;
- Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie aller sozialdemokratischer Parteien in der Afrikapolitik;
- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit für die FRELIMO.

Wie dieser Besuch unseres Erachtens einzuschätzen ist, welche Hintergründe er hatte, wollen wir in der nächsten Nummer ausführlich behandeln. Welche Manipulationen die SPD-Führungsspitze sich bei der formellen Einladung und



Vorbereitung des Besuches sich geleistet hat, soll im folgenden dargestellt werden:

Vizepräsident dos Santos kam schon 14 Tage vor dem offiziellen Besuch zum ersten Mal in die BRD. Er hielt sich in der tansanischen Botschaft auf, unter der Annahme, daß eine offizielle Einladung von seiten der SPD schon vorläge. Er wollte den Besuch vorbereiten. Es war verabredet worden, daß der Besuch durch die SPD, die tansanische und die zambianische Botschaft, sowie das AGM-Komitee vorbereitet werden soll.
An diese Abmachung hielt sich die SPD nicht. Sie machte das Programm allein.

Auch auf mehrfache Anfrage des AGM-Komitees über den Reiseplan, Gesprächspartner usw. machte die SPD keine Angaben. Es hieß nur: Gespräche mit Regierungsvertretern und Gewerkschaftlern seien nicht vorgesehen. Solche seien lediglich mit Kirchenvertretern geplant.

Wie bereits erwähnt, waren ursprünglich auch Kontakte zwischen Vertretern der Aktionsgruppen und der FRELIMO-Delegation vorgesehen. Zu dem Zweck sollte das AGM-Komitee am Besuchsprogramm mitarbeiten. Das AGM-Komitee bat in Verbindung hiermit darum, die FRELIMO-Delegation zu einem Gespräch von einem halben Tag in ihre eigenen Räume einladen zu dürfen. Die SPD gestand zunächst eine Stunde Redezeit im Hotel "Tulpenfeld" zu. Erst am Ankunftstag (2.8.) wurde dem AGM-Komitee mitgeteilt, daß die FRELIMO-Delegierten am 5.8. den Gruppen zwei Stunden zur Verfügung ständen. Auch über Ankunftszeit und Ort gab die SPD keine Auskunft. Sie mußte über die tansanische Botschaft erfragt werden. Ebenso blieb geheim, in welchem Hotel die Delegation absteigen würde.

Hier versuchte die SPD also offensichtlich, Kontakte der kritischen Gruppen mit FRELIMO zu unterbinden. Dieser Eindruck bestätigte sich noch einmal am Ankunftstag der FRELIMO-Vertreter am Bonner Flughafen: Der SPD-Vertreter (ein Sachbearbeiter, nicht Wischnewski selber), der die FRELIMO-Delegation am Flughafen empfing, ließ Vertretern des AGM-Komitees, die der FRELIMO wichtige Informationen überreichen wollten, einen falschen Ausgang mitteilen. Das ZDF hingegen wurde korrekt informiert.

rb

PALÄSTINA-NACHRICHTEN

Im Oktober 1972 wurden die palästinensischen Organisationen Gups (Generalunion palästinensischer Studenten) und Gupa (Generalunion palästinensischer Arbeiter) verboten. In der Folge dieses Verbotes wurden ca. 1500 Araber aus der BRD ausgewiesen.

Sowohl die Verbote als auch die Ausweisungen wurden mit der inneren Sicherheit der BRD, also als Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung hingestellt. Die Massenmedien haben diese Erklärung seitens der Bundesregierung weitergegeben, ja sogar in ihren Berichten den terroristischen Charakter beider Organisationen hervorgehoben. Dabei hat sich die Tätigkeit von Gups und Gupa auf die Information über die Lage des palästinensischen Volkes, verbunden mit Aufrufen zur materiellen Hilfeleistung beschränkt.

Aus der spontanen Solidaritätsbewegung mit den verfolgten arabischen Kommilitonen und Kollegen ist das Palästina-Komitee Freiburg entstanden. Es sieht seine Aufgabe darin, durch Öffentlichkeitsarbeit über die wahren Hintergründe des Nahostkonfliktes und über die Situation des palästinensischen Volkes, sowie der übrigen Völker im Nahen Osten zu berichten. Unser wichtigstes Instrument einer kontinuierlichen Berichterstattung ist unsere Zeitung, die P a l ä s t i n a N a c h r i c h t e n . Um einer möglichst breiten Schicht der Bevölkerung diese Informationen zu vermitteln und in gemeinsamen Solidaritätsaktionen das palästinensische Volk und seine Widerstandsorganisationen zu unterstützen, führen wir zu konkreten Anlässen mit verschiedenen Gruppen Veranstaltungen durch, über die wir in der beigelegten PN 2/3 ausführlich berichten.

Wir rufen alle auf, die sich für gründliche Informationen über den NO interessieren und über unsere praktische Arbeit Bescheid wissen wollen, auf, uns bei unserer Arbeit zu unterstützen und die PN zu abonnieren.

ABONNIERT DIE PALÄSTINA NACHRICHTEN!

erscheint ca. alle drei Wochen. Abo DM 4,-
im halben Jahr.
Bestellung an: E.-M. Matzerath
78 Freiburg
Katharinenstr. 7